

Halbjahres-Finanzbericht
per 30. Juni 2020

Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)			
Monetäre Werte in € Millionen	2020	2019	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.¹	
Zinsüberschuss	1.706	1.664	2,5%
Provisionsüberschuss	840	839	0,0%
Verwaltungsaufwendungen	-1.474	-1.497	-1,6%
Betriebsergebnis	1.216	1.009	20,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-312	-12	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	566	834	-32,2%
Ergebnis nach Steuern	420	643	-34,6%
Konzernergebnis	368	571	-35,5%
Bilanz	30.6.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	9.202	9.435	-2,5%
Forderungen an Kunden	93.876	91.204	2,9%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.720	23.607	30,1%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	98.686	96.214	2,6%
Eigenkapital	13.655	13.765	-0,8%
Bilanzsumme	163.761	152.200	7,6%
Kennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.¹	
Return on Equity vor Steuern	8,4%	13,5%	-5,0 PP
Return on Equity nach Steuern	6,3%	10,3%	-4,0 PP
Konzern-Return-on-Equity	5,9%	10,1%	-4,3 PP
Cost/Income Ratio	54,8%	59,7%	-5,0 PP
Return on Assets vor Steuern	0,72%	1,14%	-0,42 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,31%	2,42%	-0,11 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,67%	0,02%	0,65 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.6.	31.12.	
NPE Ratio	1,9%	2,1%	-0,2 PP
NPE Coverage Ratio	63,3%	61,0%	2,4 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.490	77.966	3,2%
Harte Kernkapitalquote ²	13,2%	13,9%	-0,7 PP
Kernkapitalquote ²	14,6%	15,4%	-0,7 PP
Eigenmittelquote ²	17,5%	17,9%	-0,4 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Ergebnis je Aktie in €	1,03	1,64	-37,6%
Schlusskurs in € (30.6.)	15,86	20,63	-23,1%
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	22,92	24,31	-5,7%
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	11,25	18,69	-39,8%
Anzahl der Aktien in Millionen (30.6.)	328,94	328,94	0,0%
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.6.)	5.217	6.786	-23,1%
Ressourcen	30.6.	31.12.	
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	46.386	46.873	-1,0%
Geschäftsstellen	1.982	2.040	-2,8%
Kunden in Millionen	16,7	16,7	0,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

² Fully loaded - inklusive Ergebnis

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt.....	4
Konzern-Lagebericht	7
Entwicklung der Märkte.....	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung.....	10
Bilanz.....	15
Eigenmittel gemäß CRR/BWG.....	16
Risikomanagement.....	17
Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode	17
Ausblick.....	17
Segmentbericht.....	18
Grundlagen der Segmentierung.....	18
Zentraleuropa.....	19
Südosteuropa.....	24
Osteuropa	29
Group Corporates & Markets.....	33
Corporate Center	36
Konzernzwischenabschluss.....	38
Gesamtergebnisrechnung.....	39
Bilanz.....	41
Eigenkapitalveränderungsrechnung	42
Kapitalflussrechnung.....	43
Segmentberichterstattung.....	45
Anhang.....	50
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	55
Erläuterungen zur Bilanz.....	65
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	76
Risikobericht.....	106
Sonstige Angaben.....	123
Regulatorische Angaben.....	131
Kennzahlen.....	135
Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode	137
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter	138
Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses	139
Impressum/Disclaimer.....	141

RBI auf dem Kapitalmarkt

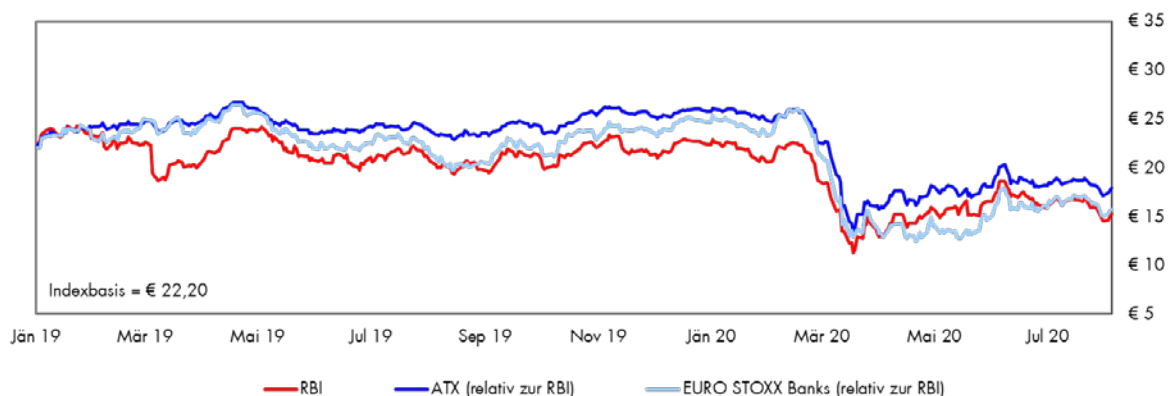
Entwicklung der RBI-Aktie

Nach den historischen Kursrückgängen an den Aktienmärkten im ersten Quartal im Zuge der raschen Ausbreitung der COVID-19-Pandemie setzte ab Mitte März eine breit angelegte Erholung ein, die bis Ende des zweiten Quartals anhielt. Die Kursniveaus vor Ausbruch der Pandemie wurden zwar nicht wieder erreicht, die zwischenzeitlichen Verluste konnten jedoch deutlich reduziert werden. Maßgebliche Faktoren waren einerseits die signifikante Verringerung der Zuwachsraten von COVID-19-Neuinfektionen sowie die darauffolgende sukzessive Lockerung des wirtschaftlichen Lockdowns. Andererseits trugen die massiven fiskalpolitischen Stützungs- und Hilfsprogramme sowie die expansiven geldpolitischen Maßnahmen der Notenbanken weltweit dazu bei, dass die Kursanstiege zahlreicher Asset-Klassen im zweiten Quartal zu den höchsten seit mehreren Jahrzehnten zählten. Auch wenn sich die negativen wirtschaftlichen Folgen durch den Lockdown dadurch nicht komplett verhindern lassen werden, so sorgten sie doch für einen Rückgang der Volatilität und eine Beruhigung der Marktteilnehmer.

Vor dem Hintergrund verzeichnete die RBI-Aktie im zweiten Quartal 2020 einen Anstieg um 19 Prozent und notierte am 30. Juni 2020 bei € 15,86. Der EURO STOXX Banks gewann im gleichen Zeitraum 16 Prozent, der österreichische Aktienindex ATX legte um 12 Prozent zu.

Von Quartalsende bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 5. August verlor die RBI-Aktie 3,5 Prozent und lag bei € 15,31.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2019 im Vergleich zu ATX und EURO STOXX Banks



Aktive Kapitalmarktkommunikation

Am 14. Mai 2020 publizierte die RBI die Geschäftsergebnisse des ersten Quartals und hielt dazu eine Telefonkonferenz mit rund 330 Teilnehmern ab. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt in Österreich weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen fanden die sonst üblichen persönlichen Gespräche mit Pressevertretern, Investoren und Analysten in Wien rund um die Präsentation der Quartalszahlen telefonisch oder per Videokonferenz statt.

Die Telefonkonferenzen sowie die Investoren-Präsentationen sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Präsentationen & Webcasts abrufbar.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren auch in einer für alle Teilnehmer neuen Situation ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Die sonst zahlreichen persönlichen Informationsmöglichkeiten im Rahmen von Roadshows und Konferenzen waren von den Maßnahmen rund um die COVID-19-Pandemie betroffen. So fanden sämtliche Termine einschließlich der ansonsten üblichen internationalen Bankkonferenzen mit Analysten, Eigen- und Fremdkapitalinvestoren im zweiten Quartal wiederum telefonisch oder als Videokonferenz statt. Diese Praxis gilt seit der Publikation des Geschäftsberichts 2019 Mitte März und wird zum Schutz sowohl der Mitarbeiter als auch der Gesprächspartner bis auf Weiteres beibehalten.

Die wesentlichen Themen der Kommunikation waren die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Geschäft der RBI sowie insbesondere auf die Risikokosten. Aber auch Fragen zur Eigenkapitalsituation und der geplanten Dividendenausschüttung wurden erörtert.

Neben 21 Aktienanalysten gaben zum Ende des zweiten Quartals 2020 22 Anleiheanalysten Empfehlungen zur RBI als Investment ab. Damit blieb die RBI jenes Unternehmen in Österreich, über das die größte Anzahl von Analystenhäusern regelmäßig berichtet.

Emission von Tier-2-Kapital

Am 9. Juni 2020 begab die RBI eine nachrangige Tier-2-Benchmark-Anleihe mit einem Volumen von € 500 Millionen und einer Laufzeit von zwölf Jahren (unkündbar für die ersten sieben Jahre). Der Kupon von 2,875 Prozent entspricht einem Aufschlag von 315 Basispunkten gegenüber MidSwap.

Die starke Nachfrage durch institutionelle Investoren führte zu einer deutlichen Überzeichnung mit mehr als € 1 Milliarde Ordervolumen. Die erfolgreiche Transaktion hat einen positiven Einfluss auf die Tier-2- und Eigenmittelquote der RBI im Sinne der regulatorischen Kapitalvorgaben.

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten unverändert rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf. Institutionelle Anleger kommen vor allem aus Nordamerika und Europa sowie zunehmend aus Asien und Australien. Darunter befinden sich auch Staatsfonds und supranationale Organisationen, die aufgrund ihrer bevorzugt langfristigen Investitionsstrategien Stabilität versprechen. Ebenso befindet sich eine große Anzahl von österreichischen Privatanlegern unter den Aktionären der RBI.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Die Aktie der RBI notiert seit dem 25. April 2005 an der Wiener Börse.

Schlusskurs zum 30. Juni 2020	€ 15,86
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im zweiten Quartal 2020	€ 18,64/€ 12,93
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2020	€ 1,03
Buchwert je Aktie zum 30. Juni 2020	€ 35,59
Marktkapitalisierung zum 30. Juni 2020	€ 5,2 Milliarden
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im zweiten Quartal 2020	803.407 Stück
Streubesitz zum 30. Juni 2020	rund 41,2%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse)
	RBI AV (Bloomberg)
	RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. Juni 2020	328.939.621

Details zum Rating

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A3	A-
Ausblick	stabil	negativ
Kurzfrist-Rating	P- 2	A- 2
Subordinated (Tier 2)	Baa3	BBB
Additional Tier 1	Ba3(hyb)	BB+
Junior Subordinated (Legacy Tier 1)	Ba3	BB+

Finanzkalender 2020

9. Oktober 2020*	Nachweisstichtag Hauptversammlung
20. Oktober 2020*	Ordentliche Hauptversammlung
28. Oktober 2020*	Ex-Dividendentag
29. Oktober 2020*	Nachweisstichtag Dividenden
29. Oktober 2020	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2020*	Dividendenzahltag
12. November 2020	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

* Zur Verschiebung der ordentlichen Hauptversammlung wird auch auf die Ad-Hoc-Mitteilung vom 8. April verwiesen

Kontakt für Eigen- und Fremdkapitalinvestoren

E-Mail: ir@rbinternational.com
 Internet: www.rbinternational.com → Investoren
 Telefon: +43- 1- 71 707- 2089

Raiffeisen Bank International AG
 Group Investor Relations
 Am Stadtpark 9
 1030 Wien, Österreich

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte

Die weltweite Ausbreitung von COVID-19 bzw. die damit einhergehenden Restriktionen zur Eindämmung der Pandemie prägen im Jahr 2020 die Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung. Die Einschränkungen von Geschäftsaktivitäten führten zu einer beispiellosen Rezession. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fiel unmittelbarer und tiefer aus als bei Konjunkturerbrüchen in der Vergangenheit und konzentrierte sich in Europa, Nordamerika und Asien auf die erste Jahreshälfte. Zusätzlich zu einem scharfen Rückgang der Investitions- und Exportnachfrage war auch ein starker Einbruch beim privaten Konsum zu beobachten. Anders als bei früheren Rezessionen wies angebotsseitig auch ein großer Teil des Dienstleistungsbereichs – vor allem Reise- und Freizeittätigkeiten sowie Dienstleistungen mit persönlichem Kontakt – eine starke Verringerung der Leistungserbringung aus. Die Lockerung der Geschäftsrestriktionen ließ die Wirtschaftsaktivität hochschnellen. Allerdings sind angesichts der anhaltenden Verbreitung von COVID-19 das Tempo und Ausmaß der erwarteten Erholung in der zweiten Jahreshälfte und zu Jahresbeginn mit hohen Unsicherheiten behaftet. Insbesondere in Westeuropa zeichnet sich nach einem ersten Hochschnellen ein deutlich abgeflachter Wachstumsverlauf ab, der bis zur Verfügbarkeit einer medizinischen Lösung (wird ab dem 2. Quartal 2021 erwartet) anhalten dürfte. Zudem könnte die COVID-19-Krise auch einen mittelfristigen Schaden zur Folge haben. Das BIP dürfte in den meisten betroffenen Ländern auch Ende 2021 noch nicht an das Vorkrisenniveau heranreichen.

Für die Eurozone wird im Jahr 2020 ein Rückgang des BIP um rund 8,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwartet (2021: plus 4,3 Prozent). Staatliche Hilfsprogramme federn den Anstieg der Arbeitslosenquote und die Einkommensverluste ab. Die umfangreichen fiskalischen Gegenmaßnahmen führen in allen Ländern zu einem hohen Budgetdefizit. Die Inflationsrate wird 2020 von den Preisausschlägen am Ölmarkt geprägt. Der Rückgang der Energiepreise hat in der ersten Jahreshälfte die Inflationsrate nach unten geführt, wobei das Tief wohl im Mai erreicht wurde. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Teuerungsrate nach oben tendieren und im Jahresschnitt rund 0,5 Prozent betragen.

Die EZB reagierte auf die COVID-19-Krise mit umfassenden Maßnahmen. Das bestehende Anleihekaufprogramm (APP) von € 20 Milliarden pro Monat wurde bis Jahresende 2020 um einen Gesamtbetrag von € 120 Milliarden aufgestockt. Im Rahmen eines zusätzlichen Kaufprogramms (PEPP) sollen bis Juni 2021 Anleihen im Volumen von € 1.350 Milliarden gekauft werden. Zusätzlich wurden neue Refinanzierungsgeschäfte aufgesetzt und die Konditionen von bestehenden verbessert. In Summe gelang es, Verwerfungen im Finanzsystem zu vermeiden und eine günstige Kreditversorgung der öffentlichen und privaten Wirtschaft sicherzustellen.

In den USA signalisiert die Fed eine lange Phase unterstützender Geldpolitik, um die konjunkturelle Erholung zu beschleunigen. Als Reaktion auf die COVID-19-Krise wurden die Leitzinsen rasch auf knapp über null Prozent gesenkt, ein unlimitiertes Anleihekaufprogramm initiiert und zahlreiche Kredit- und Kaufprogramme zur Liquiditätsversorgung der Real- und Finanzwirtschaft geschaffen. Auch wenn Konjunkturindikatoren in den USA bislang mitunter positiv überraschten, birgt der neuerlich rapide Anstieg der Zahl infizierter Personen ein erhöhtes Risiko für die noch junge Erholung.

Nachdem in Österreich der konjunkturelle Tiefpunkt etwa Anfang April erreicht worden ist, setzte mit den Lockerungsmaßnahmen eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität ein. Allerdings dürfte der weitere konjunkturelle Normalisierungsprozess nach einer ersten Gegenbewegung abflachen, das Ende 2019 vorherrschende Niveau des BIP sollte erst Anfang 2023 wieder erreicht werden. Im Gesamtjahr 2020 dürfte aus dem konjunkturellen freien Fall im ersten und der erwarteten Gegenbewegung im dritten Quartal samt nachfolgender Abflachung der Dynamik ein BIP-Rückgang von 7,2 Prozent resultieren (2021: plus 3,5 Prozent).

Die Länder der Region Zentraleuropa (CE), insbesondere Ungarn, die Slowakei und Tschechien konnten im Frühjahr die Ausbreitung von COVID-19 effektiv eindämmen. Allerdings sind seit Mitte Juli wieder steigende Fallzahlen zu beobachten, denen jedoch mit nur leichten bzw. zielgerichteten Restriktionen begegnet wird. Nichtsdestotrotz wird aufgrund der im Frühjahr implementierten Restriktionen für 2020 in der Region ein BIP-Rückgang von 4,8 Prozent erwartet, nach einem Anstieg von 3,7 Prozent im Jahr 2019 (2021: plus 4,2 Prozent). Tschechien (minus 6,0 Prozent) und die Slowakei (minus 6,0 Prozent) dürften stärker betroffen sein, unterdurchschnittlich dürfte die Rezession hingegen in Ungarn (minus 3,5 Prozent) und Polen (minus 4,5 Prozent) ausfallen. Anders als in Westeuropa sind die erwarteten BIP-Rückgänge in CE nicht historisch einmalig, sondern durchaus mit dem im Zuge der Finanzkrise verzeichneten Einbruch (2009) mit Ausnahme Polens vergleichbar. Auch die nachfrageseitige Zusammensetzung der erwarteten Rezession (starker Rückgang des privaten Konsums) ist in CE – anders als in Westeuropa – keine neue Erfahrung.

In der Region Südosteuropa (SEE) dürfte das reale BIP im Jahr 2020 um 5,6 Prozent zurückgehen. Die Rezession wird in Kroatien überdurchschnittlich stark ausfallen. Das Land wird aufgrund der größeren Bedeutung des Tourismussektors mit einem Rückgang von rund 8,5 Prozent rechnen müssen. Auch SEE verzeichnet seit etwa Anfang Juli mitunter deutlich steigende Fallzahlen. Allerdings dürfte von einer Rückkehr zu so stark einschneidenden Restriktionen wie im Frühling abgesehen werden. Die Inflation dürfte etwas an Dynamik verlieren und sollte im Durchschnitt des Jahres 2020 bei 2,1 Prozent liegen. Die Länder in der Region werden aus dem Next Generation-Paket der EU-Förderungen und Kredite empfangen. Vor allem Bulgarien, Kroatien und Rumänien sollten

relativ umfangreiche Unterstützungen erhalten. Weiters ist die Teilnahme am Wechselkursmechanismus II und die mögliche künftige Einführung des Euros eine positive Entwicklung für Bulgarien und Kroatien.

Die Region Osteuropa (EE) setzt sich aus Russland, der Ukraine und Belarus zusammen. Mit der COVID-19-Pandemie und einem kombinierten Ölpreisschock dürfte 2020 eine tiefe Rezession von voraussichtlich 5,0 Prozent und 2021 eine Erholung von 2,8 Prozent zu erwarten sein. Die russische Regierung beschloss im internationalen Vergleich geringe Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft. Russland befindet sich jedoch in der günstigen Situation einer soliden Haushaltspolitik mit niedriger Staatsverschuldung und substantiellen fiskalischen Reserven aus Überschüssen der Vorjahre. Zudem haben sich Ölpreis und Rubel im zweiten Quartal bereits wieder teilweise erholt und die COVID-19-Fallzahlen gehen wieder langsam zurück. Nach wie vor können allerdings weitere US-Sanktionen nicht völlig ausgeschlossen werden. Die Ukraine ist von externer Unterstützung durch den IWF und andere Partner abhängig. Ein beschlossenes Hilfspaket durch den IWF wirkt stabilisierend. Für die Ukraine wird für 2020 ein Wirtschaftseinbruch um 6,3 Prozent und eine Erholung der Wirtschaft um 3,8 Prozent für 2021 prognostiziert. In Belarus wurden im Vergleich zu anderen Ländern weniger Lockdown-Maßnahmen ergriffen, sodass die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Pandemie geringer ausfallen könnten. Zudem hat sich die COVID-19-Infektionslage deutlich entspannt. Allerdings ist Belarus von der Rezession in Russland negativ betroffen. Dies zusammen mit der fiskalischen und außenwirtschaftlichen Schwäche des Landes lässt für Belarus eine Rezession von 4,5 Prozent im Jahr 2020 erwarten.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2018	2019	2020e	2021f
Polen	5,4	4,2	-4,5	4,2
Slowakei	4,0	2,3	-6,0	5,0
Tschechien	2,9	2,3	-6,0	4,1
Ungarn	5,1	4,9	-3,5	4,0
Zentraleuropa	4,5	3,7	-4,8	4,2
Albanien	4,1	2,2	-6,5	5,0
Bosnien und Herzegowina	3,7	2,6	-5,2	3,0
Bulgarien	3,1	3,4	-6,0	4,0
Kroatien	2,7	2,9	-8,5	3,0
Kosovo	3,8	4,2	-5,5	5,0
Rumänien	4,0	4,1	-5,0	4,2
Serbien	4,4	4,2	-4,0	4,5
Südosteuropa	3,7	3,7	-5,6	4,0
Russland	2,3	1,3	-4,9	2,8
Belarus	3,1	1,2	-4,5	1,5
Ukraine	3,3	3,2	-6,3	3,8
Osteuropa	2,4	1,5	-5,0	2,8
Österreich	2,4	1,6	-7,2	3,5
Deutschland	1,5	0,6	-5,9	3,7
Eurozone	1,9	1,3	-8,1	4,3

Quelle: Raiffeisen Research - Die oben angeführten Werte basieren auf den Einschätzungen (Basisszenario) der Analysten per Anfang August 2020, für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich, (e: Schätzung, f: Prognose)

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Massive Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Der im März 2020 durch die COVID-19-Pandemie verursachte Shutdown der Volkswirtschaften hat bisher beispiellose wirtschaftliche Auswirkungen in Gang gebracht. In rascher Abfolge wurden in Ländern, in denen die RBI aktiv ist, Beschränkungen zur Eindämmung der Übertragung von COVID-19 verordnet. Um die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen abzufedern, wurden politische Maßnahmen für Einzelpersonen, Haushalte und Unternehmen sowie vorübergehende aufsichtsrechtliche Erleichterungen für Kreditinstitute beschlossen. Die RBI betreffende Stabilisierungsmaßnahmen setzen sich unter anderem aus Zahlungsmoratorien, direktstaatlichen Programmen und Subventionierungen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen sowie Beschränkungen des länderübergreifenden Kapitalverkehrs und von Dividendenzahlungen zusammen.

Die von vielen Regierungen im März 2020 eingeführten Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung führten zu einem Lockdown der Volkswirtschaft. Etwa Mitte Mai 2020 begannen die meisten Länder, in denen die RBI tätig ist, mit einer allmählichen, kontrollierten Wiederöffnung.

Die RBI rechnet aufgrund der massiven globalen Rezession mit einem deutlichen Ergebnisrückgang für das laufende Geschäftsjahr. Als unmittelbare Auswirkung im ersten Halbjahr wurden über das ECL-Modell hinausgehende zusätzliche zu erwartende Kreditrisikoversorgen im Ausmaß von rund € 158 Millionen gebucht. Dabei handelt es sich um nachträgliche Modellanpassungen an Schätzungen der erwarteten Kreditverluste. Die Anpassungen waren notwendig, da die Modelle die Geschwindigkeit der Veränderungen und die Tiefe der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie nicht vollständig erfassen. Einzelne Branchen wie Tourismus (inkl. Freizeiteinrichtungen), Flugverkehr (inkl. Frachtverkehr), Gewinnung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas sowie die Automobilindustrie sind dabei am stärksten betroffen. Weitere Details zur Entwicklung der Kreditrisikoversorgen sind im Anhang erläutert.

Neben den wesentlich höheren Kreditrisikoversorgen wurden aufgrund von geänderten Parametern der Mittelfristplanungen Wertminderungen auf Beteiligungen und Firmenwerte in Höhe von rund € 106 Millionen berücksichtigt. Modifikationen von Krediten aufgrund von Zahlungsmoratorien wurden im Ausmaß von minus € 16 Millionen erfolgswirksam erfasst. Weitere Details sind in den einzelnen Posten im Anhang erläutert.

Zahlungsmoratorien

In vielen Märkten der RBI wurden unterschiedliche Moratorien eingeführt, die sich im Wesentlichen als Zahlungsmoratorien zusammenfassen lassen. Dem Kreditnehmer wird in Bezug auf seine Verpflichtungen zur Tilgung des Kredits sowie der Zahlung der Zinsen und Gebühren ein zeitlich befristeter Zahlungsaufschub gewährt. Abhängig von der jeweiligen lokalen Gesetzgebung oder den regulatorischen Richtlinien im jeweiligen Bankensektor kommt es zu unterschiedlichen Ausgestaltungen dieser Zahlungsmoratorien. In einzelnen Ländern (z. B. Kroatien, Rumänien, Österreich) liegt die Nutzung des Zahlungsmoratoriums im Ermessen des Kreditnehmers, in anderen Ländern (z. B. Ungarn, Serbien) ist das Zahlungsmoratorium automatisch für den Kreditnehmer nutzbar. Neben der Befristung des Zahlungsaufschubs (zwischen drei und neun Monaten) ist auch die Kapitalisierung der Zinsen (mit oder ohne Zinseszins) während der zahlungsfreien Perioden in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt. Zum Halbjahresende waren € 8,5 Milliarden an Krediten einem Moratorium unterworfen.

Aufgrund der geänderten Zahlungspläne kann es zu einem Barwertverlust des einzelnen Kreditvertrags kommen, der in der Regel mit einer einmaligen Anpassung des Bruttobuchwerts als unwesentliche Modifikation dieses Vertrags im übrigen Ergebnis der RBI erfasst wird. Im ersten Halbjahr wurden diesbezüglich minus € 16 Millionen im Ergebnis berücksichtigt. Mit weiteren Effekten in den Folgeperioden ist zu rechnen.

Direktstaatliche Programme

Um dem durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung gegenzusteuern, wurden in vielen Ländern verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft und zum Erhalt der Arbeitsplätze eingeleitet. Diese Maßnahmen umfassen einerseits direkte finanzielle Unterstützungen in verschiedensten Ausprägungen für Einzelpersonen, Haushalte und Unternehmen und andererseits durch Kreditinstitute gewährte Überbrückungsfinanzierungen in Verbindung mit staatlichen Haftungsübernahmen um sicherzustellen, dass Unternehmen während der COVID-19-Pandemie über ausreichend Liquidität verfügen.

Beschränkungen des Kapitalverkehrs und von Dividendenzahlungen

Um das Eigenkapital von Kredit- und Finanzinstituten während der COVID-19-Pandemie zu stärken, wurden in vielen Ländern Beschränkungen von Dividendenausschüttungen für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 entweder durch Empfehlungen von Aufsichtsbehörden oder durch erlassene Gesetze für die Dauer der COVID-19-Pandemie eingeführt.

Regulatorische Erleichterungen

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verabschiedeten sowohl die EZB als auch die EBA regulatorische Erleichterungen, damit die von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute weiterhin ihrer wichtigen Rolle bei der Finanzierung von Haushalten und Unternehmen nachkommen können. Den von der EZB beaufsichtigten Kreditinstituten wird demnach gestattet, die Säule-2-Empfehlung, den Kapitalerhaltungspuffer und die Liquiditätsdeckungsquote zu unterschreiten. Den Kreditinstituten wird zudem ermöglicht, die Eigenmittelquote neben dem harten Kernkapital auch mit anderen Kapitalinstrumenten zu erfüllen. Diese Maßnahme wäre ursprünglich erst Anfang 2021 durch die Umsetzung der CRD V (Capital Requirements Directive) in Kraft getreten. Außerdem ist die EZB der Ansicht, dass diese Maßnahmen durch eine angemessene Lockerung des antizyklischen Kapitalpuffers durch die nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt werden sollen. Die EBA geht zudem von einer konsistenten Anwendung der Regularien zur Default-Definition, Forbearance und IFRS 9 aus und ruft zur Nutzung der vollen Flexibilität dieser Regularien auf. Nach ihrer Auffassung führen die von den einzelnen Ländern eingeführten Moratorien nicht automatisch zu einer Klassifizierung als forborne bzw. defaulted oder zu einem Stufentransfer im IFRS-9-ECL-Modell.

Bankenabgabe in der Slowakei

Im Juni 2020 wurde durch die slowakische Regierung entschieden, die Bankenabgabe für das zweite Halbjahr 2020 abzuschaffen. Die RBI zahlte im Jahr 2020 in der Slowakei € 26 Millionen an Bankenabgaben (Vorjahresperiode: € 12 Millionen).

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Die COVID-19-Pandemie sorgte seit Ende Februar für Turbulenzen auf den Finanzmärkten und Einschränkungen sowohl im privaten als auch im wirtschaftlichen Umfeld. Die Pandemie überschattete auch die Geschäftsaktivitäten der RBI sowie deren Kunden mit direkten und indirekten Folgen auf die Geschäftsentwicklung der RBI. Zur Eindämmung der negativen Effekte für Unternehmen und Haushalte reagierten die Regierungen sowie Zentralbanken mit unterschiedlichen Maßnahmen.

Insgesamt begann das Geschäftsjahr 2020 aber sehr dynamisch für die RBI. Durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens in den vergangenen Perioden konnten die Kernerträge zudem weiter gesteigert werden. Mit den Lockdown-Maßnahmen waren allerdings im zweiten Quartal Einbußen im Bereich der Provisionserträge zu verzeichnen und bedingt durch die Leitzinssenkungen in einigen Märkten waren auch die Zinserträge betroffen.

Positiv entwickelten sich die Betriebserträge, die um € 184 Millionen stiegen. Dafür waren insbesondere das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen (plus € 141 Millionen aufgrund von im Vorjahr angefallenen Bewertungsverlusten) sowie der Zinsüberschuss (plus € 42 Millionen aufgrund von Volumenanstiegen) verantwortlich. Am stärksten sichtbar wurde die durch COVID-19 verursachte Rezession bei den Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte, die nunmehr € 312 Millionen erreichten, nachdem sie im Vorjahr noch bei sehr niedrigen € 12 Millionen gelegen waren.

Das Konzernergebnis sank im Periodenvergleich um € 203 Millionen auf € 368 Millionen. Es ist durch direkte und indirekte Effekte aus der COVID-19-Krise belastet: Dies betrifft die Kreditrisikokosten (im speziellen Stage-Migrationen bei der ECL-Berechnung) sowie Modifikationsergebnisse durch Zahlungsmoratorien und Wertminderungen bei Beteiligungen und Firmenwerten.

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.706	1.664	42	2,5%
Dividendenerträge	15	24	-9	-38,9%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	22	37	-15	-39,8%
Provisionsüberschuss	840	839	0	0,0%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	62	-79	141	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	0	4	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	42	21	21	96,9%
Betriebserträge	2.690	2.506	184	7,3%
Personalaufwand	-808	-789	-19	2,4%
Sachaufwand	-476	-524	48	-9,2%
Abschreibungen	-190	-184	-6	3,4%
Verwaltungsaufwendungen	-1.474	-1.497	23	-1,6%
Betriebsergebnis	1.216	1.009	207	20,6%
Übriges Ergebnis	-173	-33	-140	425,9%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-166	-130	-36	27,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-312	-12	-300	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	566	834	-268	-32,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-145	-191	45	-23,8%
Ergebnis nach Steuern	420	643	-223	-34,6%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-52	-72	20	-27,4%
Konzernergebnis	368	571	-203	-35,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Betriebserträge

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Anstieg um 7 Prozent oder € 184 Millionen auf € 2.690 Millionen. Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns erhöhten sich ebenfalls um 7 Prozent, getragen von Zuwächsen im Kreditgeschäft und bei kurzfristigen Veranlagungen – vor allem in der Konzernzentrale. Insgesamt stieg der Zinsüberschuss um € 42 Millionen auf € 1.706 Millionen. Die Nettozinsspanne reduzierte sich um 11 Basispunkte auf 2,31 Prozent. Hier sorgten vor allem Zinssenkungen im Zusammenhang mit COVID-19 in zahlreichen Ländern des Konzerns sowie ein erhöhtes kurzfristiges Veranlagungsvolumen für eine negative Margenentwicklung. Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ging im Periodenvergleich um € 15 Millionen auf € 22 Millionen zurück, vor allem hervorgerufen durch einen in der Vergleichsperiode lukrierten Verkaufserlös in der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG. Der Provisionsüberschuss blieb mit € 840 Millionen nahezu unverändert, wobei COVID-19-bedingte Volumensreduktionen vor allem im Bereich des Zahlungsverkehrs von Zuwächsen in der Vermögensverwaltung kompensiert wurden. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich um € 141 Millionen auf € 62 Millionen. Ursache für diesen Anstieg waren insbesondere Bewertungsergebnisse aus emittierten Zertifikaten (plus € 57 Millionen) aufgrund der Entwicklung von Zinsen und Kreditaufschlägen, die im Vorjahr noch zu Bewertungsverlusten geführt hatten. Zusätzlich war die Vergleichsperiode durch Bewertungsverluste eines Bausparkassenportfolios beeinflusst. Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg im Periodenvergleich um € 21 Millionen überwiegend aufgrund der Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um € 23 Millionen auf € 1.474 Millionen. Dem gegenüber stand ein leichter Anstieg des Personalaufwands um 2 Prozent oder € 19 Millionen auf € 808 Millionen, hauptsächlich resultierend aus Gehaltsanpassungen überwiegend in Russland, der Ukraine und in Rumänien. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank im Jahresabstand um 392 Vollzeitäquivalente auf 46.799. Der Sachaufwand sank um € 48 Millionen auf € 476 Millionen. Haupttreiber für die Reduktion waren vorwiegend gesunkene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (€ 9 Millionen) sowie niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland (€ 6 Millionen) und in Rumänien (€ 6 Millionen). Auch in den anderen

Aufwandsposten waren die Werte rückläufig. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen um 3 Prozent oder € 6 Millionen. Die Zahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Jahresabstand – vorwiegend aufgrund von Optimierungsmaßnahmen in der Ukraine (minus 46), in Russland (minus 32) und in Rumänien (minus 25) – um 123 auf 1.982.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 173 Millionen nach minus € 33 Millionen in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Ausschlaggebend für diesen Rückgang waren Wertminderungen auf Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von € 77 Millionen (Anstieg: € 70 Millionen), vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG, der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavebna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten. Des Weiteren wurde der Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft um € 27 Millionen aufgrund des durch die Pandemie revidierten Mittelfristplans wertgemindert. Darüber hinaus wurden die kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis insgesamt um € 42 Millionen (Anstieg: € 38 Millionen) aufgestockt, davon in Polen € 18 Millionen, in Rumänien € 17 Millionen und in Kroatien € 8 Millionen. Der Anstieg der Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen um € 21 Millionen auf € 23 Millionen resultierte mit € 16 Millionen aus COVID-19-Maßnahmen, wie beispielsweise einem zeitlich befristeten Zahlungsaufschub und Restrukturierungen in Rumänien, Tschechien, Ungarn und der Ukraine. Dem stand eine in der Vorjahresperiode gebuchte Rückstellung für Grunderwerbsteuern in Deutschland in Höhe von € 23 Millionen gegenüber.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhte sich um € 36 Millionen auf € 166 Millionen. Die Bankenabgaben stiegen um € 15 Millionen, vor allem aufgrund der Verdoppelung der Bankenabgabe in der Slowakei, zusätzlich erhöhten sich die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds in der Konzernzentrale, in Bulgarien und in Rumänien.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode kam es zu einer signifikanten Erhöhung der Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte um € 300 Millionen auf € 312 Millionen, nachdem die Risikokosten in der Vergleichsperiode des Vorjahres mit € 12 Millionen auf einem sehr niedrigen Niveau gelegen waren. In den Wertminderungen sind über das ECL-Modell hinausgehende zusätzliche zu erwartende Kreditrisikovorsorgen im Ausmaß von rund € 158 Millionen enthalten, davon entfielen auf Nicht-Finanzunternehmen € 123 Millionen und auf Haushalte € 35 Millionen.

Aufgrund von Migrationen von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr 2020 Wertminderungen in Höhe von € 202 Millionen gebucht (Anstieg: € 168 Millionen). Betroffen waren dabei vor allem folgende Industrien bzw. jene Kunden, die in diesen Bereichen beschäftigt sind: Tourismus, Automobil, Flugreisen, Öl und Gas, Immobilien und Konsumgüter. Daraus resultierten Wertminderungen von € 115 Millionen auf Kredite an Haushalte, vor allem in Russland (€ 27 Millionen), Rumänien (€ 24 Millionen) und Polen (€ 12 Millionen) und € 82 Millionen auf Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, hier insbesondere in der Slowakei (€ 13 Millionen) und in Österreich (€ 12 Millionen).

In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 141 Millionen (Vorjahr: Auflösung von netto € 13 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 88 Millionen auf Haushalte, vorwiegend in Russland (€ 36 Millionen) und Rumänien (€ 16 Millionen) sowie € 55 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen, im Wesentlichen in Österreich (€ 28 Millionen), Russland (€ 16 Millionen) und der Slowakei (€ 16 Millionen).

Die NPE Ratio lag mit 1,9 Prozent um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert zum Jahresultimo, was primär auf den Anstieg des Kreditvolumens zurückzuführen ist. Die NPE Coverage Ratio verbesserte sich aufgrund der zusätzlichen Wertminderungen um 2,4 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gingen – großteils ergebnisbedingt – um € 45 Millionen auf € 145 Millionen zurück. Die Steuerquote stieg um 3 Prozentpunkte auf 26 Prozent. Ausschlaggebend dafür war vor allem der negative Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale aufgrund der beschriebenen Wertminderungen.

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q2/2019 ¹	Q3/2019 ¹	Q4/2019	Q1/2020	Q2/2020
Zinsüberschuss	840	866	881	881	825
Dividendenerträge	14	2	5	6	8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	13	14	120	-9	31
Provisionsüberschuss	437	468	489	448	392
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-27	-8	70	37	25
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	-7	10	12	-8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	21	-8	65	29	12
Betriebserträge	1.293	1.327	1.642	1.405	1.286
Personalaufwand	-410	-392	-429	-402	-405
Sachaufwand	-267	-260	-310	-259	-218
Abschreibungen	-95	-96	-109	-94	-96
Verwaltungsaufwendungen	-773	-748	-848	-755	-719
Betriebsergebnis	520	580	794	650	567
Übriges Ergebnis	-7	-35	-151	-82	-91
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-17	-11	-21	-128	-38
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-2	-68	-154	-153	-158
Ergebnis vor Steuern	494	465	468	286	279
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-110	-124	-88	-79	-66
Ergebnis nach Steuern	384	341	380	207	213
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-39	-38	-27	-31	-21
Konzernergebnis	345	303	353	177	192

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Veränderung zweites Quartal 2020 versus erstes Quartal 2020

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss reduzierte sich im Quartalsvergleich um € 57 Millionen auf € 825 Millionen. Die Entwicklung des zweiten Quartals war stark durch COVID-19 beeinflusst. Den größten Rückgang gab es mit € 20 Millionen in Tschechien, vorwiegend hervorgerufen durch niedrigere Zinserträge aus Repo-Geschäften und Kundenkrediten aufgrund der Reduktion der Leitzinssätze. In Russland verminderte sich der Zinsüberschuss aufgrund eines leicht geringeren Volumens sowie Zinssatzanpassungen um € 14 Millionen. In der Konzernzentrale sorgten ebenfalls niedrigere Zinserträge aus Repo-Geschäften für einen Rückgang um € 9 Millionen. In der Ukraine und in Belarus reduzierte sich der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund niedrigerer Marktzinssätze um jeweils € 3 Millionen. In Rumänien führten niedrigere Kreditvolumina zu einem Rückgang des Zinsüberschusses um € 3 Millionen. Die Nettozinsspanne verringerte sich um 22 Basispunkte auf 2,21 Prozent, überwiegend zurückzuführen auf eine negative Margenentwicklung in zahlreichen Ländern des Konzerns aufgrund von Zinssenkungen im Zusammenhang mit COVID-19.

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen fiel im ersten Quartal 2020 mit € 9 Millionen aufgrund der Bewertung einer börsennotierten Beteiligung (SoftwareOne) der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG negativ aus, während hingegen im zweiten Quartal durch die Erholung des Börsenkurses sowie dem Teilverkauf von Aktien der SoftwareOne ein positives Ergebnis erzielt wurde.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich wegen der Lockdown-Maßnahmen gegenüber dem ersten Quartal um 13 Prozent oder € 56 Millionen auf € 392 Millionen. Ein wesentlicher Grund dafür war ein Rückgang um € 21 Millionen auf € 77 Millionen aus dem Fremdwährungsgeschäft, das sich aufgrund volumen- und margenbedingt niedrigerer Umsätze vor allem in Russland,

Tschechien, Rumänien, Ungarn, Belarus und Kroatien reduzierte. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft sank um € 8 Millionen auf € 44 Millionen vorrangig aufgrund höherer Erträge in der Konzernzentrale im ersten Quartal. Ebenso verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr durch die COVID-19-Pandemie in nahezu allen Ländern einen Rückgang um € 7 Millionen auf € 161 Millionen. Das Ergebnis aus dem Depot- und Treuhandgeschäft, das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sowie jenes aus Vermittlungsprovisionen verminderten sich im Quartalsvergleich um jeweils € 4 Millionen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen sank im Quartalsvergleich um € 12 Millionen auf € 25 Millionen. Hierbei war das Vorquartal maßgeblich durch Marktvolatilitäten im Zusammenhang mit der Ausbreitung von COVID-19 geprägt, wodurch Gewinne auf emittierte Zertifikate, im Wesentlichen aus der Entwicklung des Kreditaufschlags, und Verluste aus der Bewertung von Schuldverschreibungen zu verzeichnen waren. Im zweiten Quartal erholten sich die meisten Marktwerte, wodurch es sowohl bei der Bewertung von emittierten Zertifikaten (Rückgang: € 79 Millionen) sowie bei zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen (Anstieg: € 91 Millionen) zu gegenläufigen Effekten kam. Zusätzlich kam es in diesem Zusammenhang zu negativen Veränderungen bei der Bewertung von Derivaten. Das Ergebnis aus Hedge Accounting belief sich im zweiten Quartal auf minus € 8 Millionen (erstes Quartal: € 12 Millionen). Trotz des dynamischen Zinsumfelds ist nach wie vor eine hohe Hedge-Effizienz gegeben.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich im Quartalsvergleich um € 17 Millionen auf € 12 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war die Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen) im ersten Quartal.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Quartalsvergleich um € 36 Millionen auf € 719 Millionen. Der Sachaufwand ging im Quartalsvergleich um € 41 Millionen auf € 218 Millionen zurück. Die Rückgänge wurden im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für die Einlagensicherung (€ 25 Millionen) hervorgerufen. Während diese in einigen Ländern im ersten Quartal für das Gesamtjahr zu buchen sind (€ 18 Millionen), reduzierte sich der quartalsweise gebuchte Beitrag in Russland um € 8 Millionen als Folge einer staatlichen Hilfsmaßnahme im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis sank im Quartalsvergleich um € 9 Millionen auf minus € 91 Millionen. Ausschlaggebend war die Aufstockung der kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Porfoliobasis um weitere € 27 Millionen im zweiten Quartal (Vorquartal: € 16 Millionen). Dabei wurden die entsprechenden Rückstellungen im zweiten Quartal in Rumänien um € 17 Millionen und in Polen um € 10 Millionen erhöht. Im ersten Quartal wurden diese in Kroatien und Polen um jeweils € 8 Millionen angehoben. Im zweiten Quartal stiegen auch die Wertminderungen auf Anteile an assoziierten Unternehmen um € 21 Millionen auf € 49 Millionen, vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG. Die Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen lagen um € 4 Millionen höher. Dem stand eine im ersten Quartal vorgenommene, teilweise Wertminderung auf den Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft von € 27 Millionen gegenüber.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen werden überwiegend im ersten Quartal für das Gesamtjahr gebucht (€ 106 Millionen), woraus sich der Rückgang um € 90 Millionen auf € 38 Millionen ergab. Die Bankenabgaben betragen dabei im zweiten Quartal 2020 € 19 Millionen (Vorquartal: € 73 Millionen). In der Konzernzentrale wurde die Einmalzahlung in Höhe von € 41 Millionen im ersten Quartal berücksichtigt. Dies war die vierte und somit letzte jährliche Zahlung, die gemäß den zugrunde liegenden Bestimmungen (IFRIC 21) jeweils zur Gänze im ersten Quartal zu buchen war. Auch in Ungarn wurde mit € 13 Millionen im ersten Quartal 2020 bereits die Bankenabgabe für das Gesamtjahr erfasst. Ebenfalls wurden im ersten Quartal für das Gesamtjahr die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds in Höhe von € 55 Millionen gebucht. Im zweiten Quartal kam es zu einer weiteren Zahlung von € 20 Millionen, bedingt durch eine Anpassung der Beiträge vor allem in der Konzernzentrale aber auch in Bulgarien.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte lagen mit € 158 Millionen um € 5 Millionen über dem Niveau des Vorquartals. Im ersten Quartal 2020 waren darin über das ECL-Modell hinausgehende zusätzliche zu erwartende Kreditrisikovorsorgen im Ausmaß von € 96 Millionen enthalten, im zweiten Quartal lagen diese bei € 62 Millionen. Diese Wertminderungen betrafen dabei mit € 55 Millionen (Vorquartal: € 67 Millionen) Nicht-Finanzunternehmen und mit € 7 Millionen (Vorquartal: € 29 Millionen) Haushalte.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gingen im Quartalsvergleich um € 13 Millionen auf € 66 Millionen zurück. Die Steuerquote sank um 4 Prozentpunkte auf 24 Prozent. Ausschlaggebend dafür waren durch COVID-19 ausgelöste Bewertungsverluste im ersten Quartal.

Konzernergebnis

Das Konzernergebnis lag mit € 192 Millionen um € 15 Millionen über dem Vorquartal. Das Betriebsergebnis hingegen ging im Quartalsvergleich um € 83 Millionen zurück, vor allem hervorgerufen durch einen deutlichen Rückgang der Kernerträge. Dem standen um € 90 Millionen geringere Abgaben gegenüber, da Bankenabgaben und Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds überwiegend im ersten Quartal gebucht werden.

Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um 8 Prozent oder € 11.562 Millionen auf € 163.761 Millionen. Die Währungsentwicklung – geprägt durch den krisenbedingten Abwertungsdruck zahlreicher CEE-Währungen, insbesondere des Belarus Rubels um 15 Prozent, des russischen Rubels um 14 Prozent, der ukrainischen Hryvna um 12 Prozent, des ungarischen Forints um 8 Prozent und der tschechischen Krone um 5 Prozent – bewirkte hingegen einen Rückgang um nahezu 2 Prozent oder € 3.008 Millionen. Währungsbereinigt läge das Wachstum bei € 14.570 Millionen oder mehr als 9 Prozent.

Aktiva

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019	Veränderung	
Forderungen an Kreditinstitute	9.202	9.435	-233	-2,5%
Forderungen an Kunden	93.876	91.204	2.672	2,9%
Wertpapiere	22.309	19.538	2.771	14,2%
Barbestände und übrige Aktiva	38.374	32.022	6.352	19,8%
Gesamt	163.761	152.200	11.562	7,6%

Die Forderungen an Kunden stiegen trotz starker Währungsabwertungen um 3 Prozent oder € 2.672 Millionen auf € 93.876 Millionen. Der größte Zuwachs ergab sich dabei in der Konzernzentrale (Anstieg: € 3.504 Millionen oder 14 Prozent auf € 28.799 Millionen), vor allem bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (Anstieg: € 1.617 Millionen, insbesondere Standardkredite und Exportfinanzierungen) und Projekt- und Immobilienfinanzierungen (Anstieg: € 863 Millionen), der Rest entfiel auf sonstige kurzfristige Kreditgeschäfte. In Russland und in Tschechien wurden hingegen Rückgänge aufgrund der Währungsabwertungen verzeichnet, in lokaler Währung kam es dennoch zu einem Kreditwachstum. Dabei waren in Russland die Forderungen an Kunden währungsbedingt um € 869 Millionen auf € 10.475 Millionen rückläufig, in lokaler Währung ergab sich jedoch bei den Krediten an Nicht-Finanzunternehmen ein Anstieg um rund 10 Prozent, während das Kreditvolumen an Haushalte auch in lokaler Währung leicht rückläufig war. In Tschechien gingen die Forderungen an Kunden ebenso währungsbedingt um € 316 Millionen oder 3 Prozent auf € 11.556 Millionen zurück, in lokaler Währung wurde sowohl bei Krediten an Haushalte als auch an Nicht-Finanzunternehmen ein Zuwachs verzeichnet.

Der Posten Wertpapiere – hier vor allem Schuldverschreibungen – erhöhte sich um € 2.771 Millionen auf € 22.309 Millionen, hauptsächlich in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.180 Millionen), in der Slowakei (Anstieg: € 685 Millionen) und in Tschechien (Anstieg: € 672 Millionen), während dieser in Russland um € 650 Millionen sank.

Die Barbestände und übrigen Aktiva verzeichneten seit Jahresbeginn einen deutlichen Anstieg um € 6.352 Millionen auf € 38.374 Millionen. Dabei erhöhten sich die Barbestände um € 6.192 Millionen auf € 30.481 Millionen, vor allem in der Konzernzentrale (Anstieg: € 6.030 Millionen, insbesondere Repo-Geschäfte, Guthaben gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank und Kassenbestand). Die starke Liquiditätsposition ermöglicht in Krisenzeiten besonders im Falle von fehlenden marktsensitiven Refinanzierungsquellen rasch zu reagieren.

Passiva

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019	Veränderung	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.720	23.607	7.113	30,1%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	98.686	96.214	2.473	2,6%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	20.700	18.614	2.086	11,2%
Eigenkapital	13.655	13.765	-110	-0,8%
Gesamt	163.761	152.200	11.562	7,6%

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns gegenüber Kreditinstituten, das hauptsächlich kurzfristige Einlagen und Repo-Geschäfte in der Konzernzentrale betraf, nahm um 30 Prozent oder € 7.113 Millionen auf € 30.720 Millionen zu.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen trotz starker Währungsabwertungen um 3 Prozent oder € 2.473 Millionen auf € 98.686 Millionen. Die größten Zuwächse wurden dabei in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.358 Millionen oder 6 Prozent, insbesondere bei kurzfristigen Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen), in Rumänien (Anstieg: € 455 Millionen oder 6 Prozent, insbesondere bei Haushalten) und in Tschechien (Anstieg: € 377 Millionen trotz starker Währungsabwertung, hier insbesondere bei Einlagen von Regierungen) verzeichnet. Hingegen kam es zu einem währungsbedingten Rückgang in Russland (Rückgang: € 1.144 Millionen oder 8 Prozent).

Der Anstieg bei Schuldverschreibungen und übrige Passiva um € 2.086 Millionen auf € 20.700 Millionen stammte dabei überwiegend aus der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.826 Millionen) durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen (Anstieg: € 1.133 Millionen) und höhere negative Marktwerte bei Derivaten (Anstieg: € 469 Millionen).

Für Informationen zum Funding wird auf den Risikobericht des Konzernzwischenabschlusses verwiesen.

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Rückgang um € 110 Millionen auf € 13.655 Millionen. Diese Veränderung beruhte hauptsächlich auf dem Gesamtergebnis der Periode von minus € 99 Millionen.

Das Gesamtergebnis von minus € 99 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern von € 420 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 519 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung führte seit Jahresbeginn zu einem negativen Effekt von € 591 Millionen. Der Abwertung des russischen Rubels um 14 Prozent mit einem negativen Beitrag von € 316 Millionen, der tschechischen Krone um 5 Prozent mit € 83 Millionen, der ukrainischen Hryvna um 12 Prozent mit € 61 Millionen, des ungarischen Forints um 8 Prozent mit € 55 Millionen sowie des Belarus Rubels um 15 Prozent mit € 51 Millionen stand eine Absicherung von Nettoinvestitionen vorwiegend in der russischen Tochterbank, die zu einem positiven Bewertungsergebnis von € 72 Millionen führte, gegenüber.

Der Vorstandsbeschluss vom 4. Februar 2020 zum Dividendenvorschlag an die Hauptversammlung lautet auf Ausschüttung einer Dividende von € 1,00 je Aktie für das Geschäftsjahr 2019. Dies ergäbe eine maximale Ausschüttungssumme von € 329 Millionen. In Einklang mit der Ende März erfolgten Empfehlung der Europäischen Zentralbank zu Dividendenausschüttungen und angesichts der durch COVID-19 verursachten Unsicherheiten könnte der Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2019 überprüft werden, sobald die finanziellen Auswirkungen von COVID-19 klarer geworden sind.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Per 30. Juni 2020 betrug das harte Kernkapital (CET1) nach Abzugsposten € 10.640 Millionen, was eine Reduktion um € 222 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2019 bedeutet. Wesentlich für die Verschlechterung verantwortlich waren Währungseffekte direkt im Kapital. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten reduzierte sich um € 212 Millionen auf € 11.879 Millionen, großteils aufgrund der Reduktion beim harten Kernkapital. Bei den ergänzenden Eigenmitteln gab es eine Erhöhung um € 330 Millionen auf € 2.270 Millionen. Der Anstieg basiert auf der Emission einer Anleihe im Juni, der die regulatorischen Amortisationen von ausstehenden Emissionen gegenüberstanden. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 14.149 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 118 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2019.

Die gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich seit Ende 2019 um € 2.524 Millionen auf € 80.490 Millionen. Wesentliche Treiber dafür waren das Kredit-Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in der Konzernzentrale, in Russland, in Serbien und Tschechien. Dem (organischen) Auftrieb standen negative Währungseffekte, insbesondere bedingt durch den russischen Rubel, die ukrainische Hryvna und die tschechische Krone gegenüber. Zudem führten eine Erhöhung beim Marktrisiko, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie und damit erhöhte Volatilitäten, und die Erhöhung beim operativen Risiko als Folge der anhaltenden Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den CHF-Krediten zu einem Anstieg der RWA. Daraus ergab sich (fully loaded) unter Berücksichtigung des Halbjahresergebnisses eine harte Kernkapitalquote von 13,2 Prozent, eine Kernkapitalquote von 14,6 Prozent und eine Eigenmittelquote von 17,5 Prozent.

Risikomanagement

Für weitere Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht des Konzernzwischenabschlusses verwiesen.

Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode

Platzierung einer € 500 Millionen AT1-Emission im Juli

Die RBI platzierte im Juli zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Dies ist die dritte Platzierung von zusätzlichem Kernkapital durch die RBI seit 2017, womit ihre Kapitalstruktur sowie ihre Erfüllung der Anforderungen gemäß den Säulen 1 und 2 für regulatorisches Kapital weiter optimiert wird. Darüber hinaus erhöht sich der Puffer auf den MDA-Auslöser-Level auf 2,38 Prozent (basierend auf den Zahlen zum 31. März 2020 unter Hinzurechnung dieser AT1-Emission sowie einer im Juni durch die RBI begebenen Tier-2-Anleihe). Der Coupon beträgt bis Dezember 2026 6,00 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt.

Ausblick

Wir erwarten ein geringes Kreditwachstum für 2020.

Die Neubildungsquote dürfte aus aktueller Sicht im Jahr 2020 auf rund 75 Basispunkte steigen, abhängig von Dauer und Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs.

Wir streben mittelfristig eine Cost/Income Ratio von etwa 55 Prozent an und prüfen, wie sich die gegenwärtigen Entwicklungen auf die Quote im Jahr 2021 auswirken werden.

Wir peilen mittelfristig einen Konzern-Return-on-Equity von etwa 11 Prozent an. Zum heutigen Zeitpunkt und basierend auf unseren Einschätzungen erwarten wir für 2020 einen Konzern-Return-on-Equity im mittleren einstelligen Bereich.

Wir bestätigen unser mittelfristiges Ziel einer CET1 Ratio von rund 13 Prozent.

Basierend auf dieser Zielquote beabsichtigen wir Dividendenausschüttungen in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Konzernergebnisses.

Segmentbericht

Grundlagen der Segmentierung

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Die Märkte des Konzerns werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG) sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Centrobank AG, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft m.b.H., Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

Folgende Änderungen in der Segmentierung wurden ab dem ersten Quartal 2020 berücksichtigt, um die Segmente noch näher an die interne Steuerung anzugleichen:

- Gemeinsame Serviceunternehmen werden ab dem ersten Quartal 2020 dem Segment Corporate Center zugeordnet. Diese waren bisher Bestandteil der regionalen Segmente.
- Folgende at-equity bewertete Unternehmen wurden dem Segment Group Corporates & Markets zugeordnet: NOTARTREUHANDBANK AG, Oesterreichische Kontrollbank AG, EMCOM Beteiligungs GmbH, Posojilnica Bank eGen. Diese waren bisher Bestandteil des Segments Corporate Center.

Diese Effekte wurden aufgrund von Unwesentlichkeit in den Vorperioden nicht angepasst.

Die Berechnung des Eigenkapitals in den Segmenten basiert ab dem ersten Quartal 2020 auf dem bilanziellen Eigenkapital. Zuvor wurde das Kapital gemäß dem regulatorischen Kapitalverbrauch kalkuliert. Die Vorperioden (Eigenkapital sowie Return on Equity) wurden entsprechend angepasst.

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	Verände- rung	Q2/2020	Q1/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	413	419	-1,4%	196	217	-9,6%
Dividendenerträge	2	4	-40,6%	2	0	>500,0%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2	-37,1%	0	1	-86,0%
Provisionsüberschuss	203	218	-7,1%	94	108	-12,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	7	0	-	9	-2	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	401,1%	-3	3	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	14	-3	-	-3	17	-
Betriebserträge	641	641	0,0%	296	344	-13,9%
Verwaltungsaufwendungen	-330	-351	-6,2%	-156	-174	-10,4%
Betriebsergebnis	311	289	7,6%	141	170	-17,5%
Übriges Ergebnis	-25	1	-	-14	-12	18,9%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-61	-45	36,6%	-15	-46	-67,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-91	33	-	-41	-50	-18,3%
Ergebnis vor Steuern	133	278	-52,0%	71	63	13,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-29	-47	-38,1%	-13	-15	-13,8%
Ergebnis nach Steuern	105	231	-54,8%	57	47	22,0%
Return on Equity vor Steuern	7,9%	17,4%	-9,5 PP	8,4%	7,4%	1,0 PP
Return on Equity nach Steuern	6,2%	14,4%	-8,3 PP	6,8%	5,6%	1,2 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,01%	2,14%	-0,13 PP	1,91%	2,13%	-0,22 PP
Cost/Income Ratio	51,4%	54,9%	-3,4 PP	52,5%	50,5%	2,0 PP
Loan/Deposit Ratio	95,8%	102,9%	-7,1 PP	95,8%	99,7%	-3,9 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,62%	-0,23%	0,85 PP	0,56%	0,68%	-0,12 PP
NPE Ratio	2,1%	2,5%	-0,4 PP	2,1%	2,2%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	63,3%	57,2%	6,1 PP	63,3%	62,8%	0,6 PP
Aktiva	43.599	41.350	5,4%	43.599	41.422	5,3%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.065	21.761	-3,2%	21.065	21.505	-2,0%
Eigenkapital	3.367	3.142	7,1%	3.367	3.336	0,9%
Forderungen an Kunden	29.615	29.022	2,0%	29.615	29.334	1,0%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.617	30.399	7,3%	32.617	31.192	4,6%
Geschäftsstellen	378	391	-3,3%	378	392	-3,6%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.299	9.895	-6,0%	9.299	9.704	-4,2%
Kunden in Millionen	2,8	2,6	6,1%	2,8	2,8	-0,2%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Zentraleuropa reduzierte sich im Jahresvergleich um € 127 Millionen auf € 105 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Wertminderungen aufgrund von COVID-19. Der Ergebnisrückgang nach Steuern lag in Tschechien bei € 67 Millionen, in Ungarn bei € 31 Millionen und in der Slowakei bei € 21 Millionen.

Betriebsserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 6 Millionen auf € 413 Millionen. Hauptgrund dafür war ein Rückgang des Zinsüberschusses um € 12 Millionen in Tschechien aufgrund niedrigerer Zinserträge aus Repo-Geschäften und Kundenkrediten resultierend aus Leitzinsanpassungen. In Ungarn hingegen sorgten höhere Kreditvolumina für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 4 Millionen. In der Slowakei erhöhte sich der Zinsüberschuss ebenfalls volumenbedingt um € 2 Millionen. Die Nettozinsspanne des Segments verringerte sich um 13 Basispunkte auf 2,01 Prozent, vorwiegend zurückzuführen auf einen Margenrückgang um 23 Basispunkte in Tschechien.

Der Provisionsüberschuss nahm im Periodenvergleich um € 15 Millionen auf € 203 Millionen ab. Dabei reduzierte sich der Provisionsüberschuss in der Slowakei vor allem aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit, während Ungarn – primär aufgrund volumen- und margenbedingter Rückgänge aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Fremdwährungsgeschäft – eine Abnahme um € 6 Millionen auf € 68 Millionen verzeichnete.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen nahm im Jahresvergleich um € 8 Millionen zu, vorrangig durch höhere Erträge aus Schuldverschreibungen und Derivaten in der Slowakei und in Ungarn.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 17 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war die Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 22 Millionen auf € 330 Millionen, vorwiegend aufgrund der geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit (minus € 9 Millionen), sowie von gesunkenem Personal- und Werbeaufwand in der Slowakei bedingt durch die COVID-19-Pandemie.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl sank um 232 auf 9.569 ebenfalls bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung einer Konzerneinheit (minus 158) und Tschechien (minus 50). Die Cost/Income Ratio des Segments verbesserte sich im Jahresvergleich um 3,4 Prozentpunkte auf 51,4 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich auf minus € 25 Millionen, nachdem in der Vergleichsperiode des Vorjahres plus € 1 Million ausgewiesen worden war. Ausschlaggebend dafür war die Aufstockung der kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten, die in Fremdwährung denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, um € 18 Millionen in Polen. Die Anpassung der Rückstellung erfolgte aufgrund der Änderungen der statistischen Annahmen des Berechnungsmodells. Weiters wurden Verluste aus Modifikationen von Vertragskonditionen in Höhe von € 8 Millionen aufgrund von COVID-19-Maßnahmen in Ungarn und Tschechien gebucht. Dies lag am von der Regierung verordneten befristeten Zahlungsaufschub um sechs bzw. neun Monate für Kundenkredite.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen stieg im Periodenvergleich um € 16 Millionen auf € 61 Millionen. Der Anstieg der Bankenabgaben um € 14 Millionen auf € 41 Millionen wurde durch die Verdoppelung der Bankenabgabe in der Slowakei verursacht. Ende Juni wurde die Bankenabgabe in der Slowakei für das zweite Halbjahr abgeschafft. In Ungarn wurde der Aufwand für die Bankenabgabe wie schon im Vorjahr bereits im ersten Quartal mit € 13 Millionen für das Gesamtjahr gebucht. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die zum Großteil in voller Höhe zu Jahresbeginn erfasst wurden, stiegen um € 3 Millionen auf € 20 Millionen. Höhere Beiträge gab es in Tschechien, der Slowakei und in Ungarn.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 91 Millionen, nachdem in der Vorjahresvergleichsperiode eine Nettoauflösung von Risikovorsorgen in Höhe von € 33 Millionen ausgewiesen worden war, wobei im ersten Halbjahr überwiegend COVID-19-bedingte Wertminderungen dotiert wurden.

Aufgrund der Migration von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr 2020 Wertminderungen in Höhe von € 61 Millionen gebucht (Anstieg: € 62 Millionen). Der Anstieg resultierte vor allem aus der Verschlechterung der makroökonomischen Aussichten

als Folge der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen auf die jeweiligen Branchen und Branchenbeschäftigten des RBI Kundenkreises. Die Wertminderungen betrafen mit € 28 Millionen die Kredite an Haushalte, vorwiegend in Polen (€ 12 Millionen) und in der Slowakei (€ 7 Millionen) sowie mit € 32 Millionen die Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, hier vor allem in der Slowakei (€ 13 Millionen), in Ungarn (€ 9 Millionen) und Tschechien (€ 8 Millionen). In Stage 3, die ausgefallene Kredite umfasst, wurden Wertminderungen von netto € 34 Millionen (Vorjahr: Auflösung von netto € 4 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 26 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen, hier insbesondere in der Slowakei (€ 16 Millionen) und in Tschechien (€ 8 Millionen) sowie € 8 Millionen auf Haushalte.

Die NPE Ratio belief sich zum 30. Juni 2020 auf 2,1 Prozent (minus 0,4 Prozentpunkte im Jahresabstand), die NPE Coverage Ratio verbesserte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gingen im Jahresvergleich um € 18 Millionen auf € 29 Millionen zurück. Dabei ergab sich ein ergebnisbedingter Rückgang des Steueraufwands in Tschechien um € 11 Millionen und in der Slowakei um € 5 Millionen. Für den Anstieg der Steuerquote um 5 Prozentpunkte auf 22 Prozent war vor allem Ungarn verantwortlich.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹
Zinsüberschuss	8	7	147	145
Dividendenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	2	2
Provisionsüberschuss	1	1	72	78
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	0	1	9	2
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	-1	20	1
Betriebserträge	9	9	248	229
Verwaltungsaufwendungen	-10	-10	-110	-126
Betriebsergebnis	-1	-1	138	102
Übriges Ergebnis	-18	-1	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-3	-3	-30	-16
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-10	-15	-48	0
Ergebnis vor Steuern	-31	-21	60	86
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-1	-12	-17
Ergebnis nach Steuern	-31	-22	48	68
Return on Equity vor Steuern	-	-	9,1%	14,2%
Return on Equity nach Steuern	-	-	7,3%	11,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	0,53%	0,45%	2,10%	2,25%
Cost/Income Ratio	-	-	44,3%	55,2%
Loan/Deposit Ratio	-	-	96,7%	102,1%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,68%	0,99%	0,86%	0,01%
NPE Ratio	7,4%	11,1%	1,7%	1,7%
NPE Coverage Ratio	70,7%	50,6%	68,9%	68,9%
Aktiva	2.920	3.197	14.939	13.930
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	3.491	3.872	6.271	6.158
Eigenkapital	-	-	1.355	1.277
Forderungen an Kunden	2.839	3.050	11.154	10.589
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	24	12.126	11.485
Geschäftsstellen	1	1	177	181
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	232	218	3.728	4.034
Kunden in Millionen	0,0	0,0	1,0	0,9

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019
Zinsüberschuss	183	195	75	71
Dividendenerträge	0	2	2	2
Provisionsüberschuss	62	65	68	74
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-8	-3	6	0
Ergebnis aus Hedge Accounting	-1	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11	16	-21	-24
Betriebserträge	247	275	131	123
Verwaltungsaufwendungen	-137	-138	-73	-77
Betriebsergebnis	110	137	58	46
Übriges Ergebnis	-4	2	-4	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-11	-9	-17	-17
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-26	18	-8	30
Ergebnis vor Steuern	70	149	28	60
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10	-21	-6	-7
Ergebnis nach Steuern	61	127	22	53
Return on Equity vor Steuern	9,7%	22,9%	8,4%	17,7%
Return on Equity nach Steuern	8,3%	19,6%	6,6%	15,7%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,15%	2,38%	1,96%	1,96%
Cost/Income Ratio	55,4%	50,1%	55,6%	62,4%
Loan/Deposit Ratio	82,6%	89,1%	72,9%	76,8%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,45%	-0,31%	0,42%	-1,72%
NPE Ratio	1,3%	1,3%	2,2%	2,5%
NPE Coverage Ratio	59,5%	61,2%	54,1%	55,4%
Aktiva	18.176	17.260	7.925	7.586
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	7.703	8.002	3.564	3.663
Eigenkapital	1.480	1.408	663	715
Forderungen an Kunden	11.556	11.629	4.053	3.736
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14.483	13.239	5.994	5.650
Geschäftsstellen	127	137	72	71
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.252	3.434	2.078	2.199
Kunden in Millionen	1,2	1,2	0,5	0,5

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	Verände- rung	Q2/2020	Q1/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	430	425	1,2%	211	219	-3,4%
Dividendenerträge	3	7	-61,6%	2	1	173,9%
Provisionsüberschuss	180	201	-10,8%	83	97	-14,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	18	15	24,6%	10	8	32,2%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-90,0%	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	-5	-	2	2	-14,2%
Betriebserträge	634	642	-1,3%	308	326	-5,5%
Verwaltungsaufwendungen	-351	-353	-0,6%	-172	-179	-3,7%
Betriebsergebnis	284	290	-2,0%	136	148	-7,8%
Übriges Ergebnis	-28	-6	335,5%	-17	-11	50,6%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-18	-16	12,3%	-3	-15	-82,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-99	-12	>500,0%	-48	-51	-6,2%
Ergebnis vor Steuern	139	256	-45,8%	69	70	-2,0%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-24	-37	-35,8%	-13	-11	17,1%
Ergebnis nach Steuern	115	219	-47,4%	56	59	-5,5%
Return on Equity vor Steuern	8,4%	16,6%	-8,2 PP	8,3%	8,5%	-0,2 PP
Return on Equity nach Steuern	7,0%	14,2%	-7,2 PP	6,8%	7,2%	-0,4 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,38%	3,61%	-0,23 PP	3,27%	3,48%	-0,21 PP
Cost/Income Ratio	55,3%	54,9%	0,3 PP	55,8%	54,7%	1,1 PP
Loan/Deposit Ratio	70,8%	75,1%	-4,2 PP	70,8%	72,4%	-1,6 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,24%	0,15%	1,09 PP	1,21%	1,27%	-0,07 PP
NPE Ratio	2,9%	3,3%	-0,5 PP	2,9%	2,8%	0,1 PP
NPE Coverage Ratio	70,0%	64,5%	5,5 PP	70,0%	70,2%	-0,2 PP
Aktiva	28.094	25.664	9,5%	28.094	28.000	0,3%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	16.417	15.263	7,6%	16.417	16.521	-0,6%
Eigenkapital	3.300	2.907	13,5%	3.300	3.276	0,8%
Forderungen an Kunden	15.998	15.091	6,0%	15.998	16.259	-1,6%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.582	20.288	11,3%	22.582	22.547	0,2%
Geschäftsstellen	892	920	-3,0%	892	893	-0,1%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	14.448	14.542	-0,6%	14.448	14.469	-0,1%
Kunden in Millionen	5,4	5,3	1,7%	5,4	5,3	2,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Südosteuropa verringerte sich im Periodenvergleich um 47 Prozent oder € 104 Millionen auf € 115 Millionen. Ausschlaggebend dafür war im Wesentlichen die Entwicklung der Risikokosten mit einer Erhöhung um € 87 Millionen, vor allem durch die Migration zwischen Stage 1 und Stage 2 aufgrund von COVID-19 in Höhe von € 78 Millionen und die Aufstockung kreditbezogener Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis um € 22 Millionen in Rumänien und Kroatien.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss stieg im Jahresabstand um 1 Prozent oder € 5 Millionen auf € 430 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei Rumänien mit einem volumenbedingten Anstieg um € 6 Millionen. In Bulgarien stieg der Zinsüberschuss ebenfalls aufgrund höherer Volumina um € 3 Millionen. In Bosnien und Herzegowina gab es einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 2 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Zinserträge aus Kundenkrediten. In allen anderen Ländern des Segments zeigte der Zinsüberschuss nur geringfügige Veränderungen. Die Nettozinsspanne des Segments reduzierte sich um 23 Basispunkte auf 3,38 Prozent. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf einen Margenrückgang um 71 Basispunkte in Serbien, hervorgerufen durch Leitzinsänderungen, zurückzuführen.

Die Dividendenerträge reduzierten sich um € 4 Millionen auf € 3 Millionen, bedingt durch niedrigere Ausschüttungen in Bulgarien und Rumänien.

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Periodenvergleich um € 22 Millionen auf € 180 Millionen. Rumänien und Kroatien verzeichneten – vorwiegend aufgrund von COVID-19-Maßnahmen – geringere Provisionserträge um € 10 Millionen bzw. € 4 Millionen aus dem Zahlungsverkehr und aus dem Fremdwährungsgeschäft, während sich der Provisionsüberschuss in Bulgarien margenbedingt vor allem im Zahlungsverkehr um € 3 Millionen reduzierte.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg im Periodenvergleich um € 4 Millionen auf € 18 Millionen. Rückgänge aus Schuldverschreibungen wurden dabei durch höhere Erträge aus Derivaten sowie aus der Währungsumrechnung mehr als ausgeglichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 9 Millionen auf € 4 Millionen, vorwiegend bedingt durch eine im Vorjahr gebildete Rückstellung für Rechtsfälle im Zusammenhang mit staatlicher Bausparförderung in Rumänien (€ 10 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich geringfügig um 1 Prozent oder € 2 Millionen auf € 351 Millionen. Dabei stiegen die Personalaufwendungen um 3 Prozent oder € 4 Millionen auf € 163 Millionen, vorwiegend getrieben von Gehaltsanpassungen in Rumänien, während der Sachaufwand aufgrund von niedrigeren Beiträgen für die Einlagensicherung in Rumänien (minus € 6 Millionen) um € 9 Millionen auf € 129 Millionen zurückging. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter ging – insbesondere aufgrund von Filialschließungen in Rumänien und von Optimierungsprogrammen in Kroatien – um 118 auf 14.476 zurück. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments verminderte sich – in erster Linie aufgrund von Schließungen in Rumänien – im Jahresvergleich um 28 auf insgesamt 892. Die Cost/Income Ratio stieg von 54,9 auf 55,3 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis ging um € 22 Millionen auf minus € 28 Millionen zurück. Haupttreiber waren Dotierungen von kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis in Höhe von € 25 Millionen (Anstieg: € 22 Millionen). Dabei wurde in Rumänien die Rückstellung für ein Verfahren mit der Konsumentenschutzbehörde hinsichtlich der angeblichen missbräuchlichen Verwendung von Kreditklauseln um weitere € 17 Millionen angehoben. In Kroatien wurde die im Zusammenhang mit Schweizer-Franken-Krediten gebildete Rückstellung um € 8 Millionen aufgestockt. Darüber hinaus wurden Verluste aus Modifikationen von Vertragskonditionen in Höhe von netto € 3 Millionen aufgrund von COVID-19-Maßnahmen – ein befristeter Zahlungsaufschub bis Jahresende 2020 – vor allem in Rumänien gebucht.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhten sich im Jahresvergleich um € 2 Millionen auf € 18 Millionen. Dieser Anstieg resultierte aus höheren Beiträgen zum Bankenabwicklungsfonds in Bulgarien und Rumänien.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode beliefen sich die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte auf € 99 Millionen – überwiegend COVID-19-bedingt – nach € 12 Millionen in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Aufgrund der Migration von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr 2020 Wertminderungen in Höhe von € 78 Millionen gebucht (Anstieg: € 64 Millionen). Dabei wurden zukunftsorientierte Informationen und Einschätzungen hinsichtlich der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Auswirkungen auf Branchen und Branchenbeschäftigte des RBI Kundenportfolios einbezogen. Die Wertminderungen beliefen sich auf € 53 Millionen für Kredite an Haushalte, vorwiegend in Rumänien (€ 24 Millionen), Bulgarien (€ 9 Millionen) und Kroatien (€ 8 Millionen) sowie € 25 Millionen für Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, hier ebenso in Rumänien (€ 8 Millionen) und Bulgarien (€ 6 Millionen). In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 26 Millionen (Vorjahresperiode: Nettoauflösung von € 8 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 41 Millionen auf Kredite an Haushalte, hier vor allem in Rumänien (€ 16 Millionen), in Kroatien (€ 7 Millionen) und in Bulgarien sowie Bosnien und Herzegowina jeweils mit € 6 Millionen. Hingegen kam es bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen zu Auflösungen von Risikovorsorgen in Höhe von € 15 Millionen, wovon auf Rumänien und Bulgarien € 5 Millionen bzw. € 4 Millionen entfielen.

Die NPE Ratio verringerte sich im Jahresabstand um 0,5 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent, die NPE Coverage Ratio stieg um 5,5 Prozentpunkte auf 70,0 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gingen größtenteils ergebnisbedingt um € 13 Millionen auf € 24 Millionen zurück. Die Steuerquote stieg hingegen um 3 Prozentpunkte auf 17 Prozent, wofür nicht abzugsfähige Aufwendungen in Rumänien sowie Bosnien und Herzegowina verantwortlich zeichneten.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Bulgarien	
	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019
Zinsüberschuss	27	29	32	34	58	55
Dividendenerträge	0	0	1	1	2	3
Provisionsüberschuss	6	8	19	20	24	27
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	4	1	1	1	1	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	1	0	0	0	2
Betriebserträge	36	39	53	56	84	89
Verwaltungsaufwendungen	-21	-22	-27	-27	-49	-47
Betriebsergebnis	15	18	26	29	34	42
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-1	-1	0	0	-9	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-5	5	-11	-1	-19	4
Ergebnis vor Steuern	9	21	15	29	7	41
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-3	-2	-2	-1	-4
Ergebnis nach Steuern	8	18	12	26	6	37
Return on Equity vor Steuern	7,9%	19,4%	9,9%	19,8%	3,0%	18,2%
Return on Equity nach Steuern	6,6%	16,6%	8,4%	18,2%	2,7%	16,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,10%	3,33%	3,02%	3,32%	2,56%	2,77%
Cost/Income Ratio	59,4%	54,9%	51,3%	48,0%	59,0%	52,8%
Loan/Deposit Ratio	49,0%	51,6%	73,6%	77,4%	76,4%	84,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,28%	-1,30%	1,70%	0,09%	1,23%	-0,33%
NPE Ratio	5,6%	6,1%	4,3%	3,5%	1,7%	1,9%
NPE Coverage Ratio	72,2%	74,1%	79,3%	81,7%	63,2%	69,3%
Aktiva	1.828	1.815	2.472	2.437	4.871	4.235
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	1.353	1.320	2.022	1.908	2.593	2.322
Eigenkapital	234	241	307	287	470	438
Forderungen an Kunden	741	753	1.338	1.351	3.003	2.781
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.561	1.517	1.960	1.856	3.982	3.337
Geschäftsstellen	78	78	103	103	147	147
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.238	1.248	1.296	1.376	2.612	2.622
Kunden in Millionen	0,5	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019
Zinsüberschuss	59	60	189	182	43	44
Dividendenerträge	0	1	0	2	0	0
Provisionsüberschuss	29	33	74	84	23	25
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-3	3	12	4	4	4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	2	-3	-13	5	2
Betriebserträge	87	99	272	259	74	74
Verwaltungsaufwendungen	-59	-60	-142	-144	-37	-39
Betriebsergebnis	28	39	130	115	38	35
Übriges Ergebnis	-7	-5	-21	-2	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-2	-2	-6	-4	0	-3
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-14	3	-37	-24	-7	2
Ergebnis vor Steuern	5	35	65	85	30	34
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2	-8	-12	-14	-4	-4
Ergebnis nach Steuern	3	27	52	71	27	29
Return on Equity vor Steuern	1,6%	11,1%	12,9%	19,6%	11,6%	13,2%
Return on Equity nach Steuern	1,0%	8,6%	10,4%	16,4%	10,1%	11,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,59%	2,73%	4,24%	4,42%	3,17%	3,88%
Cost/Income Ratio	67,5%	60,4%	52,1%	55,5%	49,2%	52,7%
Loan/Deposit Ratio	70,5%	67,9%	69,6%	77,7%	72,9%	72,6%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,08%	-0,25%	1,28%	0,87%	0,91%	-0,31%
NPE Ratio	3,1%	4,0%	2,9%	3,5%	1,7%	2,1%
NPE Coverage Ratio	70,0%	71,3%	67,1%	48,2%	75,4%	75,5%
Aktiva	5.082	4.820	9.695	8.762	3.096	2.609
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	2.678	2.556	4.909	4.743	2.117	1.715
Eigenkapital	664	655	1.052	889	552	496
Forderungen an Kunden	2.725	2.442	5.748	5.691	1.730	1.398
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.746	3.654	8.046	7.179	2.425	1.979
Geschäftsstellen	75	78	354	378	88	88
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.853	1.861	5.047	5.008	1.556	1.571
Kunden in Millionen	0,5	0,5	2,2	2,2	0,9	0,8

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	Verände- rung	Q2/2020	Q1/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	576	531	8,5%	278	298	-6,8%
Dividendenerträge	0	1	-97,4%	0	0	>500,0%
Provisionsüberschuss	247	240	2,9%	118	129	-8,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	38	28	35,3%	8	30	-74,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-8	3	-	-5	-3	100,7%
Betriebserträge	852	803	6,1%	398	454	-12,5%
Verwaltungsaufwendungen	-329	-329	0,0%	-155	-174	-11,1%
Betriebsergebnis	523	474	10,3%	243	280	-13,4%
Übriges Ergebnis	-10	1	-	-8	-2	331,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-85	-12	>500,0%	-59	-26	122,9%
Ergebnis vor Steuern	428	462	-7,4%	176	252	-30,1%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-90	-97	-7,7%	-37	-53	-29,2%
Ergebnis nach Steuern	338	365	-7,4%	139	199	-30,3%
Return on Equity vor Steuern	28,1%	35,5%	-7,4 PP	23,1%	32,6%	-9,5 PP
Return on Equity nach Steuern	22,2%	28,0%	-5,8 PP	18,2%	25,8%	-7,6 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	5,52%	5,76%	-0,24 PP	5,48%	5,59%	-0,11 PP
Cost/Income Ratio	38,6%	41,0%	-2,4 PP	39,0%	38,4%	0,6 PP
Loan/Deposit Ratio	79,2%	84,9%	-5,7 PP	79,2%	76,1%	3,1 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,25%	0,18%	1,07 PP	1,83%	0,75%	1,08 PP
NPE Ratio	2,4%	2,5%	0,0 PP	2,4%	2,1%	0,3 PP
NPE Coverage Ratio	57,5%	58,7%	-1,2 PP	57,5%	55,6%	1,9 PP
Aktiva	21.625	20.996	3,0%	21.625	21.987	-1,6%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	14.326	14.003	2,3%	14.326	13.489	6,2%
Eigenkapital	2.961	2.603	13,8%	2.961	2.772	6,8%
Forderungen an Kunden	13.219	13.261	-0,3%	13.219	12.756	3,6%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.779	15.843	5,9%	16.779	17.105	-1,9%
Geschäftsstellen	690	771	-10,5%	690	693	-0,4%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	17.928	18.661	-3,9%	17.928	17.995	-0,4%
Kunden in Millionen	6,6	6,5	1,9%	6,6	6,8	-2,0%

Segmententwicklung

Das in diesem Segment verzeichnete Ergebnis nach Steuern verringerte sich im Jahresvergleich um € 27 Millionen oder 7 Prozent auf € 338 Millionen. Einer Verbesserung der Betriebserträge vor allem aufgrund volumenbedingt höherer Zinserträge standen ein geringeres übriges Ergebnis sowie COVID-19-bedingte höhere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gegenüber. Das Segment Osteuropa war in der Berichtsperiode wie schon im Vorjahr von Währungsvolatilitäten beeinflusst. So wertete der Durchschnittskurs der ukrainischen Hryvna um 6 Prozent auf, während der Belarus Rubel sowie der russische Rubel um 7 Prozent bzw. 4 Prozent abwerteten. Dagegen werteten die Stichtagskurse seit Jahresbeginn 2020 aufgrund von Leitzinssenkungen sowie Ölpreisturbulenzen ab (Belarus Rubel 15 Prozent, russischer Rubel 14 Prozent sowie ukrainische Hryvna 12 Prozent).

Betriebserträge

Der in Osteuropa erwirtschaftete Zinsüberschuss stieg im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 45 Millionen auf € 576 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei Russland mit € 34 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Zinsaufwendungen für die Refinanzierung des Handelsbuchs und höhere Kreditvolumina. In der Ukraine kam es ebenfalls aufgrund höherer Volumina bei Krediten an Haushalte sowie währungsbedingt zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 13 Millionen. In Belarus reduzierte sich der Zinsüberschuss um € 2 Millionen aufgrund höherer Refinanzierungskosten in lokaler Währung. Die Nettozinsspanne des Segments verringerte sich im Jahresvergleich um 24 Basispunkte auf 5,52 Prozent, hervorgerufen durch die negative Margenentwicklung in der Ukraine aufgrund zahlreicher Zinssenkungen.

Der Provisionsüberschuss zeigte ebenfalls einen Anstieg um 3 Prozent oder € 7 Millionen auf € 247 Millionen. In Russland wurde dabei vorrangig durch höhere Volumina in der Vermögensverwaltung ein Zuwachs um € 9 Millionen auf € 175 Millionen erzielt. Ebenso kam es in Belarus zu einem volumenbedingten Anstieg im Fremdwährungsgeschäft um € 2 Millionen auf € 29 Millionen, während die Ukraine einen Rückgang vor allem aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit verzeichnete.

Auch das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen nahm von € 28 Millionen in der Vergleichsperiode auf € 38 Millionen im Berichtszeitraum zu. Dabei verzeichneten Belarus und die Ukraine – vor allem aufgrund eines höheren Ergebnisses aus der Währungsumrechnung – einen Anstieg um € 5 Millionen bzw. € 3 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis sank um € 11 Millionen auf minus € 8 Millionen, hervorgerufen durch die Bildung von Rückstellungen für Rechtsfälle in Russland sowie Ausbuchungen von finanziellen Vermögenswerten in der Vergleichsperiode.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen blieben im Jahresvergleich mit € 329 Millionen konstant. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank um 734 auf 18.028, vorwiegend aufgrund von Filialschließungen in der Ukraine (minus 46) und in Russland (minus 32). Darüber hinaus trug die geänderte Segmentzuordnung einer Konzerneinheit zum Rückgang der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter (minus 276) bei. Die Personalaufwendungen erhöhten sich aufgrund von Gehaltsanpassungen in Russland und der Ukraine um 6 Prozent oder € 12 Millionen auf € 194 Millionen. Der Sachaufwand ging um 8 Prozent oder € 8 Millionen auf € 94 Millionen zurück. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang waren niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland (€ 6 Millionen) als Folge einer staatlichen Hilfsmaßnahme im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Die Abschreibungen sanken von € 45 Millionen auf € 41 Millionen. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich von 41,0 Prozent auf 38,6 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 10 Millionen (Vergleichsperiode: € 1 Million). Dies betraf überwiegend Modifikationseffekte aus geänderten Vertragskonditionen (€ 9 Millionen), dabei entfielen € 7 Millionen auf die Ukraine im Zusammenhang mit COVID-19-bedingten Maßnahmen (€ 3 Millionen, hauptsächlich bei Haushalten) und Restrukturierungsmaßnahmen für einige Großkunden.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode – vor allem COVID-19-bedingt – auf € 85 Millionen nach einem sehr niedrigen Niveau von € 12 Millionen in der Vorjahresperiode.

Aufgrund der Migration von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr 2020 Wertminderungen in Höhe von € 45 Millionen gebucht (Anstieg: € 26 Millionen). Der Anstieg war deutlich durch die Berücksichtigung der schlechteren makroökonomischen Aussichten geprägt. Die Wertminderungen auf Kredite an Haushalte betragen € 32 Millionen, vorwiegend in Russland (€ 27 Millionen) und auf Kredite an Nicht-Finanzunternehmen € 13 Millionen, hier in Russland (€ 6 Millionen) und Belarus (€ 4 Millionen). In Stage 3 (ausgefallene Kredite) ergaben sich Wertminderungen von netto € 55 Millionen (Vorjahresperiode: € 5 Millionen). Diese stammten aus Krediten an Haushalte mit € 39 Millionen, überwiegend in Russland mit € 36 Millionen und aus Krediten an Nicht-Finanzunternehmen mit € 15 Millionen, dabei in Russland mit € 16 Millionen und in der Ukraine hingegen eine Nettoauflösung von € 2 Millionen.

Die NPE Ratio belief sich zum 30. Juni 2020 auf 2,4 Prozent, die NPE Coverage Ratio ging auf 57,5 Prozent (minus 1,2 Prozentpunkte im Jahresabstand) zurück.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sanken ergebnisbedingt um € 7 Millionen auf € 90 Millionen, die Steuerquote blieb mit 21 Prozent konstant.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019
Zinsüberschuss	46	49	399	365	130	117
Dividendenerträge	0	0	0	1	0	0
Provisionsüberschuss	29	27	175	167	43	46
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	6	1	24	22	8	5
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	-2	-8	3	1	2
Betriebserträge	79	74	590	558	182	171
Verwaltungsaufwendungen	-35	-35	-216	-216	-78	-78
Betriebsergebnis	44	39	375	342	104	93
Übriges Ergebnis	0	0	-2	-1	-7	2
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-14	0	-62	-18	-8	6
Ergebnis vor Steuern	30	39	310	323	88	101
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8	-10	-66	-70	-16	-18
Ergebnis nach Steuern	22	28	244	254	72	83
Return on Equity vor Steuern	16,9%	21,9%	27,0%	33,9%	38,1%	53,7%
Return on Equity nach Steuern	12,2%	16,1%	21,3%	26,6%	31,2%	44,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,75%	5,65%	4,94%	5,00%	9,40%	11,11%
Cost/Income Ratio	44,4%	47,3%	36,5%	38,7%	43,0%	45,8%
Loan/Deposit Ratio	82,3%	91,7%	83,6%	85,2%	57,0%	78,8%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	2,30%	-0,14%	1,16%	0,38%	1,02%	-0,79%
NPE Ratio	1,6%	2,0%	2,2%	1,9%	4,1%	6,6%
NPE Coverage Ratio	81,9%	81,2%	54,0%	51,9%	60,5%	65,8%
Aktiva	2.133	1.986	16.243	16.434	3.251	2.579
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	1.679	1.734	9.694	9.804	2.953	2.466
Eigenkapital	343	390	2.451	2.193	506	384
Forderungen an Kunden	1.254	1.218	10.475	10.454	1.490	1.590
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.571	1.415	12.552	12.405	2.656	2.024
Geschäftsstellen	83	87	154	185	453	499
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.723	1.768	8.970	9.083	7.235	7.810
Kunden in Millionen	0,8	0,8	3,3	3,2	2,5	2,5

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	Verände- rung	Q2/2020	Q1/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	311	295	5,4%	160	151	5,7%
Dividendenerträge	7	14	-51,4%	5	2	134,7%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	>500,0%	1	2	-58,6%
Provisionsüberschuss	200	180	11,0%	96	104	-8,3%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	46	0	-	59	-13	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	-2	1	-	-1	-1	-30,5%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	47	59	-20,5%	20	27	-25,8%
Betriebserträge	611	549	11,3%	339	272	24,6%
Verwaltungsaufwendungen	-337	-343	-1,8%	-167	-170	-1,8%
Betriebsergebnis	274	206	33,2%	172	102	68,3%
Übriges Ergebnis	-5	3	-	-3	-1	159,4%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-13	-10	20,1%	-5	-7	-24,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-33	-21	55,3%	-8	-25	-67,6%
Ergebnis vor Steuern	225	178	26,5%	155	69	124,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-51	-37	39,0%	-36	-15	140,7%
Ergebnis nach Steuern	174	141	23,3%	119	54	120,4%
Return on Equity vor Steuern	13,3%	12,5%	0,8 PP	18,4%	8,2%	10,2 PP
Return on Equity nach Steuern	10,3%	9,9%	0,4 PP	14,1%	6,5%	7,7 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,16%	1,28%	-0,11 PP	1,16%	1,17%	0,00 PP
Cost/Income Ratio	55,1%	62,5%	-7,4 PP	49,3%	62,5%	-13,2 PP
Loan/Deposit Ratio	139,0%	164,0%	-24,9 PP	139,0%	151,5%	-12,5 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,21%	0,35%	-0,14 PP	0,10%	0,32%	-0,22 PP
NPE Ratio	1,6%	1,9%	-0,4 PP	1,6%	1,7%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	60,6%	55,9%	4,7 PP	60,6%	58,6%	2,0 PP
Aktiva	61.256	53.454	14,6%	61.256	56.228	8,9%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	27.841	23.037	20,9%	27.841	26.215	6,2%
Eigenkapital	3.419	3.029	12,9%	3.419	3.413	0,2%
Forderungen an Kunden	33.611	28.841	16,5%	33.611	31.766	5,8%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.192	23.466	20,1%	28.192	29.054	-3,0%
Geschäftsstellen	22	23	-4,3%	22	22	0,0%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.048	2.877	5,9%	3.048	2.995	1,8%
Kunden in Millionen	2,0	2,0	-1,7%	2,0	2,0	-0,4%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis im Segment Group Corporates & Markets stieg im Jahresvergleich um € 33 Millionen auf € 174 Millionen. Dabei standen den um € 62 Millionen höheren Betriebserträgen um € 14 Millionen höhere Steuern und um € 12 Millionen höhere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte aufgrund von COVID-19 gegenüber.

Das Segment Group Corporates & Markets fasst das in Österreich gebuchte operative Geschäft der RBI zusammen. Die Ergebnisanteile stammen dabei aus dem Firmenkundengeschäft sowie dem Markets-Geschäft der Konzernzentrale. Weitere wesentliche Beiträge leisteten die österreichischen Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften.

Wesentliche Ergebnisbeiträge nach Teilsegmenten:

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019	Veränderung	Q2/2020	Q1/2020	Veränderung
Corporates Wien	89	75	18,8%	49	40	20,9%
Markets Wien	45	41	10,3%	46	-1	-
Finanzdienstleister/Spezialgesellschaften und Sonstige	40	25	57,9%	25	15	69,8%
Ergebnis nach Steuern	174	141	23,3%	119	54	120,4%

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss erhöhte sich im Jahresvergleich um 5 Prozent oder € 16 Millionen auf € 311 Millionen, hauptsächlich hervorgerufen durch einen volumenbedingten Anstieg langfristiger Kreditgeschäfte im Teilsegment Corporates Wien. Die Nettozinsspanne des Segments reduzierte sich aufgrund des gesunkenen Marktzinsniveaus in Verbindung mit einem Anstieg der durchschnittlich zinstragenden Aktiva um 11 Basispunkte auf 1,16 Prozent.

Die Dividendenerträge verringerten sich um € 7 Millionen, bedingt durch höhere Ausschüttungen nicht konsolidierter Tochtergesellschaften sowie nicht at-equity bewerteter assoziierter Unternehmen in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Der Provisionsüberschuss nahm um 11 Prozent oder € 20 Millionen auf € 200 Millionen zu. In der Konzernzentrale wurden vor allem in den Bereichen Cash Management und Unternehmensfinanzierung, im Geschäft mit institutionellen Anlegern sowie im Investmentbanking höhere Provisionserträge verzeichnet. Des Weiteren wurden volumenbedingt höhere Erträge aus der Verwaltung von Investmentfonds erzielt.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich im Jahresvergleich um € 47 Millionen. Eine positive Veränderung um € 41 Millionen konnte dabei aus der Bewertung eines Bausparkassenportfolios erzielt werden, das in der Vergleichsperiode einen Verlust erzeugt hatte. Ebenso erhöhte sich das Ergebnis aus dem Handel mit festverzinslichen Wertpapieren. Ein verbessertes Ergebnis im Eigenhandel konnte aufgrund höherer Volatilitäten bedingt durch COVID-19 erzielt werden.

Das sonstige betriebliche Ergebnis sank um € 12 Millionen auf € 47 Millionen unter anderem bedingt durch höhere Erlöse aus dem Wohnbau in der Raiffeisen Leasing-Gruppe sowie aufgrund des Verkaufs von Schuldscheindarlehen in der Vorjahresperiode.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 2 Prozent oder € 6 Millionen auf € 337 Millionen. Dieser Rückgang resultierte vorwiegend aus gesunkenem IT-Aufwand in der Konzernzentrale. Weitere Treiber für die Reduktion waren geringerer Werbeaufwand, Sicherheitsaufwand und Reiseaufwand in der Konzernzentrale, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie. Die Cost/Income Ratio des Segments verbesserte sich aufgrund gestiegener Betriebserträge auf 55,1 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich auf minus € 5 Millionen in der Berichtsperiode nach einem Plus von € 3 Millionen in der Vergleichsperiode. Ausschlaggebend dafür war ein positives Ergebnis aus Endkonsolidierungen von € 6 Millionen in der Vorjahresperiode.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte stiegen im Jahresvergleich um € 12 Millionen auf € 33 Millionen. Die höheren Risikokosten resultierten vor allem aus der Konzernzentrale. Aufgrund der Migration von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr 2020 Wertminderungen in Höhe von € 19 Millionen gebucht. In Stage 3 wurden Wertminderungen in Höhe von € 27 Millionen aufgrund von Ausfällen bei einigen Großkunden gebucht.

Die NPE Ratio belief sich zum 30. Juni 2020 auf 1,6 Prozent. Die NPE Coverage Ratio lag bei 60,6 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

In der Berichtsperiode stieg der Steueraufwand um € 14 Millionen auf € 51 Millionen. Die Steuerquote lag bei 23 Prozent (Vergleichsperiode: 21 Prozent).

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.6. 2020	1.1.-30.6. 2019 ¹	Verände- rung	Q2/2020	Q1/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	-37	-30	21,2%	-29	-8	260,8%
Dividendenerträge	93	689	-86,5%	75	18	317,0%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	17	34	-48,7%	30	-12	-
Provisionsüberschuss	13	1	>500,0%	3	10	-72,9%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-37	-63	-41,5%	-21	-16	29,9%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	5	-	-3	3	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53	39	36,2%	32	21	55,1%
Betriebserträge	103	674	-84,7%	87	16	461,4%
Verwaltungsaufwendungen	-194	-184	5,9%	-102	-92	10,9%
Betriebsergebnis	-91	491	-	-15	-77	-80,8%
Übriges Ergebnis	-122	3	-	-66	-56	17,0%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-74	-59	25,8%	-15	-59	-74,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-2	-3	-25,4%	-1	-1	-11,3%
Ergebnis vor Steuern	-291	432	-	-97	-194	-49,9%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	47	27	77,6%	32	16	102,0%
Ergebnis nach Steuern	-243	458	-	-65	-178	-63,2%
Aktiva	36.141	33.375	8,3%	36.141	36.352	-0,6%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	13.143	14.455	-9,1%	13.143	13.361	-1,6%
Eigenkapital	6.790	6.481	4,8%	6.790	6.757	0,5%
Forderungen an Kunden	3.809	4.756	-19,9%	3.809	4.537	-16,0%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.203	4.077	-46,0%	2.203	1.317	67,3%
Geschäftsstellen	-	-	-	-	-	-
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.663	1.206	37,9%	1.663	1.597	4,1%
Kunden in Millionen	0,0	0,0	157,0%	0,0	0,0	-0,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. Der weitaus überwiegende Teil besteht aus konzerninternen Transaktionen, die keine Auswirkung auf das Konzernergebnis haben. Der im Berichtszeitraum erzielte Ergebnisrückgang um € 712 Millionen resultierte vorwiegend aus höheren konzerninternen Dividendenerträgen in der Vergleichsperiode sowie aus Wertminderungen auf assoziierte Unternehmen.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments verringerte sich im Jahresvergleich um € 6 Millionen auf minus € 37 Millionen. Für diese negative Entwicklung waren insbesondere geringere Veranlagungserträge aus Liquiditätsüberschüssen sowie geringere Erträge aus konzerninternen Finanzierungen verantwortlich.

Die Dividendenerträge – sie stammen vorwiegend aus Konzerneinheiten anderer Segmente und sind damit konzernintern – verringerten sich um € 596 Millionen auf € 93 Millionen. Im Zusammenhang mit COVID-19 wurden zur Stärkung des Eigenkapitals von Kredit- und Finanzinstituten in vielen Ländern Beschränkungen von Dividendenausschüttungen entweder durch Empfehlungen von Aufsichtsbehörden oder durch Gesetze eingeführt.

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ging um € 16 Millionen auf € 17 Millionen zurück. Dieser Rückgang war vor allem durch einen in der Vorjahresperiode lukrierten Verkaufserlös in der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG hervorgerufen worden.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich um € 12 Millionen auf € 13 Millionen vorrangig aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich – vor allem getrieben durch Bewertungsveränderungen bei Derivaten – im Jahresvergleich ebenfalls um € 26 Millionen auf minus € 37 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg um € 14 Millionen auf € 53 Millionen bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 6 Prozent oder € 11 Millionen auf € 194 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren um € 7 Millionen höhere Sachaufwendungen und um € 3 Millionen höhere Personalaufwendungen vorwiegend bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis verringerte sich im Jahresvergleich um € 136 Millionen auf minus € 122 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Wertminderungen auf assoziierte Unternehmen in Höhe von € 78 Millionen (Anstieg: € 71 Millionen), vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavebna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten. Überdies war eine Wertminderung des Firmenwerts der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft in Höhe von € 27 Millionen erforderlich. Der durch die COVID-19-Pandemie verursachte revidierte Mittelfristplan führte hier zur teilweisen Reduktion des Firmenwerts.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die im Segment ausgewiesenen Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhten sich um € 15 Millionen auf € 74 Millionen. Dabei blieb der Aufwand für Bankenabgaben mit € 44 Millionen gegenüber der Vorjahresperiode nahezu unverändert. In der Berichtsperiode ist die letzte der über vier Jahre verteilten Einmalzahlung der österreichischen Bankenabgabe von € 163 Millionen angefallen. Die Einmalzahlung (€ 41 Millionen in der Berichtsperiode) wird dem Segment Corporate Center zugeordnet. Gemäß den Rechnungslegungsbestimmungen wird der Aufwand für die Bankenabgaben bereits im ersten Quartal für das Gesamtjahr gebucht. Die diesem Segment zugeordneten Beiträge der Konzernzentrale zum Bankenabwicklungsfonds betragen € 30 Millionen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

In der Berichtsperiode wurde ein kalkulatorischer Steuerertrag von € 47 Millionen – nach einem Ertrag von € 27 Millionen in der Vorjahresvergleichsperiode – ausgewiesen.

Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Zwischenbericht zum 30. Juni 2020)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 13 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung. Insgesamt betreuen 46.386 Mitarbeiter der RBI rund 16,7 Millionen Kunden in 1.982 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs. 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die acht Raiffeisen-Landesbanken halten als Kernaktionäre rund 58,8 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at), sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Zwischenbericht zum 30. Juni 2020 wurde einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹
Zinsüberschuss	[1]	1.706	1.664
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		2.079	2.148
Zinserträge übrige		335	324
Zinsaufwendungen		-707	-807
Dividendenerträge	[2]	15	24
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	22	37
Provisionsüberschuss	[4]	840	839
Provisionserträge		1.222	1.220
Provisionsaufwendungen		-382	-381
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	62	-79
Ergebnis aus Hedge Accounting	[6]	4	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[7]	42	21
Betriebserträge		2.690	2.506
Personalaufwand		-808	-789
Sachaufwand		-476	-524
Abschreibungen		-190	-184
Verwaltungsaufwendungen	[8]	-1.474	-1.497
Betriebsergebnis		1.216	1.009
Übriges Ergebnis	[9]	-173	-33
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	[10]	-166	-130
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[11]	-312	-12
Ergebnis vor Steuern		566	834
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[12]	-145	-191
Ergebnis nach Steuern		420	643
Ergebnis nicht beherrschender Anteile		-52	-72
Konzernergebnis		368	571

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Konzernergebnis	368	571
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-31	-31
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	337	540
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	329	329
Ergebnis je Aktie in €	1,03	1,64

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Ergebnis nach Steuern		420	643
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		16	-10
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[28]	7	-11
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[15]	-11	14
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[25]	33	-18
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[20]	-13	8
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[22, 29]	1	-3
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-535	248
Währungsdifferenzen		-591	250
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[19, 27]	72	-40
Anpassungen der Cash-Flow Hedge Rücklage	[19, 27]	2	5
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[15]	-19	36
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[20]	-1	1
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[22, 29]	1	-5
Sonstiges Ergebnis		-519	238
Gesamtergebnis		-99	881
Ergebnis nicht beherrschender Anteile		-13	-86
davon Erfolgsrechnung		-52	-72
davon sonstiges Ergebnis		39	-14
Konzerngesamtergebnis		-112	795

Die Währungsentwicklung führte seit Jahresbeginn zu einem negativen Effekt von € 591 Millionen auf das Gesamtergebnis. Der Abwertung des russischen Rubels um 14 Prozent mit einem negativen Beitrag von € 316 Millionen, der tschechischen Krone um 5 Prozent mit € 83 Millionen, der ukrainischen Hryvna um 12 Prozent mit € 61 Millionen, des ungarischen Forints um 8 Prozent mit € 55 Millionen sowie des Belarus Rubels um 15 Prozent mit € 51 Millionen stand eine Absicherung von Nettoinvestitionen vorwiegend in der russischen Tochterbank, die zu einem positiven Bewertungsergebnis von € 72 Millionen führte, gegenüber.

Bilanz

Aktiva in € Millionen	Anhang	30.6.2020	31.12.2019
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[13]	30.481	24.289
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[14]	116.328	110.285
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[15, 32]	5.233	4.781
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[16, 32]	810	776
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[17, 32]	941	2.276
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[18, 32]	4.675	4.182
Hedge Accounting	[19]	565	397
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[20]	936	1.107
Sachanlagen	[21]	1.782	1.829
Immaterielle Vermögenswerte	[21]	719	757
Laufende Steuerforderungen	[22]	130	61
Latente Steuerforderungen	[22]	90	144
Sonstige Aktiva	[23]	1.071	1.315
Gesamt		163.761	152.200

Passiva in € Millionen	Anhang	30.6.2020	31.12.2019
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[24]	139.641	128.764
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[25, 32]	1.655	1.843
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[26, 32]	6.042	5.789
Hedge Accounting	[27]	519	246
Rückstellungen	[28]	1.013	1.083
Laufende Steuerverpflichtungen	[29]	28	31
Latente Steuerverpflichtungen	[29]	44	38
Sonstige Passiva	[30]	1.164	641
Eigenkapital	[31]	13.655	13.765
Konzern-Eigenkapital		11.708	11.817
Kapital nicht beherrschender Anteile		816	811
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.131	1.137
Gesamt		163.761	152.200

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2020	1.002	4.992	8.443	-2.620	11.817	811	1.137	13.765
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-31	0	-31	0	31	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-6	-31	-37
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	-5	-5
Sonstige Veränderungen	0	0	33	0	33	-2	0	31
Gesamtergebnis	0	0	368	-480	-112	13	0	-99
Eigenkapital 30.6.2020	1.002	4.992	8.814	-3.100	11.708	816	1.131	13.655

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2019	1.002	4.992	7.587	-2.994	10.587	701	1.125	12.413
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-31	0	-31	0	31	0
Dividendenzahlungen	0	0	-306	0	-306	-56	-31	-394
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	11	11
Sonstige Veränderungen	0	0	7	0	8	1	0	8
Gesamtergebnis	0	0	571	224	795	86	0	881
Eigenkapital 30.6.2019	1.002	4.992	7.829	-2.770	11.053	731	1.136	12.920

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ²
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[13]	24.289	22.557
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		566	834
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[8, 9]	218	186
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[7, 11]	342	24
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[9]	-42	350
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-22	-37
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-1.567	-1.560
Zwischensumme		-505	-202
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[14]	-4.689	-5.043
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[15, 32]	-555	998
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[16, 32]	-103	28
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[17, 32]	1.315	-67
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[18, 32]	-72	87
Sonstige Aktiva	[23]	198	-108
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[24]	13.095	5.649
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[25, 32]	-103	-51
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[26, 32]	181	198
Rückstellungen	[28]	-122	-120
Sonstige Passiva	[30]	112	-6
Erhaltene Zinsen	[1]	2.368	2.151
Gezahlte Zinsen	[1]	-728	-722
Erhaltene Dividenden	[2]	72	64
Ertragsteuerzahlungen	[12]	-166	-216
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		10.297	2.640

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

² Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

in € Millionen		1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Abgang von Tochterunternehmen		-1	-26
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[14, 15, 16, 17, 20]	-5.324	-3.082
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[21]	-156	-188
Tochterunternehmen		0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[14, 15, 16, 17, 20]	1.431	1.818
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[21]	61	38
Tochterunternehmen	[9]	0	0
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-3.989	-1.440
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen		-5	11
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[24, 25]	496	8
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[24, 25]	-310	-225
Dividendenzahlungen		-37	-394
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		144	-600
Effekte aus Wechselkursänderungen		-261	108
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.6.		30.481	23.265

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich (Konzept der Country and Functional Responsibility). Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst nicht nur die Tochterbanken, sondern alle operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (wie z. B. Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 differenziert. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG) sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Centrobank AG, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft mbH, Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

Folgende Änderungen in der Segmentierung wurden ab dem ersten Quartal 2020 berücksichtigt, um die Segmente noch näher an die interne Steuerung anzugleichen:

- Gemeinsame Serviceunternehmen werden ab dem ersten Quartal 2020 dem Segment Corporate Center zugeordnet. Diese waren bisher Bestandteil der regionalen Segmente.
- Folgende at-equity bewertete Unternehmen wurden dem Segment Group Corporates & Markets zugeordnet: NOTARTREUHANDBANK AG, Oesterreichische Kontrollbank AG, EMCOM Beteiligungs GmbH, Posojilnica Bank eGen. Diese waren bisher Bestandteil des Segments Corporate Center.

Diese Effekte wurden aufgrund von Unwesentlichkeit in den Vorperioden nicht angepasst.

Die Berechnung des Eigenkapitals in den Segmenten basiert ab dem ersten Quartal 2020 auf dem bilanziellen Eigenkapital. Zuvor wurde das Kapital gemäß dem regulatorischen Kapitalverbrauch kalkuliert. Die Vorperioden (Eigenkapital sowie Return on Equity) wurden entsprechend angepasst.

Segmententwicklung

1.1.-30.6.2020 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	413	430	576	311
Dividendenerträge	2	3	0	7
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	0	2
Provisionsüberschuss	203	180	247	200
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	7	18	38	46
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	14	4	-8	47
Betriebserträge	641	634	852	611
Verwaltungsaufwendungen	-330	-351	-329	-337
Betriebsergebnis	311	284	523	274
Übriges Ergebnis	-25	-28	-10	-5
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-61	-18	0	-13
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-91	-99	-85	-33
Ergebnis vor Steuern	133	139	428	225
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-29	-24	-90	-51
Ergebnis nach Steuern	105	115	338	174
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-24	0	-25	-4
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	81	115	313	170
Return on Equity vor Steuern	7,9%	8,4%	28,1%	13,3%
Return on Equity nach Steuern	6,2%	7,0%	22,2%	10,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,01%	3,38%	5,52%	1,16%
Cost/Income Ratio	51,4%	55,3%	38,6%	55,1%
Loan/Deposit Ratio	95,8%	70,8%	79,2%	139,0%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,62%	1,24%	1,25%	0,21%
NPE Ratio	2,1%	2,9%	2,4%	1,6%
NPE Coverage Ratio	63,3%	70,0%	57,5%	60,6%
Aktiva	43.599	28.094	21.625	61.256
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.065	16.417	14.326	27.841
Eigenkapital	3.367	3.300	2.961	3.419
Forderungen an Kunden	29.615	15.998	13.219	33.611
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.617	22.582	16.779	28.192
Geschäftsstellen	378	892	690	22
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.299	14.448	17.928	3.048
Kunden in Millionen	2,8	5,4	6,6	2,0

1.1.-30.6.2020			
in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-37	12	1.706
Dividendenerträge	93	-91	15
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	17	1	22
Provisionsüberschuss	13	-1	840
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-37	-10	62
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	7	4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53	-68	42
Betriebserträge	103	-151	2.690
Verwaltungsaufwendungen	-194	67	-1.474
Betriebsergebnis	-91	-84	1.216
Übriges Ergebnis	-122	17	-173
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-74	0	-166
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-2	-1	-312
Ergebnis vor Steuern	-291	-68	566
Steuern vom Einkommen und Ertrag	47	1	-145
Ergebnis nach Steuern	-243	-67	420
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	0	-52
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-243	-67	368
Return on Equity vor Steuern	-	-	8,4%
Return on Equity nach Steuern	-	-	6,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,31%
Cost/Income Ratio	-	-	54,8%
Loan/Deposit Ratio	-	-	94,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,67%
NPE Ratio	-	-	1,9%
NPE Coverage Ratio	-	-	63,3%
Aktiva	36.141	-26.953	163.761
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	13.143	-12.302	80.490
Eigenkapital	6.790	-6.182	13.655
Forderungen an Kunden	3.809	-2.376	93.876
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.203	-3.687	98.686
Geschäftsstellen	-	-	1.982
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.663	-	46.386
Kunden in Millionen	0,0	-	16,7

1.1.-30.6.2019 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	419	425	531	295
Dividendenerträge	4	7	1	14
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	0	0
Provisionsüberschuss	218	201	240	180
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	0	15	28	0
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-3	-5	3	59
Betriebserträge	641	642	803	549
Verwaltungsaufwendungen	-351	-353	-329	-343
Betriebsergebnis	289	290	474	206
Übriges Ergebnis	1	-6	1	3
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-45	-16	0	-10
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	33	-12	-12	-21
Ergebnis vor Steuern	278	256	462	178
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-47	-37	-97	-37
Ergebnis nach Steuern	231	219	365	141
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-39	4	-28	-2
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	192	223	337	139
Return on Equity vor Steuern	17,4%	16,6%	35,5%	12,5%
Return on Equity nach Steuern	14,4%	14,2%	28,0%	9,9%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,14%	3,61%	5,76%	1,28%
Cost/Income Ratio	54,9%	54,9%	41,0%	62,5%
Loan/Deposit Ratio	102,9%	75,1%	84,9%	164,0%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,23%	0,15%	0,18%	0,35%
NPE Ratio	2,5%	3,3%	2,5%	1,9%
NPE Coverage Ratio	57,2%	64,5%	58,7%	55,9%
Aktiva	41.350	25.664	20.996	53.454
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.761	15.263	14.003	23.037
Eigenkapital	3.142	2.907	2.603	3.029
Forderungen an Kunden	29.022	15.091	13.261	28.841
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.399	20.288	15.843	23.466
Geschäftsstellen	391	920	771	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.895	14.542	18.661	2.877
Kunden in Millionen	2,6	5,3	6,5	2,0

Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

1.1.-30.6.2019 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-30	24	1.664
Dividendenerträge	689	-692	24
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	34	0	37
Provisionsüberschuss	1	0	839
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-63	-58	-79
Ergebnis aus Hedge Accounting	5	-5	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	39	-72	21
Betriebserträge	674	-804	2.506
Verwaltungsaufwendungen	-184	63	-1.497
Betriebsergebnis	491	-741	1.009
Übriges Ergebnis	3	-34	-33
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-59	0	-130
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-3	4	-12
Ergebnis vor Steuern	432	-771	834
Steuern vom Einkommen und Ertrag	27	0	-191
Ergebnis nach Steuern	458	-771	643
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	-6	-72
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	458	-777	571
Return on Equity vor Steuern	-	-	13,5%
Return on Equity nach Steuern	-	-	10,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,42%
Cost/Income Ratio	-	-	59,7%
Loan/Deposit Ratio	-	-	102,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,02%
NPE Ratio	-	-	2,3%
NPE Coverage Ratio	-	-	59,0%
Aktiva	33.375	-26.210	148.630
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	14.455	-12.900	75.620
Eigenkapital	6.481	-5.242	12.920
Forderungen an Kunden	4.756	-2.461	88.508
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.077	-3.912	90.161
Geschäftsstellen	-	-	2.105
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.206	-	47.181
Kunden in Millionen	0,0	-	16,4

Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Neben den im Anhang dargestellten Angaben gemäß IFRS 7 enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 8 Geschäftssegmente und IFRS 7 Angaben zu Finanzinstrumenten.

Anpassung der Erfolgsrechnung

Das bisher im übrigen Ergebnis ausgewiesene laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen von € 22 Millionen (Vorjahresperiode: € 37 Millionen) wird nunmehr in einem separaten Posten dargestellt. Die bisher im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesenen kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis von minus € 42 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 4 Millionen) werden nunmehr im Posten übriges Ergebnis dargestellt.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Davon betroffen sind im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, der beizulegende Wert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und der im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Die tatsächlichen Werte können von den geschätzten Werten abweichen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in Bezug auf COVID-19

Zahlungsmoratorien

In vielen Märkten der RBI wurden unterschiedliche Moratorien eingeführt, die sich im Wesentlichen als Zahlungsmoratorien zusammenfassen lassen. Dem Kreditnehmer wird in Bezug auf seine Verpflichtungen zur Tilgung des Kredits sowie der Zahlung der Zinsen und Gebühren ein zeitlich befristeter Zahlungsaufschub gewährt. Abhängig von der jeweiligen lokalen Gesetzgebung kommt es zu unterschiedlichen Ausgestaltungen dieser Zahlungsmoratorien. In einzelnen Ländern liegt die Nutzung des Zahlungsmoratoriums im Ermessen des Kreditnehmers, in anderen Ländern ist das Zahlungsmoratorium automatisch für den Kreditnehmer nutzbar. Neben der Befristung des Zahlungsaufschubs (zwischen drei und neun Monaten) ist auch die Kapitalisierung der Zinsen (Zinseszins) während der zahlungsfreien Perioden in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt.

Aufgrund der geänderten Zahlungspläne kann es gemäß IFRS 9 zu einem Barwertverlust des einzelnen Kreditvertrags kommen, der in der Regel mit einer einmaligen Anpassung des Bruttobuchwerts als unwesentliche Modifikation dieses Vertrags in der Erfolgsrechnung der RBI erfasst wird. Im ersten Halbjahr wurden diesbezüglich bereits minus € 16 Millionen berücksichtigt. Dieser Modifikationsgewinn oder -verlust entspricht der Differenz zwischen dem Bruttobuchwert vor der Modifikation und dem Barwert der Cash-Flows des modifizierten Vermögenswerts, abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz. In der Erfolgsrechnung wird der Modifikationsgewinn oder -verlust im Posten (9) Übriges Ergebnis in der Zeile Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen ausgewiesen.

Zahlungsmoratorien werden in Bezug auf die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos (SICR) nicht automatisch als SICR-Auslöser betrachtet. Die RBI wendet hingegen ihre festgelegten Beurteilungskriterien weiterhin an, die aus qualitativen Informationen und quantitativen Schwellenwerten bestehen. Weitere Details zur Schätzung erwarteter Kreditverluste (ECL) angesichts der COVID-19-Pandemie sind im Kapitel Erläuterungen zu Finanzinstrumenten und im Risikobericht beschrieben.

Land	Moratorium	Art	Beschreibung
Albanien	bis Ende August 2020	Opt-in	Kapital, Zinsen
Belarus	kein Moratorium	-	-
Bosnien und Herzegowina	6 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Bulgarien	6 Monate oder bis Jahresende 2020	Opt-in	Kapital, Zinsen
Kosovo	bis 31. August 2021	Opt-out	Kapital, Zinsen
Kroatien	3 bis 6 Monate; bis zu 12 Monate für Tourismus	-	Kapital, Zinsen
Österreich	3 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Rumänien	bis Jahresende 2020	Opt-in	Kapital, Zinsen
Russland	6 Monate für betroffene Branchen	Opt-in	Kapital, Zinsen
Serbien	3 Monate	Opt-out	Kapital, Zinsen
Slowakei	bis 9 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Tschechien	3 oder 6 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Ukraine	kein Moratorium	-	-
Ungarn	bis Jahresende 2020	Opt-out	Kapital, Zinsen, Provisionen

Direktstaatliche Programme

Um dem durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung gegenzusteuern, wurden in vielen Ländern verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft zum Erhalt der Arbeitsplätze vorbereitet und teilweise bereits verabschiedet. Diese Maßnahmen umfassen einerseits direkte finanzielle Unterstützungen in verschiedensten Ausprägungen für Einzelpersonen, Haushalte und Unternehmen und andererseits durch Kreditinstitute gewährte Überbrückungsfinanzierungen in Verbindung mit staatlichen Haftungsübernahmen, um sicherzustellen, dass Unternehmen während der COVID-19-Pandemie über ausreichend Liquidität verfügen. Diese Maßnahmen sind auch in einigen Ländern, in der die RBI tätig ist, in Vorbereitung.

Grundsätzlich hängt die Bilanzierung einer Finanzgarantie aus der Sicht der RBI davon ab, ob die Finanzgarantie einen integralen Vertragsbestandteil des finanziellen Vermögenswerts darstellt oder nicht. Garantien, die zum Beginn des garantierten finanziellen Vermögenswerts abgeschlossen werden, betrachtet die RBI als integralen Vertragsbestandteil des finanziellen Vermögenswerts. Die im Rahmen direktstaatlicher Programme erhaltenen Finanzgarantien beziehen sich in der Regel auf neue Überbrückungsfinanzierungen und werden daher als integraler Bestandteil berücksichtigt.

In der RBI gab es in diesem Zusammenhang keine Sachverhalte im Sinne des IAS 20, da alle gewährten staatlichen Zuwendungen direkt dem Kunden zugutekamen.

Neben den oben erwähnten Unterstützungsmaßnahmen nahm die RBI auch bei TLTRO II- und III-Programmen (Targeted Longer-Term Refinancing Operations) der Europäischen Zentralbank teil, um zusätzliche Liquiditätspuffer aufzubauen.

Werthaltigkeitstest des Firmenwerts

Alle Firmenwerte werden jährlich auf Basis zahlungsmittelgenerierender Einheiten auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft. Sollte es während des laufenden Geschäftsjahres Anhaltspunkte geben, dass eine Wertminderung vorliegen könnte, wird ein Werthaltigkeitstest zum jeweiligen Bilanzstichtag durchgeführt. Die COVID-19-Pandemie führte im ersten Quartal 2020 zu einer negativen signifikanten Veränderung des wirtschaftlichen Umfelds, in denen die Tochterunternehmen tätig sind. Dieser Anhaltspunkt löste zum 31. März 2020 einen Wertminderungstest für Firmenwerte, die im Rahmen der Erstkonsolidierung entstanden sind, aus. Der durch die Pandemie verursachte revidierte Mittelfristplan der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft führte zu einer teilweisen Reduktion des Firmenwerts in Höhe von € 27 Millionen. Siehe auch Punkt (9) Übriges Ergebnis und Punkt (21) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Anhang.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Änderung am Rahmenkonzept des IFRS (Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Im neuen Rahmenkonzept sind überarbeitete Definitionen von Vermögenswerten und Schulden und neue Leitlinien zu Bewertung und Ausbuchung, Ausweis und Angaben enthalten. Das neue Rahmenkonzept stellt keine grundlegende Überarbeitung des Dokuments dar, wie ursprünglich beabsichtigt, als das Projekt 2004 aufgenommen wurde. Vielmehr hat sich das IASB auf jene Themengebiete beschränkt, die bis dato unregelt waren oder die erkennbaren Defizite aufwiesen, die es abzustellen galt. Das überarbeitete Rahmenkonzept ist nicht Gegenstand des Endorsement-Verfahrens.

Änderung an IFRS 3 (Definition von einem Geschäftsbetrieb; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Die eng umrissenen Änderungen an IFRS 3 zielen darauf ab, die Sachverhalte zu lösen, die aufkommen, wenn ein Unternehmen bestimmt, ob es einen Geschäftsbetrieb oder eine Gruppe von Vermögenswerten erworben hat. Die Sachverhalte resultieren daraus, dass die Bilanzierungsvorschriften für Geschäfts- oder Firmenwerte, Erwerbskosten und latente Steuern beim Erwerb eines Geschäftsbetriebs anders sind als beim Erwerb einer Gruppe von Vermögenswerten. Aus der Anwendung gab es keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung an IAS 1 und IAS 8 (Definition von Wesentlichkeit; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat eine geänderte Definition von Wesentlichkeit (Änderungen an IAS 1 und IAS 8) herausgegeben, um die verschiedenen Definitionen im Rahmenkonzept und in den Standards zu vereinheitlichen. Aus der Anwendung gab es keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IFRS 9, IAS 39 und IFRS 7 (Interest Rate Benchmark Reform; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Die Änderungen betreffen insbesondere bestimmte Erleichterungen bezüglich der Hedge-Accounting-Vorschriften und sind verpflichtend für alle Sicherungsbeziehungen anzuwenden, die von der Reform des Referenzzinssatzes betroffen sind. Zusätzlich sind weitere Angaben darüber vorgesehen, inwieweit die Sicherungsbeziehungen der Unternehmen von den Änderungen betroffen sind. Die Änderungen sind für Berichtsperioden ab dem 1. Januar 2020 anzuwenden.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Änderung IAS 1 (Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Die Änderungen an IAS 1 sollen die Kriterien zur Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klarstellen. Zukünftig sollen ausschließlich Rechte, die am Ende der Berichtsperiode bestehen, maßgeblich für die Klassifizierung einer Schuld sein. Darüber hinaus wurden ergänzende Leitlinien für die Auslegung des Kriteriums Recht, die Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate zu verschieben sowie Erläuterungen zum Merkmal Erfüllung aufgenommen.

Änderung IAS 16 (Sachanlagen – Einnahmen vor der beabsichtigten Nutzung; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Durch die Änderungen wird es unzulässig, von den Kosten einer Sachanlage die Erträge abzuziehen, die aus der Veräußerung von Gütern entstehen, die produziert werden, während eine Sachanlage an den vom Management beabsichtigten Standort sowie in den beabsichtigten betriebsbereiten Zustand gebracht wird. Stattdessen erfasst ein Unternehmen die Erträge aus derartigen Veräußerungen und die Kosten für die Produktion dieser Güter im Betriebsergebnis. Kosten für Testläufe, mit denen überprüft wird, ob die Sachanlage ordnungsgemäß funktioniert, stellen weiterhin ein Beispiel für direkt zurechenbare Kosten dar.

Änderung IAS 37 (Belastende Verträge – Kosten für die Erfüllung eines Vertrages; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Mit den Änderungen wird festgelegt, dass die Kosten der Vertragserfüllung sich aus den Kosten, die sich direkt auf den Vertrag beziehen, zusammensetzen. Dabei kann es sich entweder um zusätzliche Kosten für die Erfüllung dieses Vertrags handeln (z.B. direkte Arbeitskosten, Materialien) oder um eine Zuweisung anderer Kosten, die sich direkt auf die Erfüllung von Verträgen beziehen (z.B. die Zuweisung der Abschreibungen für einen Posten des Sachanlagevermögens, der bei der Erfüllung des Vertrags verwendet wird).

Änderung an IFRS 3 (Verweis auf das Rahmenkonzept; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Die Änderungen aktualisieren IFRS 3 dahingehend, dass sich der Standard nunmehr auf das Rahmenkonzept 2018 und nicht mehr auf das Rahmenkonzept 1989 bezieht. Daneben wurden zwei Ergänzungen aufgenommen. Ein Erwerber hat bei der Identifizierung von Schulden, die er bei einem Unternehmenszusammenschluss übernommen hat, auf Geschäftsvorfälle und ähnliche Ereignisse im Anwendungsbereich von IAS 37 oder IFRIC 21 eben diese Vorschriften (anstelle des Rahmenkonzepts) anzuwenden. Außerdem Aufnahme der ausdrücklichen Aussage, dass bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbene Eventualforderungen nicht anzusetzen sind.

Änderung IFRS 16 (Auf die Coronavirus-Pandemie bezogene Mietkonzessionen; Inkrafttreten 1. Juni 2020)

Die Änderungen gewähren Leasingnehmern eine Befreiung von der Beurteilung, ob aufgrund der Coronavirus-Pandemie eingeräumte Mietkonzessionen (z.B. mietfreie Zeiten oder vorübergehende Mietsenkungen) eine Leasingmodifikation darstellen. Bei Inanspruchnahme der Befreiung sind die Mietkonzessionen so zu bilanzieren, als würde es sich um keine Modifikation des Leasingvertrags handeln. Die Änderungen gelten für Mietkonzessionen, die die am oder vor dem 30. Juni 2021 fälligen Mietzahlungen reduzieren. Diese Änderung ist noch Gegenstand des Endorsement-Verfahrens. Die Übernahme in europäisches Recht wird für das dritte Quartal 2020 erwartet.

IFRS 17 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

IFRS 17 regelt innerhalb seines Anwendungsbereichs die Grundsätze in Bezug auf den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung von IFRS 17 besteht aus der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und damit einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge. Diese Informationen dienen den Abschlussadressaten als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen von Versicherungsverträgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Zahlungsströme eines Unternehmens. IFRS 17 wurde im Mai 2017 veröffentlicht und ist erstmals auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2023 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Die Auswirkungen auf den Konzern werden noch analysiert und betreffen ausschließlich die UNIQA Insurance Group AG, Wien, die at-equity bewertet in den RBI Konzernabschluss einbezogen wird. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 4 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Die ebenfalls am 25. Juni 2020 veröffentlichten Änderungen sehen eine Verlängerung des Zeitraums für die vorübergehende Befreiung bestimmter Versicherungsunternehmen von der Anwendung des IFRS 9 (temporary exemption from IFRS 9) vor, sodass für die betroffenen Versicherungsunternehmen die Anwendung von IAS 39 für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2023 beginnen, zulässig bleibt.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2018-2020 (Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Verbesserungen an IFRS 1, IFRS 9, IFRS 16 und IAS 41.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2020		2019	
	Stichtag 30.6.	Durchschnitt 1.1.-30.6.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-30.6.
Albanischer Lek (ALL)	124,210	123,981	121,710	123,914
Belarus Rubel (BYN)	2,712	2,577	2,368	2,397
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	1,956	1,956	1,956	1,956
Kroatische Kuna (HRK)	7,571	7,531	7,440	7,418
Polnischer Zloty (PLN)	4,456	4,410	4,257	4,286
Rumänischer Leu (RON)	4,840	4,819	4,783	4,733
Russischer Rubel (RUB)	79,630	76,831	69,956	74,212
Serbischer Dinar (RSD)	117,500	117,500	117,430	118,010
Tschechische Krone (CZK)	26,740	26,297	25,408	25,687
Ukrainische Hryvna (UAH)	29,882	28,670	26,592	30,570
Ungarischer Forint (HUF)	356,580	346,171	330,530	320,653
US-Dollar (USD)	1,120	1,106	1,123	1,133

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.6.2020	31.12.2019
Stand Beginn der Periode	209	226
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	5	4
In der Berichtsperiode verschmolzen	-1	-4
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-3	-17
Stand Ende der Periode	210	209

Erstmals einbezogen wurden eine Beteiligungsholding, ein Unternehmen aus dem Zahlungsverkehrsgeschäft, ein Unternehmen aus dem IT-Dienstleistungssektor sowie zwei Vermögensverwaltungsgesellschaften. In der Berichtsperiode schieden zwei Unternehmen aus dem Leasing- und Versicherungsmaklerbereich aufgrund untergeordneter Bedeutung aus dem Konsolidierungskreis aus. Ein Leasingunternehmen wurde verkauft, ein Leasingunternehmen wurde mit einem anderen verschmolzen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	2.079	2.148
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	39	85
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	2.040	2.063
Zinserträge übrige	335	324
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	169	207
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	15	7
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	11	17
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	93	60
Sonstige Aktiva	5	7
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	41	25
Zinsaufwendungen	-707	-807
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-455	-474
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-131	-233
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-27	-32
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-71	-37
Sonstige Passiva	-4	-2
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-19	-30
Gesamt	1.706	1.664

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 235 Millionen (Vorjahresperiode: € 316 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 158 Millionen (Vorjahresperiode: € 265 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Zinsüberschuss	1.706	1.664
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	147.735	137.835
Nettozinsspanne in Prozent	2,31%	2,42%

Der Zinsüberschuss stieg um € 42 Millionen auf € 1.706 Millionen. Den größten Anstieg mit € 34 Millionen verzeichnete Russland aufgrund niedrigerer Zinsaufwendungen für das Handelsportfolio sowie höherer Kreditvolumina an Kunden. In der Ukraine kam es aufgrund der Aufwertung der ukrainischen Hryvna sowie höherer Zinserträge bei Krediten an Haushalte zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 13 Millionen. In der Konzernzentrale erhöhte sich der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund höherer Erträge aus Negativzinsen um € 10 Millionen. In Rumänien sorgten höhere Volumina bei Krediten an Haushalte für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 6 Millionen. Den größten Rückgang gab es in Tschechien. Hier reduzierte sich der Zinsüberschuss aufgrund niedrigerer Zinserträge aus Repo-Geschäften und Kundenkrediten um € 12 Millionen.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	1
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	8	11
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	6	12
Gesamt	15	24

Die Dividendenerträge reduzierten sich um € 9 Millionen auf € 15 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei der Posten Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, der Dividendenerträge aus nicht vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nicht at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen enthält. Dabei waren vor allem niedrigere Erträge aus Bulgarien sowie der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft verantwortlich für diese Reduktion. In Tschechien und Russland gab es für Beteiligungen - Fair-Value Through Other Comprehensive Income in der Berichtsperiode keine Dividendenzahlungen, während im Vorjahr Ausschüttungen erfolgt waren.

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	22	37

Der Rückgang resultierte aus der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG, deren laufendes Ergebnis (plus € 3 Millionen, Rückgang um € 16 Millionen) im Zusammenhang mit der Wertentwicklung einer börsennotierten Beteiligung (SoftwareOne) im Vorjahr beeinflusst war. Auch die UNIQA Insurance Group AG trug zum reduzierten Ergebnis bei (plus € 6 Millionen, Rückgang um € 6 Millionen). Dem gegenüber stand ein positiver Beitrag der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG in Höhe von € 7 Millionen (Vergleichsperiode: € 1 Million).

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Zahlungsverkehr	329	344
Kredit- und Garantiegeschäft	97	101
Wertpapiere	34	31
Vermögensverwaltung	127	107
Depot- und Treuhandgeschäft	29	25
Vermittlungsprovisionen	20	24
Fremdwährungsgeschäft	175	178
Sonstige	29	29
Gesamt	840	839

Der Provisionsüberschuss blieb im Periodenvergleich mit € 840 Millionen nahezu unverändert. Das Ergebnis aus der Vermögensverwaltung stieg dabei um € 20 Millionen auf € 127 Millionen durch höhere Volumina in Russland, in der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft sowie in der Valida Gruppe. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um € 15 Millionen auf € 329 Millionen größtenteils aufgrund der verhängten COVID-19-Maßnahmen sowie damit einhergehender geringerer Kundenaktivität in nahezu allen Ländern, am stärksten jedoch in Rumänien, Ungarn und Kroatien. Darüber hinaus führte die Änderung gesetzlicher Bestimmungen zu einem Ertragsrückgang in Tschechien, während Bulgarien eine margenbedingte Abnahme verzeichnete. Das Ergebnis aus Vermittlungsprovisionen nahm volumenbedingt in Russland, Kroatien und Rumänien um € 4 Millionen auf € 20 Millionen ab.

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Provisionserträge	1.222	1.220
Zahlungsverkehr	542	572
Clearing und Abwicklung	137	126
Kreditkarten	53	54
Debitkarten und sonstige Bankkarten	116	125
Übrige Zahlungsdienste	235	267
Kredit- und Garantiegeschäft	111	116
Wertpapiere	63	54
Vermögensverwaltung	191	160
Depot- und Treuhandgeschäft	37	32
Vermittlungsprovisionen	34	38
Fremdwährungsgeschäft	189	193
Sonstige	55	54
Provisionsaufwendungen	-382	-381
Zahlungsverkehr	-213	-228
Clearing und Abwicklung	-65	-57
Kreditkarten	-31	-32
Debitkarten und sonstige Bankkarten	-55	-54
Übrige Zahlungsdienste	-62	-84
Kredit- und Garantiegeschäft	-13	-14
Wertpapiere	-29	-23
Vermögensverwaltung	-64	-54
Depot- und Treuhandgeschäft	-8	-7
Vermittlungsprovisionen	-14	-14
Fremdwährungsgeschäft	-14	-16
Sonstige	-27	-25
Gesamt	840	839

(5) Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	149	-388
Derivate	279	-391
Eigenkapitalinstrumente	-117	-2
Schuldverschreibungen	24	22
Kredite und Forderungen	5	5
Short-Positionen	-5	-6
Einlagen	-40	-19
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2	3
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	3	5
Eigenkapitalinstrumente	0	0
Schuldverschreibungen	-4	6
Kredite und Forderungen	7	0
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-9	32
Schuldverschreibungen	-2	40
Einlagen	-2	-2
Verbriefte Verbindlichkeiten	-5	-6
Währungsumrechnung (netto)	-80	272
Gesamt	62	-79

Das Handelsergebnis verbesserte sich im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 141 Millionen. Ursache dafür waren insbesondere positive Bewertungseffekte im Posten Derivate. In der Vorjahresperiode schlugen sich Bewertungsverluste aus dem Zinsänderungsrisiko emittierter Zertifikate direkt im Ergebnis aus Derivaten nieder, im zweiten Halbjahr 2019 wurden in diesem Zusammenhang ökonomische Sicherungsbeziehungen zum Zinsänderungsrisiko eingegangen, wodurch entsprechende Bewertungsverluste in der Berichtsperiode weitestgehend neutralisiert wurden. Dies führte zusammen mit einem Anstieg der Kreditaufschläge infolge der Ausbreitung von COVID-19 zu einem Anstieg um € 57 Millionen. Eine weitere positive Veränderung um € 41 Millionen ergab sich aus der Bewertung eines Bausparkassenportfolios, da dieses in der Vergleichsperiode einen Verlust erzeugte, im zweiten Quartal 2019 aber in ein Hedge-Accounting-Verhältnis gemäß IAS 39 eingebettet wurde, wodurch ab diesem Zeitpunkt Bewertungsänderungen weitgehend neutralisiert wurden. Darüber hinaus konnte in der Konzernzentrale eine positive Veränderung um € 38 Millionen erzielt werden, im Wesentlichen aus der Bewertung von Derivaten und zum Marktwert bewerteten Krediten und Forderungen.

Insgesamt wurden in der Berichtsperiode im Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading Gewinne von € 279 Millionen aus Derivaten verzeichnet (Vorjahresperiode: Verluste in Höhe von € 391 Millionen). Derivate werden vor allem dazu genutzt, Zins- und Währungsrisiken abzusichern. Zum Teil stehen diesen Ergebnissen gegenläufige Verluste aus der Währungsumrechnung (netto) von € 80 Millionen (Vorjahresperiode: Gewinn von € 272 Millionen) gegenüber, die überwiegend auf die Wechselkursentwicklung des russischen Rubels zurückzuführen waren.

Negative Veränderungen um € 115 Millionen waren bei in Handelsabsicht gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten zu verzeichnen. Dieser Effekt ergab sich im Wesentlichen aus Marktverwerfungen im Zuge der Ausbreitung von COVID-19. Die Eigenkapitalinstrumente sind überwiegend in Absicherungsbeziehungen eingebettet, wodurch dem Verlust ein gegenläufiges Ergebnis im Posten Derivate gegenübersteht.

Die in Handelsabsicht gehaltenen Einlagen waren im Wesentlichen durch Verluste aus Kassageschäften in Russland geprägt. Diese Verluste entstanden in Verbindung mit der Absicherung von Fremdwährungsgeschäften mit Kunden, entsprechende Provisonerträge sind im Provisionsüberschuss dargestellt. Gegenläufige Bewertungen oder realisierte Ergebnisse der in diesem Zusammenhang verwendeten, zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Währungsderivate sind im Posten Derivate dargestellt.

Die Veränderungen bei den Schuldverschreibungen - Designated Fair Value Through Profit/Loss um minus € 42 Millionen ergaben sich vor allem aus zinsbedingten Bewertungsveränderungen in der Konzernzentrale. Diesen Veränderungen stehen gegenläufige Bewertungen der zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Derivate im Posten Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held for Trading gegenüber.

(6) Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	-106	25
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	109	-25
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	1	0
Gesamt	4	0

Das Ergebnis aus Hedge Accounting belief sich in der Berichtsperiode auf € 4 Millionen (Vorjahresperiode: € 0 Millionen). Trotz des dynamischen Zinsumfelds ist nach wie vor eine hohe Hedge-Effizienz gegeben.

Die Entwicklung bei den Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten (minus € 106 Millionen nach € 25 Millionen in der Vergleichsperiode) sowie bei den Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften (€ 109 Millionen nach minus € 25 Millionen in der Vergleichsperiode) ist hauptsächlich auf die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., auf Tschechien und Russland zurückzuführen.

Bei der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. wurde das Portfolio-Hedge-Accounting im zweiten Quartal 2019 eingeführt. Bei den Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten wurden 2020 zwei Quartale mit minus € 63 Millionen berücksichtigt und 2019 mit minus € 43 Millionen nur ein Quartal. Die negativen Bewertungseffekte der Absicherungsinstrumente wurden im ersten Quartal 2019 im Handelsergebnis der Raiffeisen Bausparkasse m.b.H. erfasst, da Anfang des Jahres noch ökonomisch und nicht im Rahmen eines Hedge Accounting gemäß IAS 39 abgesichert wurde. Die weitere Abwertung der Hedging-Instrumente im ersten Halbjahr 2020 ist auf die negative Entwicklung der langfristigen Zinssätze zurückzuführen.

In Tschechien ergab sich aufgrund von COVID-19 eine Reduktion der Leitzinssätze, die 2019 unter Hochkonjunktur noch gestiegen waren. Die Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten betragen daher im Berichtsjahr minus € 44 Millionen (Vergleichsperiode: € 11 Millionen).

Weiters wurde im ersten Quartal 2020 ein Portfolio Hedge in Russland eingeführt, welcher mit minus € 12 Millionen zu Buche schlug.

(7) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹
Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - Not Measured At Fair Value Through Profit/Loss	1	7
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	1	0
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	15	14
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	8	0
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	0	-3
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	25	35
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	12	-6
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-31	-33
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	11	9
Gesamt	42	21

¹ Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg im Periodenvergleich um € 21 Millionen, vorwiegend aus der Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen).

(8) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Personalaufwand	-808	-789
Sachaufwand	-476	-524
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-190	-184
Gesamt	-1.474	-1.497

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um € 23 Millionen auf € 1.474 Millionen. Aus der Währungsentwicklung resultierte im Berichtszeitraum eine Reduktion der Verwaltungsaufwendungen um € 18 Millionen, vorwiegend bedingt durch die Abwertung des russischen Rubels um 4 Prozent und des ungarischen Forints um 8 Prozent (auf Basis Periodendurchschnitt).

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Löhne und Gehälter	-615	-600
Soziale Abgaben	-141	-137
Freiwilliger Sozialaufwand	-21	-21
Sonstiger Personalaufwand	-31	-30
Gesamt	-808	-789

Der Personalaufwand erhöhte sich um 2 Prozent oder € 19 Millionen auf € 808 Millionen, während die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Jahresabstand geringfügig um 392 Vollzeitäquivalente auf 46.799 Mitarbeiter sank. Der Anstieg des Personalaufwands resultierte hauptsächlich aus im Vorjahr vorgenommenen Gehaltsanpassungen überwiegend in Russland, der Ukraine und in Rumänien.

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹
Raumaufwand	-52	-58
IT-Aufwand	-150	-157
Rechts- und Beratungsaufwand	-48	-52
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-46	-58
Kommunikationsaufwand	-31	-27
Büroaufwand	-12	-13
Kfz-Aufwand	-5	-6
Beiträge zur Einlagensicherung	-54	-66
Sicherheitsaufwand	-18	-23
Reiseaufwand	-3	-8
Ausbildungsaufwand	-6	-10
Sonstiger Sachaufwand	-50	-48
Gesamt	-476	-524

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung.

Der Sachaufwand sank um € 48 Millionen auf € 476 Millionen. Haupttreiber für die Reduktion waren vorwiegend gesunkene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (€ 9 Millionen) sowie niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland (€ 6 Millionen) und in Rumänien (€ 6 Millionen). Der Werbeaufwand sank in der Konzernzentrale (€ 6 Millionen) und in der Slowakei (€ 3 Millionen) vorwiegend bedingt durch die COVID-19-Pandemie. Weitere Rückgänge ergaben sich beim Raumaufwand (€ 5 Millionen), beim Sicherheitsaufwand (€ 5 Millionen) und beim Reiseaufwand (€ 4 Millionen).

Im Sachaufwand sind sowohl für kurzfristige Leasingverhältnisse € 7 Millionen als auch für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte gemäß IFRS 16 € 2 Millionen enthalten.

Die Beiträge zur Einlagensicherung fielen um € 12 Millionen, wobei die Reduktion in Russland als temporäre Maßnahme zur Unterstützung der Kreditinstitute in der Pandemiezeit einzustufen ist. In Österreich erwartet die RBI durch die Entschädigung von Einlegern der Commercialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG aus dem Einlagensicherungsfonds (Einlagensicherung AUSTRIA Ges.m.b.H.) und die dadurch ausgelöste Verringerung der Fondsmittel höhere Beitragszahlungen, um die gesetzliche Zielausstattung des Einlagensicherungsfonds sicherzustellen. Der Betrag wird jedoch über den Zeitraum bis 2024 verteilt werden.

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Sachanlagen	-113	-109
davon Nutzungsrechte	-41	-41
Immaterielle Vermögenswerte	-77	-75
Gesamt	-190	-184

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen um 3 Prozent oder € 6 Millionen. Die größten Anstiege verzeichneten dabei die Konzernzentrale und Tschechien mit jeweils € 3 Millionen.

(9) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019 ¹
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-23	-2
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-23	-2
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	-79	-6
Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	-28	-2
Firmenwerte	-27	0
Andere	-1	-2
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Endkonsolidierungen	-1	5
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen	0	2
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	-1	3
Nicht der Geschäftstätigkeit zuordenbarer Steueraufwand	0	-23
Kreditbezogene Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis	-42	-4
Gesamt	-173	-33

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Die Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 23 Millionen, davon resultierten € 16 Millionen aus COVID-19-Maßnahmen (Zahlungsmoratorien, d. h. den Kreditnehmern wird ein zeitlich befristeter Zahlungsaufschub bis neun Monate bzw. bis zum Jahresende gewährt, und Restrukturierungsmaßnahmen), vor allem in Ungarn, Rumänien, Tschechien und in der Ukraine.

Die Wertminderungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen stiegen um € 72 Millionen auf € 79 Millionen. Der Anstieg in Höhe von € 70 Millionen betraf dabei Wertminderungen auf at-equity bewertete Unternehmen, hier vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavebna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten.

Die Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten erhöhten sich um € 26 Millionen auf € 28 Millionen. In der Berichtsperiode wurde eine Wertminderung auf den Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft in Höhe von € 27 Millionen vorgenommen. Die Wertminderung stand im Zusammenhang mit den durch die COVID-19-Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten, die bilanzseitig das volumenmäßig erwartete Wachstum der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft der zukünftigen Jahre und damit die Gewinnerwartungen durch den damit verbundenen Rückgang des erzielbaren Provisionsertrags verringerte. Mit den reduzierten Wachstums- und Gewinnaussichten der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft ging eine Reduktion des zukünftig erwarteten Return on Equity einher.

In der Vorjahresperiode wurde für Grunderwerbsteuern in Deutschland eine Rückstellung in Höhe von € 23 Millionen dotiert, die aus Änderungen der Eigentümerstrukturen in Vorjahren entstand. Sie standen im Zusammenhang mit der Fusion von Raiffeisen Zentralbank und Raiffeisen Bank International im Jahr 2017 sowie Anteilskäufen an der Raiffeisen Leasing-Gruppe in den Jahren 2012 und 2013.

In der Berichtsperiode wurden die kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis um € 42 Millionen aufgestockt. Dabei wurde die Rückstellung in Rumänien für ein Verfahren mit der Konsumentenschutzbehörde hinsichtlich der angeblichen missbräuchlichen Verwendung von Kreditklauseln um weitere € 17 Millionen angehoben. In Polen und in Kroatien wurden diese um € 18 Millionen bzw. € 8 Millionen für anhängige Klagen in Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, erhöht. Der Anstieg in Polen ist auf eine Verschlechterung des Wechselkurses zwischen Schweizer Franken und polnischem Zloty, auf einen Rückgang des zur Berechnung der Rückstellung verwendeten Diskontsatzes und Änderungen der statistischen Annahmen des Modells zurückzuführen.

(10) Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Bankenabgaben	-92	-77
Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	-4
Bankenabwicklungsfonds	-74	-50
Gesamt	-166	-130

Der Aufwand für die Bankenabgaben wurde im ersten Quartal zum Großteil bereits für das Gesamtjahr gebucht. Davon betroffen sind die Konzernzentrale mit einer Einmalzahlung in Höhe von € 41 Millionen und Ungarn mit € 13 Millionen. Von laufenden Zahlungen sind die Slowakei mit € 26 Millionen (Vorjahresperiode: € 12 Millionen) sowie Österreich und Polen betroffen. Der Anstieg in der Slowakei resultierte aus einer Verdoppelung der Bankenabgabe (Anstieg von 0,2 Prozent auf 0,4 Prozent der Bemessungsgrundlage). Ende Juni wurde die Bankenabgabe in der Slowakei für das zweite Halbjahr 2020 abgeschafft.

Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die zum Großteil zu Jahresbeginn erfasst wurden, stiegen um € 24 Millionen auf € 74 Millionen. Der Anstieg ergab sich durch höhere Beiträge vor allem in der Konzernzentrale, in Bulgarien, Rumänien und Tschechien.

(11) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Forderungen	-327	-4
Schuldverschreibungen	-5	1
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	20	-8
Gesamt	-312	-12

Die Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen betragen im ersten Halbjahr € 332 Millionen (Anstieg: € 329 Millionen). Davon entfielen auf Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen € 167 Millionen und an Haushalte € 150 Millionen. Dem stand eine Auflösung bei erteilten Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstigen Zusagen in Höhe von € 20 Millionen gegenüber (Rückgang: € 28 Millionen).

Im ersten Halbjahr 2020 ergaben sich aufgrund von COVID-19 Wertminderungen in Höhe von € 158 Millionen, wobei auf Nicht-Finanzunternehmen € 123 Millionen und auf Haushalte € 35 Millionen entfielen. Der erhöhte Vorsorgebedarf ging in erster Linie auf Post-Model-Adjustments (€ 90 Millionen) und Anpassungen der zukunftsorientierten Informationen (€ 68 Millionen) zurück.

Aufgrund der Migration von Stage 1 zu Stage 2 wurden im ersten Halbjahr zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 202 Millionen dotiert (Anstieg: € 168 Millionen). Am stärksten davon betroffenen waren die Tourismus-, Automobil-, Flugreisen-, Öl- und Gas-, Immobilien- und Konsumgüterindustrie. Daraus resultierten höhere Wertminderungen bei Krediten an Haushalte (€ 115 Millionen), vorwiegend in Russland (€ 27 Millionen), Rumänien (€ 24 Millionen) und Polen (€ 12 Millionen) sowie bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (€ 82 Millionen), vor allem in Österreich (€ 12 Millionen) und in der Slowakei (€ 13 Millionen).

In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 141 Millionen (Vorjahr: Auflösung von netto € 13 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 88 Millionen auf Haushalte, vorwiegend in Russland (€ 36 Millionen) und Rumänien (€ 16 Millionen) sowie € 55 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen, im Wesentlichen in Österreich (€ 28 Millionen), Russland (€ 16 Millionen) und der Slowakei (€ 16 Millionen).

(12) Steuern vom Einkommen und Ertrag

in € Millionen	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-85	-250
Inland	-1	-10
Ausland	-84	-240
Latente Steuern	-61	59
Gesamt	-145	-191

Die Verringerung des Steueraufwands um € 45 Millionen lässt sich auf niedrigere Gewinne in allen Ländern zurückführen, hauptsächlich durch Rückgänge in Tschechien um € 11 Millionen, in Kroatien um € 6 Millionen und in Russland um € 5 Millionen bedingt. Darüber hinaus ergab sich im Vorjahr eine um € 9 Millionen höhere Quellensteuer in der Konzernzentrale aufgrund von Dividendenerträgen aus Russland und der Ukraine.

Die effektive Steuerquote erhöhte sich um 2,8 Prozentpunkte auf 25,7 Prozent. Dies lag am geringeren Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale, vor allem aufgrund der steuerlich nicht abzugsfähigen Wertminderungen auf at-equity bewertete Unternehmen und auf den Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft.

Erläuterungen zur Bilanz

(13) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Kassenbestand	5.858	4.528
Guthaben bei Zentralbanken	15.436	14.395
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	9.187	5.366
Gesamt	30.481	24.289

Der Anstieg bei Guthaben bei Zentralbanken war hauptsächlich auf Einzahlungen aus Liquiditätssteuerungsgründen und die Mindestreserve zurückzuführen. Die nicht frei verfügbare Mindestreserve betrug zum Stichtag € 226 Millionen (31.12.2019: € 283 Millionen).

Der starke Anstieg im Posten sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten lag im Wesentlichen an der Konzernzentrale, wo hauptsächlich durch Erhöhung des langfristigen Fundings sowie Nutzung der TLTRO III ein kurzfristig erhöhter Bestand an liquiden Mitteln vorlag.

Weiters beinhaltet dieser Posten Barsicherheiten, im Wesentlichen für entlehene Wertpapiere, in Höhe von € 342 Millionen (31.12.2019: € 157 Millionen).

(14) Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2020			31.12.2019		
	Bruttobuchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Bruttobuchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	13.641	-12	13.630	9.981	-8	9.973
Zentralbanken	461	0	461	1.497	0	1.497
Regierungen	10.432	-5	10.427	6.454	-2	6.452
Kreditinstitute	1.871	0	1.871	1.097	0	1.097
Sonstige Finanzunternehmen	666	-5	661	558	-3	555
Nicht-Finanzunternehmen	211	-1	210	376	-3	373
Kredite und Forderungen	105.241	-2.542	102.698	102.626	-2.314	100.312
Zentralbanken	5.205	0	5.205	4.602	0	4.602
Regierungen	1.619	-4	1.615	1.196	-5	1.191
Kreditinstitute	4.000	-3	3.997	4.837	-4	4.833
Sonstige Finanzunternehmen	11.329	-47	11.282	9.838	-43	9.795
Nicht-Finanzunternehmen	48.232	-1.321	46.912	46.470	-1.179	45.291
Haushalte	34.856	-1.169	33.688	35.682	-1.082	34.600
Gesamt	118.882	-2.554	116.328	112.607	-2.322	110.285

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 6.043 Millionen. Die Erhöhung bei den Schuldverschreibungen (Anstieg: € 3.657 Millionen) war vor allem auf Zukäufe von Staatsanleihen in der Konzernzentrale, Slowakei und in Tschechien zurückzuführen, während es in Russland zu Verkäufen der Schuldverschreibungen gegenüber Zentralbanken kam. Auch der Kreditbestand stieg trotz starker Währungsabwertungen um € 2.387 Millionen an. Der Zuwachs bei Nicht-Finanzunternehmen (Anstieg: € 1.621 Millionen) war hauptsächlich auf die Konzernzentrale zurückzuführen und resultierte zum Großteil aus Standardkrediten und Exportfinanzierungen sowie Projekt- und Immobilienfinanzierungen. Durch diese Erhöhung sowie den Anstieg beim kurzfristigen Kreditgeschäft (Anstieg: € 1.678 Millionen)

konnte der Rückgang bei Krediten und Forderungen an Haushalte (Rückgang: € 912 Millionen) kompensiert werden. Die größten Reduktionen bei den Krediten und Forderungen an Haushalte gab es in Russland (Rückgang: € 566 Millionen), großteils währungsbedingt, und in Tschechien (Rückgang: € 231 Millionen), wobei in Tschechien in lokaler Währung ein Zuwachs verzeichnet wurde.

(15) Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income

in € Millionen	30.6.2020			31.12.2019		
	Bruttobuchwert ¹	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Bruttobuchwert ¹	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	204	-	204	229	-	229
Kreditinstitute	16	-	16	26	-	26
Sonstige Finanzunternehmen	113	-	113	130	-	130
Nicht-Finanzunternehmen	75	-	75	72	-	72
Schuldverschreibungen	5.032	-3	5.028	4.555	-3	4.553
Regierungen	3.750	-3	3.747	3.093	-2	3.091
Kreditinstitute	1.048	0	1.048	1.176	0	1.176
Sonstige Finanzunternehmen	88	0	88	142	0	142
Nicht-Finanzunternehmen	146	0	146	145	0	145
Gesamt	5.236	-3	5.233	4.784	-3	4.781

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income erhöhte sich um € 452 Millionen im Vergleich zum Jahresende 2019. Der Anstieg war hauptsächlich auf die Zunahme von Schuldverschreibungen in Rumänien, in der Konzernzentrale und in Russland zurückzuführen, wobei es zu gegenläufigen Effekten durch den Teilverkauf des Portfolios in der Slowakei und Verkäufe von Schuldverschreibungen in Ungarn und Kroatien kam. Negativ wirkten sich Bewertungsveränderungen von Eigenkapitalinstrumenten im Zusammenhang mit COVID-19 aus.

(16) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Eigenkapitalinstrumente	3	1
Sonstige Finanzunternehmen	3	1
Schuldverschreibungen	428	447
Regierungen	281	239
Kreditinstitute	19	20
Sonstige Finanzunternehmen	121	187
Nicht-Finanzunternehmen	6	1
Kredite und Forderungen	380	327
Regierungen	2	3
Sonstige Finanzunternehmen	38	48
Nicht-Finanzunternehmen	107	83
Haushalte	232	193
Gesamt	810	776

Der Anstieg im Posten finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss um € 34 Millionen war vor allem auf eine Zunahme im staatlich geförderten Kreditprogramm für Jungfamilien in Ungarn und der Schuldverschreibungen in Russland zurückzuführen, diese Erhöhung wurde durch Fondsverkäufe der Valida Gruppe und Raiffeisen Bausparkasse reduziert.

(17) Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Schuldverschreibungen	941	2.276
Regierungen	731	1.903
Kreditinstitute	93	259
Sonstige Finanzunternehmen	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	116	114
Gesamt	941	2.276

Der Rückgang im Posten finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss resultierte aus der Optimierung des Wertpapierportfolios in der Konzernzentrale.

(18) Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Derivate	2.395	1.894
Zinssatzverträge	1.603	1.245
Eigenkapitalverträge	130	180
Wechselkurs- und Goldverträge	650	458
Kreditverträge	10	5
Waretermingeschäfte	2	5
Andere	1	1
Eigenkapitalinstrumente	199	427
Kreditinstitute	20	104
Sonstige Finanzunternehmen	69	111
Nicht-Finanzunternehmen	111	211
Schuldverschreibungen	2.080	1.861
Zentralbanken	0	7
Regierungen	1.473	1.049
Kreditinstitute	338	511
Sonstige Finanzunternehmen	148	179
Nicht-Finanzunternehmen	121	115
Gesamt	4.675	4.182

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 98 Millionen (31.12.2019: € 126 Millionen).

Details zum Posten Derivate sind unter Punkt (44) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(19) Hedge Accounting

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	168	278
Zinssatzverträge	163	270
Wechselkurs- und Goldverträge	5	8
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	5
Zinssatzverträge	1	5
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	3	0
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	168	119
Cash-Flow Hedge	36	7
Fair Value Hedge	131	112
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	226	-5
Gesamt	565	397

Die positiven Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge reduzierten sich auf € 168 Millionen (31.12.2019: € 278 Millionen). Diese Entwicklung wurde hauptsächlich durch die Abwertung von Zinssatzverträgen in der Konzernzentrale, bedingt durch die Reduktion der langfristigen Zinssätze, herbeigeführt.

Der Buchwert des Postens Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 231 Millionen. Die Entwicklung war im Wesentlichen auf die weitere Aufwertung der Kredite und Forderungen im Portfolio Hedge der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H, auf die negative Zinssatzentwicklung in Tschechien bei fixverzinsten Darlehen in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen sowie auf die Einführung eines Portfolio Hedges bei der russischen Tochterbank zurückzuführen.

(20) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Anteile an verbundenen Unternehmen	227	270
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	709	836
Gesamt	936	1.107

Die Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

in € Millionen	Anteil in % 30.6.2020	Buchwert 30.6.2020	Buchwert 31.12.2019
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	25,0%	13	14
EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	33,6%	7	7
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Wien (AT)	33,1%	164	197
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	26,0%	11	11
Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	8,1%	48	48
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	31,3%	11	11
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)	49,5%	10	13
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	32,5%	34	44
Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG, Wien (AT)	47,6%	117	147
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	50,0%	14	13
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	10,9%	280	331
Gesamt		709	836

Bei der UNIQA Insurance Group AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund eines Syndikatsvertrags mit den anderen Kernaktionären, welcher insbesondere die Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat regelt. Bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund zweier fixer Mandate im Aufsichtsrat.

(21) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Sachanlagen	1.782	1.829
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	578	609
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	321	330
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	314	301
Sonstige vermietete Leasinganlagen	95	133
Nutzungsrechte	476	456
Immaterielle Vermögenswerte	719	757
Software	629	636
Firmenwerte	72	101
Marke	9	10
Kundenbeziehungen	2	3
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	7	7
Gesamt	2.502	2.586

Der Rückgang bei den Sachanlagen ist im Wesentlichen auf Wechselkurseffekte, vorwiegend beim russischen Rubel, bei der ukrainischen Hryvna und der tschechischen Krone, zurückzuführen. In der Berichtsperiode wurden Software-Investitionen in Höhe von € 90 Millionen getätigt (30.6.2019: € 79 Millionen).

Im Jahr 2020 führte die COVID-19-Pandemie zu einer erheblichen negativen Veränderung des wirtschaftlichen Umfelds, in denen unsere Tochtergesellschaften tätig sind. Als Reaktion auf die Pandemie wurde die Mittelfristplanung der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft überarbeitet, was zu einer Wertminderung des Firmenwerts in Höhe von € 27 Millionen führte. Der Firmenwert für die Raiffeisenbank a.s., Prag, wurde ebenfalls auf Wertminderung geprüft. Es wurde festgestellt, dass der Fair Value über dem Buchwert lag.

(22) Steuerforderungen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Laufende Steuerforderungen	130	61
Latente Steuerforderungen	90	144
Temporäre Steueransprüche	77	127
Verlustvorträge	14	17
Gesamt	220	205

(23) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Rechnungsabgrenzungen	436	459
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	271	287
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	4	21
Übrige Aktiva	360	549
Gesamt	1.071	1.315

Der Posten Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen beinhaltet die noch nicht fertiggestellten bzw. noch nicht verkauften Immobilien der Raiffeisen Leasing-Gruppe in Österreich und Italien in Höhe von € 155 Millionen (31.12.2019: € 137 Millionen).

(24) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

Die nachstehende Tabelle zeigt die Aufteilung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Produkten sowie eine Aufgliederung der verbrieften Verbindlichkeiten:

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.686	23.582
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	12.929	10.864
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	14.678	11.731
Rückkaufvereinbarung	3.080	987
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	98.391	95.911
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	69.601	64.760
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	28.674	31.071
Rückkaufvereinbarung	117	79
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.018	8.780
Einlagenzertifikate	0	1
Gedeckte Schuldverschreibungen	1.256	1.321
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	8.762	7.457
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	996	1.070
davon nicht wandelbar	7.766	6.387
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	545	492
Gesamt	139.641	128.764
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	3.022	2.726
davon Leasingverbindlichkeiten	480	453

Die Gesamtveränderung in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammte zum Großteil aus der Konzernzentrale. Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen erhöhten sich hier um € 2.294 Millionen, wovon € 894 Millionen auf höhere Einlagen der Raiffeisen Landesbanken zurückzuführen waren. Eine gegenläufige Entwicklung war in Russland festzustellen, wo sich der Posten überwiegend volumenbedingt um € 229 Millionen verringerte. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit erhöhten sich in der Konzernzentrale um € 2.536 Millionen. Haupttreiber war die Teilnahme an TLTRO III (Targeted Longer-Term Refinancing Operations), einer Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, durch welche die Europäische Zentralbank den dauerhaften Zugang von Firmen und Haushalten zu Bankkrediten im Angesicht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verwerfungen und erhöhten Unsicherheit unterstützt. Die Pensionsgeschäfte stiegen in der Konzernzentrale im Vergleich zum Jahresende um € 2.312 Millionen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ließ sich wie im ersten Quartal eine Präferenz für kurzfristig verfügbare Einlagen ausmachen. Im Bereich der kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen waren besonders starke Anstiege in Russland (Anstieg: € 1.468 Millionen) und Tschechien (Anstieg: € 1.243 Millionen) zu verzeichnen. Der volumengetriebene Gesamtanstieg wurde allerdings durch gegenläufige Wechselkurseffekte gedämpft. Weitere große Zuwächse bei kurzfristigen Beträgen/Tagesgeldeinlagen stammten aus der Slowakei (Anstieg: € 429 Millionen), aus Rumänien (Anstieg: € 385 Millionen) und der Ukraine (Anstieg: € 320 Millionen).

Im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit zeichnete sich ein differenzierteres Bild ab. Anstiegen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.849 Millionen) standen Rückgänge, insbesondere in Russland (Rückgang: € 2.612 Millionen) und Tschechien (Rückgang: € 866 Millionen) gegenüber.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Zentralbanken	5.458	2.462
Regierungen	3.284	3.171
Kreditinstitute	25.228	21.120
Sonstige Finanzunternehmen	9.862	10.929
Nicht-Finanzunternehmen	37.171	34.849
Haushalte	48.075	46.961
Gesamt	129.077	119.493

Die Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken erhöhten sich insbesondere in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.487 Millionen) aufgrund der Teilnahme an TLTRO III (Targeted Longer-Term Refinancing Operations). Einlagen von Regierungen stiegen in der Konzernzentrale um € 274 Millionen und in Tschechien um € 293 Millionen. Dem gegenüber kam es in Russland unter anderem aufgrund des Auslaufens eines Federal Treasury Deposits im Februar 2020 zu einem Rückgang um € 368 Millionen.

Die Veränderung in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammte hauptsächlich aus höheren Tagesgeldeinlagen und Pensionsgeschäften in der Konzernzentrale (Anstieg: € 4.654 Millionen) und aus volumen- und wechselkursbedingten Rückgängen in Russland (Rückgang: € 601 Millionen). Verstärkt wurde diese Entwicklung durch Rückgänge bei Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit.

Ein gegensätzliches Bild zeigte sich bei der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen. Hier trug die Konzernzentrale wesentlich zur Erhöhung bei (Anstieg: € 2.323 Millionen). In Russland hingegen kam es zu einem Rückgang von € 732 Millionen, hervorgerufen durch Währungseffekte.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Haushalten (Anstieg: € 1.114 Millionen) setzte sich der Trend aus dem ersten Quartal fort. Die größten Zuwächse waren in Rumänien (Anstieg: € 536 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 283 Millionen) zu verzeichnen. In Russland kam es trotz großer Zuwächse in lokaler Währung durch Wechselkurseffekte zu einer Stagnation.

(25) Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34	25
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	34	25
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	295	303
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	295	303
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.327	1.515
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	1.327	1.515
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	9	10
davon nicht wandelbar	1.317	1.505
Gesamt	1.655	1.843
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	303	405

Der Buchwert der designierten Verbindlichkeiten lag um € 327 Millionen (31.12.2019: € 395 Millionen) über dem vertraglich vereinbarten Zahlungsbetrag für den Zeitpunkt der Endfälligkeit. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Transfers innerhalb des Eigenkapitals oder Ausbuchungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten.

(26) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Derivate	2.365	1.934
Zinssatzverträge	1.251	1.060
Eigenkapitalverträge	404	185
Wechselkurs- und Goldverträge	609	584
Kreditverträge	17	18
Warentermingeschäfte	2	0
Andere	82	86
Short-Positionen	458	361
Eigenkapitalinstrumente	78	75
Schuldverschreibungen	380	285
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.220	3.495
Hybride Verträge	3.077	3.210
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	142	285
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	142	285
Gesamt	6.042	5.789

Details zum Posten Derivate sind unter Punkt (44) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(27) Hedge Accounting

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	46	41
Zinssatzverträge	46	41
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	4
Zinssatzverträge	1	4
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	5	7
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	384	231
Cash-Flow Hedge	6	2
Fair Value Hedge	378	228
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	83	-36
Gesamt	519	246

Die negativen Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge betragen € 384 Millionen (31.12.2019: € 231 Millionen). Die Erhöhung war hauptsächlich auf den Portfolio Hedge in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H aufgrund sinkender Zinssätze und gesteigener Volumina sowie auf die starke Reduktion der Zinssätze in Tschechien zurückzuführen.

Der Posten Fair-Value-Änderungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge veränderte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 119 Millionen, von minus € 36 Millionen auf € 83 Millionen. Dieser Effekt war im Wesentlichen auf die Fair-Value-Entwicklung der abgesicherten Verbindlichkeiten in Portfolio Hedges der Raiffeisenbank a.s., Prag, bei tendenziell sinkenden Zinssätzen vor allem bei abgesicherten Kundeneinlagen in tschechischen Kronen zurückzuführen.

(28) Rückstellungen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	147	173
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	143	161
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	4	12
Personalarückstellungen	454	500
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	197	204
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	54	42
Bonuszahlungen	132	192
Rückstellungen für unverbrauchte Urlaube	67	56
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	6
Andere Rückstellungen	413	410
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	232	222
Restrukturierung	20	26
Belastende Verträge	67	66
Sonstige Rückstellungen	94	96
Gesamt	1.013	1.083

Die Rückstellungen reduzierten sich um € 70 Millionen auf € 1.013 Millionen. Dieser Rückgang war vor allem auf Bonusauszahlungen in Höhe von € 60 Millionen zurückzuführen. Bei den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle führte die Auflösung einer Rückstellung in der Slowakei in Höhe von € 18 Millionen zu einem Rückgang. Hingegen kam es zu Erhöhungen im Zusammenhang mit anhängigen Verfahren hinsichtlich Schweizer-Franken-Kredite in Polen (Anstieg um € 17 Millionen auf € 65 Millionen) und in Kroatien (Anstieg um € 7 Millionen auf € 29 Millionen) sowie durch die ausstehenden Verfahren mit der Konsumentenschutzbehörde in Rumänien (Anstieg um € 17 Millionen auf € 38 Millionen).

(29) Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Laufende Steuerverpflichtungen	28	31
Latente Steuerverpflichtungen	44	38
Gesamt	72	69

(30) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	131	0
Rechnungsabgrenzungsposten	427	440
Übrige Passiva	606	201
Gesamt	1.164	641

Der Anstieg bei den übrigen Passiva stammte vorwiegend aus Transaktionen im Rahmen des Zahlungsverkehrs, die zum Berichtsstichtag noch nicht abgewickelt waren.

(31) Eigenkapital

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Konzern-Eigenkapital	11.708	11.817
Gezeichnetes Kapital	1.002	1.002
Kapitalrücklagen	4.992	4.992
Gewinnrücklagen	8.814	8.443
davon Konzernergebnis	368	1.227
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-3.100	-2.620
Kapital nicht beherrschender Anteile	816	811
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.131	1.137
Gesamt	13.655	13.765

Zum 30. Juni 2020 betrug das gezeichnete Kapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen. Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 322.204 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002 Millionen.

Das Eigenkapital der RBI inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Rückgang um € 110 Millionen auf € 13.655 Millionen. Diese Veränderung beruhte hauptsächlich auf dem Gesamtergebnis der Periode von minus € 99 Millionen.

Der Vorstandsbeschluss vom 4. Februar 2020 zum Dividendenvorschlag an die Hauptversammlung lautet auf Ausschüttung einer Dividende von € 1,00 je Aktie für das Geschäftsjahr 2019. Dies ergäbe eine maximale Ausschüttungssumme von € 329 Millionen. In Einklang mit der Ende März erfolgten Empfehlung der Europäischen Zentralbank zu Dividendenausschüttungen und angesichts der durch COVID-19 verursachten Unsicherheiten könnte der Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2019 überprüft werden, sobald die finanziellen Auswirkungen von COVID-19 klarer geworden sind.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(32) Fair Value von Finanzinstrumenten

Fair Value von Finanzinstrumenten, die zum Fair Value ausgewiesen werden:

Aktiva in € Millionen	30.6.2020			31.12.2019		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	1.882	2.793	0	1.910	2.272	0
Derivate	55	2.340	0	29	1.866	0
Eigenkapitalinstrumente	199	0	0	420	7	0
Schuldverschreibungen	1.627	453	0	1.462	399	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	331	98	381	394	54	328
Eigenkapitalinstrumente	3	0	0	1	0	0
Schuldverschreibungen	328	98	1	393	54	1
Kredite und Forderungen	0	0	380	0	0	327
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	899	42	0	2.231	45	0
Schuldverschreibungen	899	42	0	2.231	45	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.310	783	140	3.912	681	188
Eigenkapitalinstrumente	1	63	140	2	82	145
Schuldverschreibungen	4.309	720	0	3.911	600	42
Hedge Accounting	0	339	0	0	402	0
Passiva in € Millionen	30.6.2020			31.12.2019		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	500	5.542	0	405	5.377	7
Derivate	47	2.318	0	17	1.916	0
Short-Positionen	453	4	0	359	2	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.220	0	29	3.458	7
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.655	0	0	1.843	0
Einlagen	0	329	0	0	328	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.327	0	0	1.515	0
Hedge Accounting	0	436	0	0	282	0

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Level I

Bewertungsparameter des Level I sind notierte (nicht angepasste) Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die dem Unternehmen am Bewertungstag zugänglich sind (IFRS 13.76).

Level II

Level II Finanzinstrumente sind mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter unmittelbar oder mittelbar beobachtbar sind, ermittelt werden können (IFRS 13.81 ff).

Level III

Inputfaktoren auf Level III sind Inputfaktoren, die für den Vermögenswert oder die Schuld nicht beobachtbar sind (IFRS 13.86). Der beizulegende Zeitwert wird mittels Bewertungsverfahren kalkuliert.

Bewegungen zwischen Level I und Level II

Es kam zu keinen wesentlichen Verschiebungen zwischen Level I und Level II im Vergleich zum Jahresende.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und somit einer Bewertungsmethode mit nicht am Markt beobachtbaren Inputparametern unterliegen. Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die weder unmittelbar noch mittelbar am Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2020	Änderung Kon- solidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	33	-32
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	328	0	-12	76	-16
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	188	0	-1	13	-59
Gesamt	516	0	-13	122	-107

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sons- tigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2020
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	4	0	0	0	381
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	-1	0	0	140
Gesamt	5	-1	0	0	521

Passiva in € Millionen	Stand 1.1.2020	Änderung Kon- solidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	7	0	0	0	0
Gesamt	7	0	0	0	0

Passiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sons- tigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2020
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	-7	0
Gesamt	0	0	0	-7	0

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input- Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.6.2020				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0			
Treasury Bills, festverzinsliche Anleihen	0	DCF-Verfahren	Basispreis der letzten Auktion (Zinskurve)	0,69 - 1,86%
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30%
Kredite	0	DCF-Verfahren	Discount spread Reihe an credit spreads (CDS-Kurven)	–
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	381			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode Expertenmeinung	–	–
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	Net Asset Value Expertenmeinung	Sicherheitsabschläge Preis	20 - 50%
Kredite	380	Retail: DCF-Verfahren (inkl. Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit, usw.) Non Retail: DCF- Verfahren/Optionsbe- wertung (Black-Scholes (shifted) Model; Hull- White Model)	Spanne (Neugeschäft) Funding-Kurven (Liquiditätskosten) Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)	1,44 - 3,74% über alle Währungen -0,25 - 2,82% über alle Währungen 0,03 - 18,29% (abhängig vom Rating: von AA bis CCC)
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0			
Festverzinsliche Anleihen	0	DCF-Verfahren (inkl. Expertenmeinung)	Preisobergrenzen Preis	–
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	140			
Sonstige Beteiligungen	39	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta Faktor	–
Sonstige Beteiligungen	49	Adjusted Net Asset Value	Angepasstes Eigenkapital	–
Sonstige Beteiligungen	51	Multiplikatormethode Transaktionspreis Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	–
Gesamt	521			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Passiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.6.2020				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0			
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30%
Gesamt	0			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Finanzinstrumente in der folgenden Tabelle werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und somit in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangsangaben kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Erfolgsrechnung.

30.6.2020 in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	30.481	0	30.481	30.481	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	11.661	1.371	106.779	119.812	116.328	3.484
Schuldverschreibungen	11.661	1.371	867	13.900	13.630	270
Kredite und Forderungen	0	0	105.912	105.912	102.698	3.214
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	9.653	129.810	139.464	139.160	303
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	128.832	128.832	128.597	235
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	9.653	433	10.087	10.018	69
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	545	545	545	0

¹ Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I: Notierte Marktpreise
Level II: Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III: Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2019 in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	24.289	0	24.289	24.289	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.123	1.147	104.807	114.077	110.285	3.792
Schuldverschreibungen	8.123	1.147	878	10.148	9.973	174
Kredite und Forderungen	0	0	103.930	103.930	100.312	3.618
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	8.645	120.445	129.090	128.311	779
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	119.544	119.544	119.040	505
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	8.645	409	9.054	8.780	274
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	492	492	492	0

¹ Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I: Notierte Marktpreise
Level II: Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III: Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

(33) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Erteilte Kreditzusagen	33.391	35.136
Erteilte Finanzgarantien	7.384	7.909
Sonstige erteilte Zusagen	3.116	3.298
Gesamt	43.892	46.342
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-143	-161

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 4 Millionen gebildet (31.12.2019: € 12 Millionen).

(34) Kreditwürdigkeitsanalyse

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte. Es ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies normalerweise der Fall ist. Die folgende Auflistung enthält eine Beschreibung der Gruppierung der Vermögenswerte nach der Ausfallwahrscheinlichkeit:

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (PD-Skala 0,0000 - 0,0300 Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (PD-Skala 0,0300 - 0,1878 Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 0,1878 - 1,1735 Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 1,1735 - 7,3344 Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 7,3344 - 100,0 Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent).

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	21.627	1.265	0	22.892
Sehr gut	27.008	5.134	0	32.142
Gut	24.269	10.673	0	34.942
Zufriedenstellend	11.908	8.648	0	20.556
Unterdurchschnittlich	831	1.951	0	2.782
Wertgemindert	0	0	2.848	2.848
Nicht geratet	2.308	407	5	2.720
Bruttobuchwert	87.952	28.078	2.853	118.882
Kumulierte Wertminderungen	-161	-543	-1.851	-2.554
Buchwert	87.791	27.535	1.002	116.328

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	12.748	507	0	13.255
Sehr gut	30.092	3.807	0	33.899
Gut	32.970	3.487	0	36.456
Zufriedenstellend	17.851	3.199	0	21.050
Unterdurchschnittlich	1.006	1.276	0	2.282
Wertgemindert	0	0	2.864	2.864
Nicht geratet	2.573	227	0	2.801
Bruttobuchwert	97.240	12.504	2.864	112.607
Kumulierte Wertminderungen	-183	-342	-1.798	-2.322
Buchwert	97.057	12.162	1.066	110.285

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet finanzielle Vermögenswerte für Haushalte, für welche noch keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert. Es handelt sich im Wesentlichen um ein Portfolio von hypothekarisch besicherten Krediten an Haushalte in Tschechien.

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	1.736	0	0	1.736
Sehr gut	2.799	57	0	2.855
Gut	204	35	0	240
Zufriedenstellend	146	14	0	160
Unterdurchschnittlich	0	0	0	0
Wertgemindert	0	0	0	0
Nicht geratet	40	0	0	40
Bruttobuchwert¹	4.925	106	0	5.032
Kumulierte Wertminderungen	-3	-1	0	-3
Buchwert	4.923	106	0	5.028

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	1.122	0	0	1.122
Sehr gut	3.030	0	0	3.030
Gut	125	94	0	219
Zufriedenstellend	139	13	0	152
Unterdurchschnittlich	0	0	0	0
Wertgemindert	0	0	0	0
Nicht geratet	31	0	0	31
Bruttobuchwert¹	4.448	107	0	4.555
Kumulierte Wertminderungen	-1	-1	0	-3
Buchwert	4.447	106	0	4.553

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	1.700	299	0	1.999
Sehr gut	15.320	2.158	0	17.478
Gut	12.684	4.381	0	17.065
Zufriedenstellend	4.076	2.143	0	6.219
Unterdurchschnittlich	136	324	0	461
Wertgemindert	0	0	249	249
Nicht geratet	368	52	0	420
Nominalwert	34.285	9.357	250	43.892
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-37	-50	-55	-143
Nominalwert nach Rückstellungen	34.247	9.307	194	43.749

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	2.971	185	0	3.155
Sehr gut	16.688	1.301	0	17.989
Gut	15.371	1.280	0	16.651
Zufriedenstellend	6.869	548	0	7.418
Unterdurchschnittlich	185	154	0	339
Wertgemindert	0	0	326	326
Nicht geratet	427	37	0	464
Nominalwert	42.511	3.505	326	46.342
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-44	-30	-87	-161
Nominalwert nach Rückstellungen	42.467	3.475	239	46.182

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für Haushalte, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

Die folgende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko aus Derivatgeschäften, von denen die meisten OTC-Verträge sind. Das Ausfallrisiko kann durch den Einsatz von Abwicklungshäusern und die Verwendung von Sicherheiten in den meisten Fällen minimiert werden.

30.6.2020 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
OTC-Produkte	228.094	2.655	-2.652
Zinssatzverträge	174.695	1.934	-1.683
Eigenkapitalverträge	3.316	77	-357
Wechselkurs- und Goldverträge	50.083	643	-612
Börsengehandelte Produkte	2.228	67	-48
Zinssatzverträge	96	0	0
Eigenkapitalverträge	901	53	-47
Wechselkurs- und Goldverträge	1.231	15	-2
Sonstiges - Kreditverträge, Waretermingeschäfte und andere Verträge	2.608	13	-100
Gesamt	232.929	2.735	-2.801

31.12.2019 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
OTC-Produkte	220.664	2.258	-2.089
Zinssatzverträge	164.571	1.639	-1.336
Eigenkapitalverträge	3.572	156	-170
Wechselkurs- und Goldverträge	52.521	464	-584
Börsengehandelte Produkte	3.127	26	-23
Zinssatzverträge	206	0	0
Eigenkapitalverträge	1.549	24	-15
Wechselkurs- und Goldverträge	1.371	2	-7
Sonstiges - Kreditverträge, Waretermingeschäfte und andere Verträge	2.286	12	-104
Gesamt	226.077	2.297	-2.216

(35) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo aus finanziellen Vermögenswerten, die keiner Wertminderung unterliegen, sowie aus finanziellen Vermögenswerten, die einer Wertminderung unterliegen, und leitet diese zu den nicht zu Handelszwecken gehaltenen Forderungen über, die die Grundlage für die nachstehenden Angaben zu Sicherheiten bilden:

in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Der Wertminderung nicht unterliegend	Der Wertminderung unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
30.6.2020			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	118.882	105.241
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	5.032	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	807	0	380
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	941	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	4.476	0	0
Bilanzposten	6.224	123.914	105.621
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	43.892	43.892
Gesamt	6.224	167.805	149.512

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Der Wertminderung nicht unterliegend	Der Wertminderung unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
31.12.2019			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	112.607	102.626
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	4.555	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	775	0	327
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	2.276	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	3.756	0	0
Bilanzposten	6.806	117.162	102.953
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	46.342	46.342
Gesamt	6.806	163.505	149.295

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahrensweisen an, deren häufigste die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Die Zulässigkeit von Sicherheiten ist bei der RBI auf Konzernbasis geregelt, damit einheitliche Standards für die Einschätzung von Sicherheiten gewährleistet sind. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Sicherheitenbewertung vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten im Allgemeinen nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert, und Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein.

Die Richtlinien der RBI für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, aber sie werden jährlich aktualisiert. In einigen Ländern haben die Regierungen Maßnahmen gesetzt, um die Kreditaufnahme von ansonsten finanziell gesunden Unternehmen und Haushalten sicherzustellen, die von der COVID-19-Pandemie betroffen sind. Staatliche Garantien aus COVID-19 sind in der Berechnung der erwarteten Kreditverluste für Kredite berücksichtigt, sobald das Gesetz inhaltlich in Kraft gesetzt wurde und es klar war, dass einzelne Kreditnehmer einen Anspruch auf diese Garantien haben.

Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheitenwerte auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt sind. Nachstehende Tabelle zeigt die Kredite und Forderungen der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost sowie der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income.

30.6.2020 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	5.205	165	5.040
Regierungen	1.621	655	966
Kreditinstitute	4.000	2.179	1.821
Sonstige Finanzunternehmen	11.367	5.435	5.932
Nicht-Finanzunternehmen	48.340	21.822	26.518
Haushalte	35.088	21.998	13.091
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	43.892	7.741	36.150
Gesamt	149.512	59.994	89.518

31.12.2019 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	4.602	172	4.430
Regierungen	1.199	531	668
Kreditinstitute	4.837	2.356	2.481
Sonstige Finanzunternehmen	9.887	4.813	5.073
Nicht-Finanzunternehmen	46.553	22.461	24.093
Haushalte	35.874	22.407	13.468
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	46.342	8.114	38.228
Gesamt	149.295	60.854	88.442

(36) Zukunftsorientierte Informationen

Die folgende Tabelle zeigt die Änderung der makroökonomischen Schätzungen für die Gesamtjahre 2020, 2021 und 2022 von einem Quartal zum nächsten in Prozentpunkten. Aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten hohen Unsicherheit werden die kurzfristigen negativen Schätzungen als angemessen und belastbar angesehen. Die langfristigen Schätzungen gehen von einer wirtschaftlichen Erholung aufgrund der wirtschaftlichen Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen auf nationaler und supranationaler Ebene aus. Die makroökonomischen Prognosen werden entweder direkt zur Berechnung der erwarteten Kreditverluste oder als Basis für Post-Model-Adjustments verwendet. Die Schätzungen basierten auf den zum Zeitpunkt der Berechnung der erwarteten Kreditverluste aktuellsten Informationen (Quelle: Raiffeisen Research). In der Folge sind die Annahmen für die wesentlichen Länder und Kennzahlen dargestellt.

Reales BIP	Szenario	Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
		Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	3,6%	-4,1%	-7,7 PP	4,2%	5,1%	0,9 PP	3,6%	3,8%	0,1 PP
	Basis	2,5%	-6,0%	-8,5 PP	2,9%	4,0%	1,1 PP	2,5%	3,0%	0,5 PP
	Pessimistisch	0,7%	-8,6%	-9,2 PP	0,7%	2,5%	1,7 PP	0,7%	2,0%	1,3 PP
Kroatien	Optimistisch	3,4%	-6,6%	-10,0 PP	2,9%	4,1%	1,3 PP	2,7%	3,3%	0,6 PP
	Basis	2,5%	-8,5%	-11,0 PP	1,8%	3,0%	1,2 PP	1,8%	2,5%	0,7 PP
	Pessimistisch	0,0%	-11,9%	-11,8 PP	-1,2%	1,0%	2,2 PP	-0,7%	1,2%	1,9 PP
Österreich	Optimistisch	1,3%	-6,2%	-7,5 PP	2,0%	6,5%	4,5 PP	1,7%	1,8%	0,1 PP
	Basis	0,8%	-7,2%	-8,0 PP	1,4%	5,9%	4,5 PP	1,2%	1,4%	0,2 PP
	Pessimistisch	-0,5%	-8,8%	-8,4 PP	-0,1%	4,9%	5,0 PP	-0,1%	0,7%	0,8 PP
Polen	Optimistisch	3,7%	-3,7%	-7,4 PP	3,6%	4,7%	1,0 PP	3,1%	2,2%	-0,9 PP
	Basis	3,3%	-4,5%	-7,8 PP	3,2%	4,2%	1,0 PP	2,7%	1,9%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,9%	-6,4%	-8,3 PP	1,5%	3,1%	1,5 PP	1,3%	1,1%	-0,2 PP
Russland	Optimistisch	3,1%	-2,8%	-5,9 PP	3,1%	4,0%	1,0 PP	2,8%	2,1%	-0,7 PP
	Basis	1,6%	-4,9%	-6,5 PP	1,3%	2,8%	1,5 PP	1,3%	1,3%	0,0 PP
	Pessimistisch	-1,3%	-9,3%	-8,0 PP	-2,2%	0,1%	2,3 PP	-1,6%	-0,5%	1,1 PP
Rumänien	Optimistisch	4,2%	-4,4%	-8,7 PP	3,5%	6,0%	2,6 PP	3,5%	4,5%	1,0 PP
	Basis	3,0%	-7,0%	-10,0 PP	2,0%	4,5%	2,5 PP	2,3%	3,5%	1,3 PP
	Pessimistisch	0,1%	-10,7%	-10,8 PP	-1,5%	2,3%	3,7 PP	-0,6%	2,0%	2,7 PP
Slowakei	Optimistisch	3,6%	-3,2%	-6,8 PP	4,4%	6,7%	2,3 PP	4,1%	3,6%	-0,4 PP
	Basis	2,0%	-6,0%	-8,0 PP	2,5%	5,0%	2,5 PP	2,5%	2,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,1%	-8,6%	-8,7 PP	0,2%	3,5%	3,3 PP	0,6%	1,5%	0,9 PP
Tschechien	Optimistisch	3,0%	-5,8%	-8,7 PP	2,9%	7,7%	4,8 PP	3,1%	3,7%	0,5 PP
	Basis	2,0%	-7,6%	-9,6 PP	1,8%	6,6%	4,8 PP	2,2%	2,9%	0,8 PP
	Pessimistisch	0,1%	-10,2%	-10,3 PP	-0,6%	5,0%	5,6 PP	0,2%	1,9%	1,7 PP
Ungarn	Optimistisch	3,3%	-2,4%	-5,7 PP	3,8%	5,7%	1,9 PP	4,1%	4,1%	0,0 PP
	Basis	2,8%	-3,5%	-6,3 PP	3,2%	5,0%	1,8 PP	3,6%	3,6%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,2%	-7,0%	-7,2 PP	0,1%	2,9%	2,8 PP	1,0%	2,2%	1,2 PP

Arbeitslosigkeit	Szenario	Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
		Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	2,7%	3,3%	0,5 PP	2,7%	3,4%	0,7 PP	4,2%	3,3%	-0,9 PP
	Basis	5,5%	7,5%	2,0 PP	6,0%	5,9%	-0,1 PP	7,0%	5,0%	-2,0 PP
	Pessimistisch	9,2%	12,9%	3,7 PP	10,4%	9,1%	-1,3 PP	10,7%	7,2%	-3,6 PP
Kroatien	Optimistisch	5,5%	9,6%	4,1 PP	5,0%	9,4%	4,4 PP	5,6%	7,6%	2,0 PP
	Basis	6,6%	11,8%	5,2 PP	6,3%	10,7%	4,4 PP	6,7%	8,5%	1,8 PP
	Pessimistisch	9,9%	16,1%	6,3 PP	10,2%	13,3%	3,1 PP	10,0%	10,2%	0,3 PP
Österreich	Optimistisch	4,5%	5,9%	1,4 PP	4,5%	5,3%	0,9 PP	4,9%	5,3%	0,4 PP
	Basis	4,8%	6,4%	1,6 PP	4,8%	5,6%	0,8 PP	5,2%	5,5%	0,3 PP
	Pessimistisch	5,4%	7,3%	1,9 PP	5,6%	6,2%	0,6 PP	5,8%	5,9%	0,0 PP
Polen	Optimistisch	4,0%	6,0%	1,9 PP	4,3%	6,1%	1,8 PP	4,8%	5,4%	0,6 PP
	Basis	5,7%	8,6%	2,9 PP	6,3%	7,7%	1,4 PP	6,5%	6,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	9,2%	13,7%	4,5 PP	10,5%	10,7%	0,2 PP	10,0%	8,5%	-1,5 PP
Russland	Optimistisch	3,5%	4,7%	1,2 PP	3,2%	4,0%	0,8 PP	3,4%	4,3%	0,9 PP
	Basis	4,7%	6,5%	1,8 PP	4,7%	5,1%	0,4 PP	4,6%	5,0%	0,4 PP
	Pessimistisch	6,2%	8,8%	2,6 PP	6,5%	6,5%	0,0 PP	6,1%	5,9%	-0,2 PP
Rumänien	Optimistisch	3,5%	5,4%	1,8 PP	3,9%	6,9%	2,9 PP	4,8%	5,4%	0,6 PP
	Basis	4,1%	6,2%	2,2 PP	4,6%	7,4%	2,8 PP	5,3%	5,7%	0,4 PP
	Pessimistisch	5,3%	8,0%	2,7 PP	6,1%	8,5%	2,4 PP	6,6%	6,4%	-0,1 PP
Slowakei	Optimistisch	2,7%	3,8%	1,1 PP	2,2%	4,1%	1,9 PP	2,2%	4,6%	2,3 PP
	Basis	5,1%	7,5%	2,5 PP	5,0%	6,3%	1,3 PP	4,5%	6,0%	1,5 PP
	Pessimistisch	8,3%	12,2%	3,8 PP	8,9%	9,1%	0,1 PP	7,8%	7,9%	0,1 PP
Tschechien	Optimistisch	2,3%	3,4%	1,1 PP	2,5%	4,9%	2,4 PP	3,0%	3,7%	0,8 PP
	Basis	3,1%	4,8%	1,7 PP	3,5%	5,7%	2,2 PP	3,8%	4,3%	0,5 PP
	Pessimistisch	4,7%	7,1%	2,3 PP	5,5%	7,1%	1,6 PP	5,4%	5,2%	-0,2 PP
Ungarn	Optimistisch	2,8%	4,8%	2,0 PP	2,7%	5,1%	2,3 PP	2,7%	4,6%	1,9 PP
	Basis	3,6%	6,2%	2,6 PP	3,7%	5,9%	2,2 PP	3,5%	5,2%	1,7 PP
	Pessimistisch	5,7%	9,1%	3,4 PP	6,2%	7,6%	1,4 PP	5,6%	6,4%	0,8 PP

Lifetime Bond Rate		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
		Q4 2019	Q2 2020	Verän- derung	Q4 2019	Q2 2020	Verän- derung	Q4 2019	Q2 2020	Verän- derung
Bulgarien	Optimistisch	0,1%	-0,5%	-0,7 PP	0,4%	0,2%	-0,3 PP	0,5%	0,7%	0,1 PP
	Basis	0,7%	0,0%	-0,7 PP	1,1%	0,5%	-0,6 PP	1,1%	0,9%	-0,2 PP
	Pessimistisch	2,9%	3,6%	0,7 PP	3,8%	2,7%	-1,1 PP	3,3%	2,4%	-1,0 PP
Kroatien	Optimistisch	0,0%	1,0%	1,0 PP	0,0%	0,9%	0,9 PP	0,7%	1,0%	0,3 PP
	Basis	0,4%	1,2%	0,8 PP	0,6%	1,1%	0,5 PP	1,1%	1,1%	0,0 PP
	Pessimistisch	2,2%	4,3%	2,1 PP	2,7%	2,9%	0,2 PP	2,9%	2,3%	-0,6 PP
Österreich	Optimistisch	-1,0%	-0,9%	0,1 PP	-0,7%	-0,5%	0,1 PP	0,1%	-0,3%	-0,4 PP
	Basis	-0,4%	-0,2%	0,2 PP	0,1%	-0,1%	-0,2 PP	0,8%	0,0%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,6%	2,7%	1,2 PP	2,4%	1,6%	-0,8 PP	2,7%	1,2%	-1,5 PP
Polen	Optimistisch	1,5%	1,1%	-0,4 PP	1,7%	1,4%	-0,3 PP	2,1%	2,2%	0,0 PP
	Basis	2,2%	1,7%	-0,5 PP	2,5%	1,7%	-0,8 PP	2,8%	2,4%	-0,4 PP
	Pessimistisch	3,7%	4,4%	0,7 PP	4,4%	3,4%	-1,0 PP	4,4%	3,5%	-0,9 PP
Russland	Optimistisch	5,8%	4,8%	-0,9 PP	5,7%	5,4%	-0,2 PP	6,1%	5,5%	-0,6 PP
	Basis	6,9%	6,4%	-0,5 PP	7,0%	6,4%	-0,7 PP	7,3%	6,1%	-1,1 PP
	Pessimistisch	9,4%	10,3%	0,9 PP	10,0%	8,7%	-1,3 PP	9,7%	7,7%	-2,1 PP
Rumänien	Optimistisch	2,8%	2,9%	0,0 PP	2,7%	3,4%	0,7 PP	2,9%	3,8%	1,0 PP
	Basis	4,3%	5,0%	0,7 PP	4,5%	4,7%	0,2 PP	4,3%	4,7%	0,4 PP
	Pessimistisch	5,3%	6,6%	1,3 PP	5,7%	5,6%	-0,1 PP	5,3%	5,3%	0,0 PP
Slowakei	Optimistisch	-0,8%	-0,4%	0,4 PP	-0,5%	-0,3%	0,2 PP	0,3%	-0,1%	-0,3 PP
	Basis	-0,1%	0,3%	0,4 PP	0,3%	0,1%	-0,2 PP	1,0%	0,2%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,7%	3,4%	1,7 PP	2,5%	2,0%	-0,5 PP	2,8%	1,5%	-1,4 PP
Tschechien	Optimistisch	-0,1%	-0,4%	-0,3 PP	0,0%	-0,2%	-0,2 PP	0,8%	0,3%	-0,4 PP
	Basis	1,0%	1,0%	0,0 PP	1,3%	0,7%	-0,6 PP	1,8%	0,9%	-1,0 PP
	Pessimistisch	2,8%	3,9%	1,1 PP	3,4%	2,4%	-1,0 PP	3,6%	2,0%	-1,6 PP
Ungarn	Optimistisch	1,9%	2,0%	0,1 PP	1,8%	2,2%	0,4 PP	2,3%	2,5%	0,2 PP
	Basis	2,6%	2,7%	0,1 PP	2,7%	2,7%	0,0 PP	3,0%	2,8%	-0,2 PP
	Pessimistisch	5,1%	6,7%	1,7 PP	5,6%	5,1%	-0,5 PP	5,5%	4,4%	-1,1 PP

Immobilienpreise		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
		Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung	Q4 2019	Q2 2020	Veränderung
Szenario										
Bulgarien	Optimistisch	9,1%	9,7%	0,7 PP	9,5%	10,0%	0,6 PP	6,6%	6,2%	-0,4 PP
	Basis	5,2%	1,0%	-4,2 PP	4,8%	4,8%	0,0 PP	2,7%	2,7%	0,0 PP
	Pessimistisch	1,3%	-6,8%	-8,1 PP	0,1%	0,1%	0,0 PP	-1,2%	-0,4%	0,8 PP
Kroatien	Optimistisch	14,0%	7,3%	-6,7 PP	13,5%	7,4%	-6,2 PP	9,5%	3,8%	-5,7 PP
	Basis	6,2%	2,0%	-4,2 PP	4,2%	4,2%	0,0 PP	1,7%	1,7%	0,0 PP
	Pessimistisch	-1,6%	-2,7%	-1,1 PP	-5,1%	1,4%	6,5 PP	-6,1%	-0,2%	5,9 PP
Österreich	Optimistisch	5,3%	3,1%	-2,2 PP	5,2%	2,7%	-2,5 PP	4,3%	2,0%	-2,3 PP
	Basis	2,2%	1,0%	-1,2 PP	1,4%	1,4%	0,0 PP	1,2%	1,2%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,9%	-0,9%	0,1 PP	-2,4%	0,3%	2,6 PP	-1,9%	0,4%	2,4 PP
Polen	Optimistisch	6,0%	4,3%	-1,7 PP	5,5%	2,9%	-2,7 PP	4,9%	2,4%	-2,5 PP
	Basis	2,6%	2,0%	-0,6 PP	1,5%	1,5%	0,0 PP	1,5%	1,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,8%	0,0%	0,7 PP	-2,5%	0,3%	2,8 PP	-1,9%	0,7%	2,6 PP
Russland	Optimistisch	7,8%	7,4%	-0,4 PP	7,9%	6,8%	-1,1 PP	5,4%	4,0%	-1,5 PP
	Basis	4,2%	2,0%	-2,2 PP	3,5%	3,5%	0,0 PP	1,8%	1,8%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,6%	-3,4%	-4,0 PP	-0,9%	0,2%	1,1 PP	-1,8%	-0,4%	1,5 PP
Rumänien	Optimistisch	6,4%	5,2%	-1,2 PP	6,5%	5,3%	-1,2 PP	5,5%	4,1%	-1,4 PP
	Basis	3,3%	1,0%	-2,3 PP	2,8%	2,8%	0,0 PP	2,4%	2,4%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,2%	-2,7%	-2,9 PP	-0,9%	0,6%	1,5 PP	-0,7%	0,9%	1,6 PP
Slowakei	Optimistisch	7,0%	9,0%	2,0 PP	6,8%	7,4%	0,6 PP	5,8%	5,4%	-0,4 PP
	Basis	3,0%	0,0%	-3,0 PP	2,0%	2,0%	0,0 PP	1,8%	1,8%	0,0 PP
	Pessimistisch	-2,3%	-8,0%	-5,7 PP	-4,4%	-2,8%	1,6 PP	-3,5%	-1,4%	2,1 PP
Tschechien	Optimistisch	8,1%	4,3%	-3,9 PP	6,7%	5,8%	-0,9 PP	4,6%	3,5%	-1,1 PP
	Basis	5,7%	1,0%	-4,7 PP	3,8%	3,8%	0,0 PP	2,2%	2,2%	0,0 PP
	Pessimistisch	2,3%	-1,9%	-4,2 PP	-0,2%	2,1%	2,3 PP	-1,2%	1,0%	2,2 PP
Ungarn	Optimistisch	7,5%	6,1%	-1,4 PP	8,0%	6,6%	-1,5 PP	6,7%	4,9%	-1,7 PP
	Basis	3,7%	1,0%	-2,7 PP	3,5%	3,5%	0,0 PP	2,9%	2,9%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,1%	-3,5%	-3,5 PP	-1,0%	0,8%	1,8 PP	-0,9%	1,1%	2,0 PP

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Optimistisches Szenario 25 Prozent, Basiszenario 50 Prozent, pessimistisches Szenario 25 Prozent.

Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) und kollektives Staging

Nachträgliche Modellanpassungen an Schätzungen der erwarteten Kreditverluste werden durchgeführt, wenn die bestehenden Inputparameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen oder Neusegmentierungen des Portfolios vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet, entwickeln. Beispiele dafür sind das Auftreten neuer makroökonomischer, mikroökonomischer oder politischer Ereignisse zusammen mit erwarteten Parameter- und Modelländerungen oder Daten, welche nicht in den aktuellen Parametern, internen Ratingmigrationen oder zukunftsorientierten Informationen berücksichtigt sind. Generell stellen nachträgliche Modellanpassungen in der RBI nur eine Interimslösung dar. Um potenzielle Verzerrungen durch Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) zu vermeiden, sind diese temporär und nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Alle materiellen Anpassungen werden durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Aus buchhalterischer Sicht basieren alle Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) auf einer kollektiven Bewertung, führen aber nicht zwangsläufig zu einer Verschiebung der erwarteten Kreditverluste zwischen den einzelnen Stages.

Aufgrund der hohen Komplexität der ECL-Berechnungen (Expected Credit Loss Calculation) und der wechselseitigen Abhängigkeit der Variablen stellt die nachfolgende Tabelle die bestmögliche Schätzung der Post-Model-Adjustments-Beträge dar, die in den kumulierten ECL-Beträgen für Stage 1 und 2 (Bilanzposten und außerbilanzielle Posten) beinhaltet sind.

30.6.2020 in € Millionen	Modellierter ECL	Post-Model-Adjustments						Gesamt
		COVID-19-bezogen		Sonstige		Gesamt		
Zentralbanken	0	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0
Regierungen	10	0	0,0%	0	-0,8%	0	-0,8%	10
Kreditinstitute	1	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1
Sonstige Finanzunternehmen	28	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	28
Nicht-Finanzunternehmen	276	45	16,1%	45	16,5%	90	32,6%	366
Haushalte	324	46	14,1%	20	6,2%	66	20,3%	389
Gesamt	639	90	14,1%	65	10,2%	156	24,3%	794

Die Post-Model-Adjustments resultierten in zusätzlichen Stage 1 und 2 Wertminderungen von € 156 Millionen (31.12.2019: € 93 Millionen), wovon € 90 Millionen auf COVID-19 zurückzuführen sind.

Die COVID-19 bezogenen Post-Model-Adjustments stammten von der kollektiven Auswirkung auf Tourismus und den zugehörigen Branchen sowie Automobilindustrie, Flugreisen, Öl und Gas, Immobilien und einigen Konsumgüterindustrien, als Ergebnis eines Nachfrageschocks, Störungen der Lieferketten und Maßnahmen zu Eindämmung der Krise. Die Anpassungen waren notwendig, da die Modelle die Geschwindigkeit der Veränderungen und die Tiefe der wirtschaftlichen Auswirkungen des Virus nicht vollständig erfassen. Somit könnte es einige Zeit dauern, bis sich ein vollständiges Bild der Auswirkungen von COVID-19 und der nachfolgenden Maßnahmen auf der Ebene der einzelnen Kunden ergibt. Die damit verbundenen Post-Model-Adjustments beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen erwarteten signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre anschließende Übertragung von Stage 1 auf Stage 2.

Aufgrund der reduzierten Fähigkeiten der Makro-Modelle mit drastisch geänderten Prognosen im Vergleich zu den Zeiten vor COVID-19 umzugehen, d.h. Prognosen mit einem drastischen Rückgang und einer anschließenden Erholung, sind für das Kreditobligo im Privatkundengeschäft Post-Model-Adjustments erforderlich. Die jeweiligen makroökonomischen Modelle konnten zumeist die Erholungsphase der Prognose einfangen, jedoch nicht vollständig den zu berücksichtigten vorhergehenden Trend des wirtschaftlichen Abschwungs. Dies führte zusammen mit den Auswirkungen der öffentlichen und privaten Moratorien auf die Verhaltensdaten, die für die Bestimmung des Kreditratings verwendet werden, zu der Schlussfolgerung, dass der derzeitige IFRS-9-Modellaufbau nicht die Tiefe und Geschwindigkeit hat, um die geänderten Wirtschaftsprognosen zu den Verlusterwartungen vollständig widerzuspiegeln. Die damit verbundenen Post-Model-Adjustments beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen erwarteten signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre anschließende Übertragung von Stage 1 auf Stage 2. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basierten vorwiegend auf den oben angeführten Branchen (für KMU) und Beschäftigungsbranchen (für Haushalte) und wurden, soweit relevant, mit Informationen zur Anwendung der spezifischen Moratorium-Maßnahmen weiter verfeinert.

Der Großteil der sonstigen Post-Model-Adjustments war auf die Berücksichtigung von russischen Unternehmensrisiken zur Abdeckung möglicher Verluste im Zusammenhang mit potenziellen künftigen Sanktionen zurückzuführen. Es beinhaltet auch leicht höhere erwartete Ausfälle bei Hypothekarkrediten aufgrund von staatlich auferlegten Zinsklauseln für Privatkunden in Tschechien, sowie weitere Modellanpassungen für Kroatien aufgrund veränderter Markterwartungen bezüglich des Verschuldungsgrads.

Sensitivitätsanalyse

Die wichtigsten Annahmen, die sich auf die Sensitivität der erwarteten Wertminderungen auswirken, lauten wie folgt:

- Bruttoinlandsprodukt (alle Portfolios)
- Arbeitslosenquote (alle Portfolios)
- Langfristiger Zinssatz für Staatsanleihen (insbesondere Non-Retail-Portfolios)
- Immobilienpreise (insbesondere Retail-Portfolios)

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Die optimistischen und pessimistischen Szenarien spiegeln keine Extremfälle wider, sondern den Durchschnitt der Szenarien, die in diesen Fällen verteilt werden. Diese Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.6.2020 in € Millionen	30.6.2020 (25/50/25%)	100% Optimistisch	100% Basis	100% Pessimistisch
Österreich	134	122	129	150
Russland	112	95	107	138
Rumänien	94	81	92	113
Tschechien	76	72	75	81
Slowakei	67	59	66	79
Polen	66	64	66	70
Kroatien	48	43	45	58
Bulgarien	46	42	45	53
Ungarn	40	37	39	45
Andere	112	95	106	140
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	794	708	769	925

31.12.2019 in € Millionen	31.12.2019 (25/50/25%)	100% Optimistisch	100% Basis	100% Pessimistisch
Österreich	103	93	99	112
Russland	102	86	101	119
Rumänien	71	61	72	81
Tschechien	58	52	55	68
Slowakei	48	41	47	56
Polen	50	46	49	54
Kroatien	38	35	39	38
Bulgarien	28	26	28	33
Ungarn	26	22	26	30
Andere	77	66	76	90
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	601	528	592	681

(37) Kreditrisikovolumen nach Stages

Das Kreditportfolio der RBI ist diversifiziert und berücksichtigt die Art des Kunden, die geografische Region und die Industrie. Einzelkonzentrationen werden durch Limits und regelmäßige Berichterstattung aktiv gesteuert (auf Basis des Konzepts von Gruppen zusammenhängender Kunden). Daraus ergibt sich eine hohe Granularität des Portfolios. In der folgenden Tabelle sind die finanziellen Vermögenswerte - Amortized Cost auf Basis der jeweiligen Gegenparteien und Stages ersichtlich. Dabei lag der Fokus der RBI auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und der Haushalte:

30.6.2020 in € Millionen	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	5.649	17	0	0	0	0	0,0%	0,3%	-
Regierungen	11.236	813	2	-6	-1	-2	0,0%	0,1%	98,4%
Kreditinstitute	5.691	178	2	0	0	-2	0,0%	0,1%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	10.276	1.661	58	-6	-19	-27	0,1%	1,1%	47,2%
Nicht-Finanzunternehmen	29.658	17.117	1.669	-75	-220	-1.026	0,3%	1,3%	61,5%
Haushalte	25.443	8.291	1.122	-73	-303	-793	0,3%	3,6%	70,7%
davon Hypothekar	13.405	4.313	365	-15	-122	-223	0,1%	2,8%	61,2%
Gesamt	87.952	28.078	2.853	-161	-543	-1.851	0,2%	1,9%	64,9%

31.12.2019 in € Millionen	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	6.095	4	0	0	0	0	0,0%	0,0%	-
Regierungen	7.229	419	2	-2	-2	-2	0,0%	0,5%	98,6%
Kreditinstitute	5.873	57	4	0	0	-4	0,0%	0,1%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	9.324	1.009	64	-7	-7	-33	0,1%	0,7%	51,3%
Nicht-Finanzunternehmen	40.319	4.827	1.700	-87	-99	-996	0,2%	2,1%	58,6%
Haushalte	28.400	6.188	1.094	-86	-233	-763	0,3%	3,8%	69,8%
davon Hypothekar	13.984	3.823	437	-17	-109	-276	0,1%	2,8%	63,3%
Gesamt	97.240	12.504	2.864	-183	-342	-1.798	0,2%	2,7%	62,8%

In der nachfolgenden Tabelle werden die Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen nach Gegenparteien und Stages dargestellt. Dabei lag der Fokus der RBI auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen:

30.6.2020 in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,2%	-	-
Regierungen	364	9	0	0	0	0	-	0,1%	-
Kreditinstitute	1.907	111	0	0	0	0	-	0,1%	-
Sonstige Finanzunternehmen	4.970	261	10	-2	-2	-1	0,0%	-	5,1%
Nicht-Finanzunternehmen	23.416	7.887	230	-28	-42	-48	0,1%	0,5%	20,8%
Haushalte	3.628	1.089	9	-7	-6	-7	0,2%	0,6%	74,1%
Gesamt	34.285	9.357	250	-37	-50	-55	0,1%	0,5%	22,2%

31.12.2019	Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9						ECL Coverage Ratio		
	Nominalwert								
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
in € Millionen									
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1%	–	–
Regierungen	369	18	0	0	0	0	0,0%	1,6%	–
Kreditinstitute	3.071	8	0	0	0	0	0,0%	0,1%	–
Sonstige Finanzunternehmen	4.068	215	9	-4	-1	-1	0,1%	0,3%	6,5%
Nicht-Finanzunternehmen	31.235	2.262	307	-32	-25	-79	0,1%	1,1%	25,8%
Haushalte	3.769	1.003	10	-7	-5	-7	0,2%	0,5%	70,5%
Gesamt	42.511	3.505	326	-44	-30	-87	0,1%	0,9%	26,6%

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte - Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

30.6.2020	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
	in € Millionen					
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-15.775	15.775	-53	312	0,3%	2,0%
Zentralbanken	-13	13	0	0	0,0%	0,0%
Regierungen	-175	175	0	0	0,0%	0,1%
Kreditinstitute	-69	69	0	0	0,0%	0,1%
Sonstige Finanzunternehmen	-643	643	-1	8	0,2%	1,2%
Nicht-Finanzunternehmen	-10.446	10.446	-29	118	0,3%	1,1%
Haushalte	-4.429	4.429	-23	186	0,5%	4,2%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust	2.753	-2.753	9	-65	0,3%	2,4%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	259	-259	1	-2	0,3%	0,6%
Kreditinstitute	23	-23	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	98	-98	0	0	0,0%	0,2%
Nicht-Finanzunternehmen	833	-833	3	-11	0,4%	1,3%
Haushalte	1.540	-1.540	5	-52	0,3%	3,4%

Der Anstieg der Wertminderungen im ersten Halbjahr 2020 aus der Bewegung von erwarteten zwölfmonatigen Kreditverlusten zu Lifetime betrug € 258 Millionen (1.1.-31.12.2019: € 270 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen im ersten Halbjahr 2020 aus der Bewegung von Lifetime zu erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlusten betrug € 56 Millionen (1.1.-31.12.2019: € 102 Millionen).

Nach IFRS 9 müssen Emittenten zu jedem Bilanzstichtag beurteilen, ob das Kreditrisiko eines Finanzinstruments seit seiner erstmaligen Erfassung signifikant gestiegen ist. Aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 auf den Weltmärkten wurden und werden von den nationalen Regierungen eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Übertragung des Virus zu verhindern, sowie

wirtschaftliche Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen des Ausbruchs zu bewältigen. Diese Hilfsmaßnahmen umfassen Moratorien für die Rückzahlung von Krediten, Überziehungskrediten und Hypotheken, Kreditbürgschaften sowie andere Formen der Unterstützung für einzelne Unternehmen oder bestimmte Branchen. Für die Zwecke der Beurteilung wird nicht automatisch davon ausgegangen, dass diese Maßnahmen zu einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos führen, da die bestehenden Kriterien als robust angesehen werden, um auf eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos hinzuweisen. Darüber hinaus ist die 30 Tage überfällige widerlegbare Vermutung nicht widerlegt worden. Die bestehenden Kriterien für die Einschätzung sind im Geschäftsbericht 2019 ersichtlich.

31.12.2019	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
in € Millionen						
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-4.454	4.454	-32	301	0,7%	6,8%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	-86	86	0	2	0,4%	2,4%
Kreditinstitute	-10	10	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	-138	138	0	1	0,0%	0,5%
Nicht-Finanzunternehmen	-1.690	1.690	-8	66	0,4%	3,9%
Haushalte	-2.530	2.530	-24	232	0,9%	9,2%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats- Verlust	3.249	-3.249	44	-146	1,3%	4,5%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	175	-175	0	0	0,0%	0,1%
Kreditinstitute	159	-159	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	206	-206	0	0	0,0%	0,2%
Nicht-Finanzunternehmen	1.095	-1.095	8	-27	0,8%	2,5%
Haushalte	1.613	-1.613	35	-118	2,2%	7,3%

(38) Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2020	184	343	1.798	2.325
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	39	26	30	95
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-14	-23	-95	-133
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-40	208	225	392
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	2	2
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	-56	-56
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	2	-3	-2
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-6	-11	-48	-65
Stand 30.6.2020	163	543	1.851	2.557

Die Veränderung in der Berichtsperiode belief sich auf € 232 Millionen. Dies lag vorwiegend an Migrationen zwischen Stage 1 und Stage 2 sowie an zusätzlichen Nettodotierungen in Stage 3.

Die Wertminderungen sind im Wesentlichen der Stage 2 und Stage 3 zuzuordnen und resultieren aus oben genannten Gründen vor allem aus Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Zentral- und Südosteuropa.

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2019	171	333	1.986	2.490
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	49	21	36	106
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-16	-28	-182	-227
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-28	15	123	99
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	3	3
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-1	-111	-112
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	14	14
Wechselkurse und andere	4	7	23	34
Stand 30.6.2019	179	347	1.892	2.417

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2020	44	30	87	161
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	15	7	4	26
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-6	-3	-18	-27
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-13	17	-15	-11
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	0	0
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-3	-1	-2	-7
Stand 30.6.2020	37	50	55	143

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2019	37	32	57	126
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	16	4	2	21
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-7	-3	-9	-19
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-10	-3	21	9
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	0	0
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	2	1	0	3
Stand 30.6.2019	37	31	71	139

Wertminderungen und Rückstellungen nach Asset-Klassen:

30.6.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Forderungen und Schuldverschreibungen	163	543	1.851	2.557
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	8	2	2	12
Kreditinstitute	0	0	2	3
Sonstige Finanzunternehmen	6	19	27	52
Nicht-Finanzunternehmen	75	220	1.026	1.322
Haushalte	73	303	793	1.169
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	37	50	55	143
Gesamt	201	594	1.906	2.700

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Forderungen und Schuldverschreibungen	184	343	1.798	2.325
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	3	3	2	8
Kreditinstitute	0	0	4	4
Sonstige Finanzunternehmen	7	7	33	47
Nicht-Finanzunternehmen	87	99	996	1.183
Haushalte	86	233	763	1.082
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	44	30	87	161
Gesamt	228	373	1.885	2.485

(39) Überfälligkeiten

Überfällige Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien Amortized Cost und Fair Value Through Other Comprehensive Income:

30.6.2020	Buchwert								
	Überfällige Vermögenswerte ohne wesentliche Erhöhung im Kreditrisiko seit erstmaliger Erfassung (Stage 1)			Überfällige Vermögenswerte mit wesentlicher Erhöhung im Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert (Stage 2)			Wertgeminderte überfällige Vermögenswerte (Stage 3)		
	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage
in € Millionen									
Regierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	11	0	0	1	0	0	0	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	307	1	1	266	121	42	26	33	191
Haushalte	290	6	2	222	80	7	27	25	155
Gesamt	608	6	3	489	201	49	53	58	345

Die in Stage 1 und Stage 2 ausgewiesenen, über 90 Tage überfälligen Vermögenswerte resultierten aus Forderungen und Schuldverschreibungen, die gemäß CRR 178 als unwesentlich angesehen und damit weiterhin als nicht notleidendes Obligo klassifiziert wurden. Die überfälligen Kredite sind seit Jahresende zurückgegangen, da im Berichtsjahr mehrere Nicht-Finanzunternehmen, insbesondere in der Konzernzentrale, in Tschechien und der Ukraine, fällige Zahlungen wieder bedient haben und für die von den Moratorien begünstigten Kunden die Zahlung der Überfälligkeitstage zurückgesetzt wurde.

31.12.2019	Buchwert								
	Überfällige Vermögenswerte ohne wesentliche Erhöhung im Kreditrisiko seit erstmaliger Erfassung (Stage 1)			Überfällige Vermögenswerte mit wesentlicher Erhöhung im Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert (Stage 2)			Wertgeminderte überfällige Vermögenswerte (Stage 3)		
	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage
in € Millionen									
Regierungen	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	689	15	1	114	68	0	37	17	181
Haushalte	380	7	0	405	83	2	37	35	147
Gesamt	1.072	22	1	521	152	3	73	53	329

(40) Modifizierte Vermögenswerte

Änderungen der vertraglichen Zahlungsströme von finanziellen Vermögenswerten werden sowohl nach qualitativen als auch quantitativen Kriterien dahingehend untersucht, ob es sich um wesentliche oder unwesentliche Modifikationen handelt.

Wesentliche Modifikationen führen zur Ausbuchung des bestehenden Vermögenswerts und Erfassung eines neuen Finanzinstruments (inklusive neuer Klassifizierung und neuer Stufenzuordnung für die Wertminderungslogik). Unwesentliche Modifikationen führen nicht zu einer Ausbuchung, sondern zu einer erfolgswirksamen Anpassung des Bruttobuchwerts.

Die Entwicklung seit Jahresbeginn von minus € 2 Millionen auf minus € 23 Millionen ist hauptsächlich auf die Einführung von COVID-19-Maßnahmen in Ländern, wo die RBI tätig ist, ab Ende März 2020 zurückzuführen. Aus der Tatsache, dass aus gesetzlich vorgeschriebenen Moratorien nicht bezahlte Zinsen keine Zinseszinsen generieren dürfen, ergaben sich Reduktionen beim Bruttobuchwert der betroffenen Kredite, die Netto-Modifikationsverluste verursachten.

Der Anteil der Modifikationsverluste, die mit COVID-19-Maßnahmen zusammenhängen, beträgt minus € 16 Millionen.

30.6.2020 in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-12	-9	-2	-23
Bruttobuchwert vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	2.786	2.936	168	5.890
Bruttobuchwert der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	–	148	2	150

31.12.2019 in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-3	0	1	-2
Bruttobuchwert vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.832	171	52	2.055
Bruttobuchwert der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	–	21	0	21

(41) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden

In den nachstehenden Tabellen sind finanzielle Vermögenswerte und Schulden dargestellt, die in der Konzernbilanz saldiert werden oder einer durchsetzbaren/undurchsetzbaren Aufrechnungsrahmen- oder einer vergleichbaren Vereinbarung für ähnliche Finanzinstrumente unterliegen, ungeachtet dessen, ob sie in der Bilanz saldiert werden oder nicht.

Unter vergleichbaren Vereinbarungen sind unter anderem Derivat-Clearingverträge sowie globale Rahmenverträge über einen Rückkauf oder Wertpapierleihgeschäfte zu verstehen. Ähnliche Finanzinstrumente sind z. B. Derivate, Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte sowie Wertpapierverleih- und -leihgeschäfte.

Einige dieser Vereinbarungen werden in der Bilanz nicht saldiert, weil den jeweiligen Vertragspartnern ein Recht zur Aufrechnung von erfassten Beträgen eingeräumt wird, das nur bei Eintritt eines Ereignisses, das einen Verzug darstellt, der Insolvenz oder des Konkurses des Konzerns oder der Vertragspartner oder von anderen, vorab festgelegten Ereignissen durchsetzbar ist. Darüber hinaus beabsichtigen der Konzern und seine Vertragspartner nicht, auf Nettobasis abzurechnen oder die Vermögenswerte zu realisieren und zeitgleich die Schulden zu tilgen. Der Konzern erhält und stellt Sicherheiten in Form von liquiden Mitteln und marktgängigen Wertpapieren.

30.6.2020	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
	in € Millionen					
Derivate (durchsetzbar)	5.101	2.685	2.416	1.506	111	798
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	14.850	0	14.850	14.751	0	99
Gesamt	19.951	2.685	17.266	16.257	111	898

30.6.2020	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
	in € Millionen					
Derivate (durchsetzbar)	5.225	2.685	2.541	1.416	330	795
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	3.077	0	3.077	3.055	0	23
Gesamt	8.303	2.685	5.618	4.471	330	817

31.12.2019	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
in € Millionen						
Derivate (durchsetzbar)	3.963	1.866	2.096	1.247	139	711
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	11.142	0	11.142	11.100	0	42
Gesamt	15.105	1.866	13.239	12.347	139	753

31.12.2019	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
in € Millionen						
Derivate (durchsetzbar)	3.891	1.866	2.025	1.153	148	724
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	795	0	795	780	0	15
Gesamt	4.687	1.866	2.820	1.933	148	740

Die RBI hat nicht emittierte Pfandbriefe, für die ihre eigenen Darlehen verpfändet wurden. In Fällen, in denen diese nicht emittierten Pfandbriefe bei den Zentralbanken als Sicherheiten hinterlegt werden, werden diese Vermögenswerte nicht in der Tabelle der übertragenen Vermögenswerte ausgewiesen. Derzeit werden € 2,5 Milliarden dieser Anleihen als Sicherheit bei Zentralbanken verwendet.

(42) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.6.2020	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	in € Millionen	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	29	0	29	29	0	29
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	97	0	97	94	0	94
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	869	0	869	866	0	866
Gesamt	995	0	995	988	0	988

31.12.2019	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	in € Millionen	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	87	0	87	85	0	85
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	45	0	45	48	0	48
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	109	0	109	99	0	99
Gesamt	242	0	242	232	0	232

(43) Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.6.2020		31.12.2019	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	101	0	129	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	18	0	2	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	39	0	28	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	330	4	218	5
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	11.780	945	11.027	782
Gesamt	12.269	949	11.404	787

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	14.606	12.095
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	3.860	2.365

(44) Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse des Ausfallrisikos aus Derivatgeschäften, wovon die meisten OTC-Verträge sind. Das Ausfallrisiko kann durch den Einsatz von Abwicklungshäusern und die Verwendung von Sicherheiten in den meisten Fällen minimiert werden.

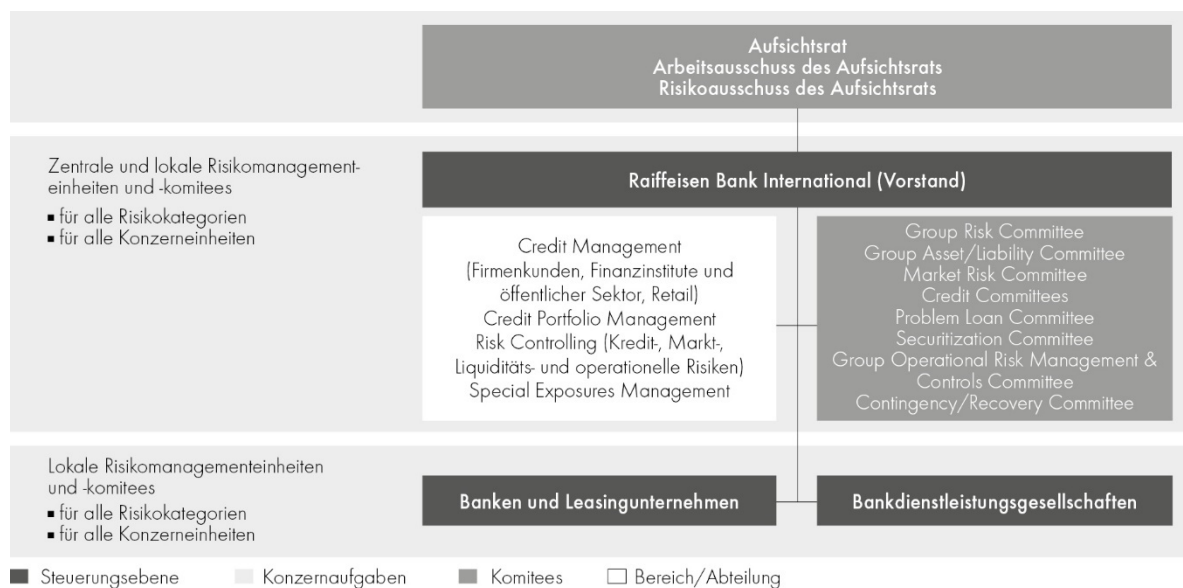
30.6.2020 in € Millionen	Nominalwert	Marktwerte	
		Positive	Negative
Handelsbuch	177.825	1.976	-2.200
Zinssatzverträge	125.184	1.268	-1.118
Eigenkapitalverträge	4.217	130	-404
Wechselkurs- und Goldverträge	46.014	567	-586
Kreditverträge	1.114	8	-9
Warentermingeschäfte	113	2	-2
Andere	1.183	1	-82
Bankbuch	25.952	419	-164
Zinssatzverträge	21.602	334	-133
Wechselkurs- und Goldverträge	4.152	83	-23
Kreditverträge	199	2	-8
Absicherungsinstrumente	29.153	339	-436
Zinssatzverträge	28.004	332	-431
Wechselkurs- und Goldverträge	1.148	8	-5
Gesamt	232.929	2.735	-2.801
OTC-Produkte	228.094	2.655	-2.652
Börsengehandelte Produkte	2.228	67	-48
31.12.2019			
in € Millionen	Nominalwert	Marktwerte	
		Positive	Negative
Handelsbuch	176.548	1.664	-1.655
Zinssatzverträge	121.992	1.041	-874
Eigenkapitalverträge	5.121	180	-185
Wechselkurs- und Goldverträge	47.327	431	-499
Kreditverträge	745	5	-11
Warentermingeschäfte	105	5	0
Andere	1.258	1	-86
Bankbuch	22.882	230	-279
Zinssatzverträge	16.674	203	-186
Eigenkapitalverträge	0	0	0
Wechselkurs- und Goldverträge	6.030	27	-85
Kreditverträge	179	0	-7
Absicherungsinstrumente	26.647	402	-282
Zinssatzverträge	26.111	394	-275
Wechselkurs- und Goldverträge	536	8	-7
Gesamt	226.077	2.297	-2.216
OTC-Produkte	220.664	2.258	-2.089
Börsengehandelte Produkte	3.127	26	-23

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für den RBI-Konzern eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2019, Seite 178 ff., verwiesen.

(45) Organisation des Risikomanagements



Ökonomische Perspektive - Ökonomischer Kapitalansatz

Für die Gesamtbanksteuerung bildet das ökonomische Kapital eine wichtige Grundlage. Es beschreibt das interne Kapitalerfordernis für alle wesentlichen Risikoarten auf Basis von vergleichbaren Modellen und ermöglicht so eine gesamthafte Darstellung des Risikoprofils des Konzerns. Es dient damit als wichtiges Instrument in der Konzernrisikosteuerung und wird für die risikoadjustierte Geschäftssteuerung und Performance-Messung herangezogen. Dabei wird der Ertrag einer Geschäftseinheit in Relation zu jenem ökonomischen Kapital gesetzt, das dieser Einheit zuzurechnen ist (Return on Risk Adjusted Capital, RORAC).

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kreditrisiko Firmenkunden	1.826	23,6%	1.749	24,8%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.635	21,1%	1.751	24,8%
Marktrisiko	1.086	14,0%	633	9,0%
Beteiligungsrisiko	649	8,4%	727	10,3%
Makroökonomisches Risiko	535	6,9%	557	7,9%
Operationelles Risiko	504	6,5%	454	6,4%
Währungsrisiko der Kapitalposition	431	5,6%	229	3,2%
Risiko sonstige Sachanlagen	274	3,5%	252	3,6%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	243	3,1%	210	3,0%
Kreditrisiko Kreditinstitute	168	2,2%	148	2,1%
CVA-Risiko	17	0,2%	18	0,3%
Liquiditätsrisiko	1	0,0%	0	0,0%
Risikopuffer	368	4,8%	336	4,8%
Gesamt	7.738	100,0%	7.065	100,0%

Der Anstieg des Marktrisikos und des Währungsrisikos der Kapitalposition im Vergleich zum Jahresende 2019 war vor allem auf die durch COVID-19 verursachte erhöhte Marktvolatilität zurückzuführen.

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Österreich	3.079	39,8%	2.822	39,9%
Osteuropa	1.721	22,2%	1.489	21,1%
Zentraleuropa	1.494	19,3%	1.318	18,7%
Südosteuropa	1.443	18,6%	1.436	20,3%
Restliche Welt	0	0,0%	0	0,0%
Gesamt	7.738	100,0%	7.065	100,0%

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals seit Jahresende 2019 ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Im Einklang mit der von der Europäischen Zentralbank herausgegebenen Richtlinie für den ICAAP wird mit Jahresende 2019 das Tier-2-Kapital nicht mehr für die Berechnung des internen Kapitals herangezogen.

(46) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum gesamten Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominimierung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens.

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	24.623	19.761
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	118.882	112.607
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	5.032	4.555
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	810	776
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	941	2.276
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	4.476	4.182
Hedge Accounting	339	397
Laufende Steuerforderungen	130	61
Latente Steuerforderungen	90	144
Sonstige Aktiva	800	1.028
Erteilte Kreditzusagen	33.391	35.136
Erteilte Finanzgarantien	7.384	7.909
Sonstige erteilte Zusagen	3.116	3.298
Ausweisunterschiede	-1.285	-3.046
Kreditobligo¹	198.730	189.084

¹ Bilanzposten enthalten nur Kreditrisikoanteile

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Ausfallwahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z. B. gute Kreditwürdigkeit 4 für Firmenkunden und Kreditinstitute und gute Bonität A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden und Kreditinstitute sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen vor. Die Ratingmodelle für den öffentlichen Sektor umfassen grundsätzlich zehn Bonitätsstufen, wobei österreichische Kunden mit 27 Bonitätsstufen die Ausnahme sind. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Firmenkunden	83.212	81.952
Projektfinanzierungen	7.323	7.212
Retail-Kunden	41.209	42.185
Kreditinstitute	26.472	21.978
Öffentlicher Sektor	40.514	35.757
Gesamt	198.730	189.084

Die RBI hat im Rahmen der Retail-Kunden (Privatpersonen, Klein- und Mittelbetriebe) die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Moratorien umgesetzt. Die Kundenratings, die sich im Moratorium befinden, wurden dementsprechend eingefroren. Für Non-Retail-Kunden, im speziellen für Firmenkunden, wurden derartige Regelungen (auch im Falle eines Moratoriums) nicht angewendet. Wenn es aus wirtschaftlicher und finanzieller Sicht notwendig war, wurden Ratingherabstufungen durchgeführt.

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
1 Minimales Risiko	5.110	6,1%	5.785	7,1%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	7.224	8,7%	11.877	14,5%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	19.231	23,1%	13.834	16,9%
4 Gute Kreditwürdigkeit	18.281	22,0%	13.037	15,9%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	14.850	17,8%	16.410	20,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	11.250	13,5%	14.511	17,7%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	3.901	4,7%	3.853	4,7%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	1.388	1,7%	766	0,9%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	277	0,3%	316	0,4%
10 Ausfall	1.422	1,7%	1.418	1,7%
NR Nicht geratet	278	0,3%	145	0,2%
Gesamt	83.212	100,0%	81.952	100,0%

Das Kreditobligo für Firmenkunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 1.260 Millionen auf € 83.212 Millionen zu.

Das Kreditobligo mit guter Kreditwürdigkeit bis hin zu minimalem Risiko erhöhte sich um € 5.313 Millionen, was einem Anteil von 59,9 Prozent (31.12.2019: 54,4 Prozent) entspricht.

Der Rückgang in Rating-Klasse 1 um € 675 Millionen auf € 5.110 Millionen resultierte aus einem Rückgang der Kreditfinanzierungen in Russland und Großbritannien sowie aus Ratingverschlechterungen österreichischer und niederländischer Firmenkunden zu Rating-Klasse 2. Kompensiert wurde der Rückgang durch einen Anstieg der Swap-Geschäfte in Großbritannien. Der Rückgang in Rating-Klasse 2 um € 4.653 Millionen auf € 7.224 Millionen war auf Rahmen-, Kreditfinanzierungen sowie auf gegebene Garantien zurückzuführen. Verantwortlich für diesen Rückgang war im Wesentlichen die Ratingverschlechterung österreichischer, deutscher, französischer und russischer Firmenkunden zu Rating-Klasse 3. Rating-Klasse 3 verzeichnete zudem einen Anstieg der Dokumentenakkreditive in der Schweiz und in Großbritannien sowie eine Zunahme der Repo-Geschäfte in Großbritannien. Der Anstieg in Rating-Klasse 4 um € 5.244 Millionen auf € 18.281 Millionen resultierte aus Kredit- und Rahmenfinanzierungen sowie aus Ratingverschlechterungen in Bulgarien, Ungarn und Russland von Rating-Klasse 3. Zudem verzeichneten russische, deutsche und österreichische Firmenkunden Ratingverbesserungen von Rating-Klasse 5. Der Rückgang in Rating-Klasse 6 um € 3.261 Millionen auf € 11.250 Millionen resultierte zum Großteil aus Ratingverschiebungen in Tschechien, Serbien, Österreich und Deutschland sowie aus einem Rückgang von Rahmen- und Kreditfinanzierungen. Zudem wirkte sich die Abwertung des russischen Rubels und

der ukrainischen Hryvna negativ aus. Die Ratingverschiebung deutscher Firmenkunden war hauptverantwortlich für den Anstieg in Rating-Klasse 8 um € 622 Millionen auf € 1.388 Millionen.

Für Projektfinanzierungen besteht ein fünfstufiges Rating-Modell, das sowohl die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit als auch die zur Verfügung stehenden Sicherheiten berücksichtigt. Die Zusammensetzung des Projektfinanzierungsvolumens stellt sich demnach wie folgt dar:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko	4.812	65,7%	5.367	74,4%
6,2 Gute Projektbonität - geringes Risiko	2.069	28,3%	1.310	18,2%
6,3 Ausreichende Projektbonität - mittleres Risiko	81	1,1%	91	1,3%
6,4 Schwache Projektbonität - hohes Risiko	64	0,9%	82	1,1%
6,5 Ausfall	298	4,1%	351	4,9%
NR Nicht geratet	0	0,0%	11	0,2%
Gesamt	7.323	100,0%	7.212	100,0%

Das Kreditobligo der unter Projektfinanzierung ausgewiesenen Forderungen verzeichnete zum 30. Juni 2020 einen Anstieg um € 111 Millionen auf € 7.323 Millionen. Hauptverantwortlich für die Ratingverschiebung von Rating-Klasse 6,1 zu 6,2 war die Einführung eines neuen Ratingmodells, welches sich vor allem auf tschechische, ungarische, polnische und serbische Kunden auswirkte. Die Verschiebung war nicht durch eine Ratingverschlechterung begründet. Zudem wirkte sich die Abwertung der tschechischen Krone, des ungarischen Forints und des polnischen Zloty negativ aus.

Den Hauptteil machten die Bonitätsstufen ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko und gute Projektbonität - geringes Risiko mit 94,0 Prozent (31.12.2019: 92,6 Prozent) aus. Dies war im Wesentlichen auf die hohe Gesamtbesicherung derartiger Spezialfinanzierungen zurückzuführen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Westeuropa	22.488	24,8%	21.642	24,3%
Zentraleuropa	19.701	21,8%	19.361	21,7%
Österreich	17.824	19,7%	16.711	18,7%
Osteuropa	14.726	16,3%	15.626	17,5%
Südosteuropa	12.850	14,2%	12.819	14,4%
Asien	1.130	1,2%	1.122	1,3%
Sonstige	1.816	2,0%	1.883	2,1%
Gesamt	90.535	100,0%	89.164	100,0%

Das Kreditobligo wies im Vergleich zum Jahresende 2019 mit € 90.535 Millionen einen Anstieg um € 1.371 Millionen auf. Der Anstieg in Westeuropa um € 846 Millionen auf € 22.488 Millionen resultierte aus Kreditfinanzierungen sowie aus Repo- und Swap-Geschäften. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch einen Rückgang der gegebenen Garantien. Österreich verzeichnete einen Anstieg um € 1.113 Millionen auf € 17.824 Millionen, welcher auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen war. Der Rückgang in Osteuropa um € 900 Millionen auf € 14.726 Millionen resultierte größtenteils aus der Abwertung des Belarus Rubels, des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Fertigung/Produktion	22.497	24,8%	22.502	25,2%
Groß- und Einzelhandel	19.967	22,1%	20.083	22,5%
Finanzintermediation	10.445	11,5%	9.775	11,0%
Immobilien	10.808	11,9%	9.858	11,1%
Bauwesen	5.735	6,3%	5.767	6,5%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	1.939	2,1%	2.047	2,3%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.569	3,9%	3.602	4,0%
Energieversorgung	3.375	3,7%	3.441	3,9%
Sonstige Branchen	12.199	13,5%	12.089	13,6%
Gesamt	90.535	100,0%	89.164	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	38.250	92,8%	38.990	92,4%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	2.959	7,2%	3.194	7,6%
Gesamt	41.209	100,0%	42.185	100,0%

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
0,5 Minimales Risiko	12.250	29,7%	12.314	29,2%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	6.667	16,2%	7.066	16,7%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	5.672	13,8%	6.159	14,6%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	4.662	11,3%	4.891	11,6%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	3.748	9,1%	3.287	7,8%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	1.946	4,7%	1.789	4,2%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	927	2,2%	927	2,2%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	453	1,1%	428	1,0%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	535	1,3%	382	0,9%
5,0 Ausfall	1.359	3,3%	1.353	3,2%
NR Nicht geratet	2.992	7,3%	3.588	8,5%
Gesamt	41.209	100,0%	42.185	100,0%

Da die Kundenratings, die sich im Moratorium befinden, eingefroren wurden, kam es zu geringen Ratingverschiebungen. Zum 30. Juni 2020 waren rund € 4 Milliarden (Summe genehmigter Moratorien) des Retail-Portfolios (Haushalte und Klein- und Mittelbetriebe) in einem Zahlungs-Moratorium, das die EBA-Vorgaben erfüllt. Das entspricht rund 10 Prozent des gesamten Retail-Portfolios. Es ist diesbezüglich auch zu beachten, dass es in einigen Ländern (Ungarn, Serbien) eine sogenannte Opt-Out-Regel gibt. Das bedeutet, dass Kunden auf eigenes Betreiben das Zahlungs-Moratorium ablehnen müssen. In den meisten Ländern besteht eine sogenannte Opt-In-Regel. Das bedeutet, dass Kunden das Zahlungs-Moratorium beantragen müssen. Des Weiteren gilt es zu

beachten, dass nach aktuellem Stand rund 85 Prozent der per 30. Juni 2020 genehmigten Moratorien im zweiten Halbjahr auslaufen. Eine gesetzliche Verlängerung ist zumindest in einigen Ländern möglich oder nicht ausgeschlossen.

Das Kreditobligo für Retail-Kunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 975 Millionen auf € 41.209 Millionen ab. Die Abwertung des russischen Rubels und der tschechischen Krone war hauptverantwortlich für den Rückgang.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.6.2020 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	17.925	9.844	5.329	5.153
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.387	761	412	399
Gesamt	19.312	10.605	5.741	5.551
davon notleidendes Obligo	568	490	226	40

31.12.2019 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	18.295	9.748	5.987	4.961
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.499	799	491	406
Gesamt	19.793	10.546	6.478	5.367
davon notleidendes Obligo	655	455	183	36

Volumenbedingte Anstiege von Hypothekarkrediten in Zentral- und Osteuropa wurden durch Währungsabwertungen (vor allem russischer Rubel und tschechische Krone) kompensiert, daher reduzierte sich das Kreditobligo in Zentraleuropa um € 481 Millionen und in Osteuropa um € 737 Millionen. Zudem sanken die Verbraucherkredite in Zentral- und Osteuropa aufgrund der Währungsabwertungen.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Hypothekarkredite	24.501	59,5%	24.502	58,1%
Verbraucherkredite	8.976	21,8%	9.627	22,8%
Kreditkarten	3.450	8,4%	3.566	8,5%
SME-Finanzierung	2.232	5,4%	2.290	5,4%
Überziehungen	1.558	3,8%	1.676	4,0%
Autokredite	491	1,2%	524	1,2%
Gesamt	41.209	100,0%	42.185	100,0%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Millionen		30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
1	Minimales Risiko	4.446	16,8%	3.484	15,9%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	7.421	28,0%	7.723	35,1%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	7.349	27,8%	7.742	35,2%
4	Gute Kreditwürdigkeit	5.593	21,1%	1.913	8,7%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	1.203	4,5%	658	3,0%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	304	1,1%	267	1,2%
7	Knappe Kreditwürdigkeit	118	0,4%	165	0,8%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	11	0,0%	9	0,0%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	18	0,1%	2	0,0%
10	Ausfall	4	0,0%	4	0,0%
NR	Nicht geratet	5	0,0%	12	0,1%
Gesamt		26.472	100,0%	21.978	100,0%

Das Kreditobligo betrug € 26.472 Millionen und wies damit gegenüber dem Jahresultimo 2019 einen Anstieg um € 4.494 Millionen auf.

Rating-Klasse 1 verzeichnete einen Anstieg um € 962 Millionen auf € 4.446 Millionen, hauptsächlich bedingt durch den Anleihenbestand und der Geldmarkt-Geschäfte internationaler Organisationen. Der Anstieg in Rating-Klasse 4 um € 3.680 Millionen auf € 5.593 Millionen resultierte aus einem Anstieg des Anleihenbestands sowie aus Repo- und Swap-Geschäften in Frankreich. Zudem stiegen die Repo-Geschäfte in Spanien und Deutschland sowie die Swap-Geschäfte in Deutschland. Verstärkt wurde der Anstieg in Rating-Klasse 4 durch Ratingverschlechterungen französischer, deutscher, spanischer und russischer Kreditinstitute von Rating-Klasse 3. Der Rückgang in Rating-Klasse 3 wurde sowohl durch Ratingverschlechterungen von Rating-Klasse 2 als auch durch eine Zunahme der Kredit- und Rahmenfinanzierungen in Österreich und Tschechien teilweise kompensiert. Die Ratingverschlechterung eines italienischen Kreditinstituts war hauptverantwortlich für den Anstieg in Rating-Klasse 5 um € 545 Millionen auf € 1.203 Millionen.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen		30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Repo		10.118	38,2%	7.353	33,5%
Kredite und Forderungen		5.468	20,7%	5.104	23,2%
Anleihen		3.689	13,9%	3.497	15,9%
Geldmarkt		3.090	11,7%	2.149	9,8%
Derivate		2.700	10,2%	2.466	11,2%
Sonstige		1.407	5,3%	1.409	6,4%
Gesamt		26.472	100,0%	21.978	100,0%

Der Anstieg der Repo-Geschäfte resultierte aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Der Anstieg der Kredite und Forderungen war auf Frankreich, Österreich und Tschechien zurückzuführen. Österreich und internationale Organisationen waren hauptverantwortlich für den Anstieg der Geldmarkt-Geschäfte.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen (LRG). Die Zuordnung von LRG-bezogenen Kunden zur jeweiligen internen Ratingkategorie basiert auf dem internen Ratingmodell des RBI Konzerns für LRG.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	1.129	2,8%	898	2,5%
A2 Sehr gute Bonität	16.279	40,2%	13.396	37,5%
A3 Gute Bonität	9.911	24,5%	8.302	23,2%
B1 Solide Bonität	763	1,9%	532	1,5%
B2 Zufriedenstellende Bonität	7.601	18,8%	7.826	21,9%
B3 Adäquate Bonität	2.478	6,1%	2.733	7,6%
B4 Fragliche Bonität	691	1,7%	665	1,9%
B5 Höchst fragliche Bonität	1.659	4,1%	1.392	3,9%
C Ausfallgefährdet	0	0,0%	3	0,0%
D Ausfall	2	0,0%	2	0,0%
NR Nicht geratet	1	0,0%	8	0,0%
Gesamt	40.514	100,0%	35.757	100,0%

Im Vergleich zum Jahresende 2019 stieg das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor um € 4.757 Millionen auf € 40.514 Millionen.

Rating-Klasse A2 verzeichnete einen Anstieg um € 2.883 Millionen auf € 16.279 Millionen, welcher auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank und den Anleihenbestand in Österreich, Deutschland und Frankreich zurückzuführen war. In Rating-Klasse A3 kam es zu einem Anstieg um € 1.609 Millionen auf € 9.911 Millionen. Dieser resultierte aus einem Anstieg des Anleihenbestands in Tschechien und der Slowakei sowie aus Ratingverbesserungen in Deutschland und Irland von Rating-Klasse B1. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch einen Rückgang der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank. In den Rating-Klassen B2 und B3 kam es zu diversen Ratingverschiebungen. Kroatien und Italien verzeichneten Ratingverschlechterungen von B2 zu B3, während sich das Rating von Ungarn von B3 zu B2 verbesserte. Das Rating von Spanien verbesserte sich von B2 zu B1 und der Anleihenbestand der russischen Zentralbank sank in Rating-Klasse B2.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kredite und Forderungen	17.906	44,2%	16.089	45,0%
Anleihen	16.867	41,6%	14.350	40,1%
Repo	3.722	9,2%	3.628	10,1%
Geldmarkt	1.859	4,6%	1.513	4,2%
Derivate	88	0,2%	57	0,2%
Sonstige	72	0,2%	121	0,3%
Gesamt	40.514	100,0%	35.757	100,0%

Die Produktgruppe Kredite und Forderungen verzeichnete einen Anstieg um € 1.817 Millionen auf € 17.906 Millionen, welcher im Wesentlichen auf die Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückzuführen war. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch Rückgänge der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank. In der Produktgruppe Anleihen kam es zu einem Anstieg in Frankreich, Österreich, Tschechien, Deutschland und der Slowakei um € 2.517 Millionen auf € 16.867 Millionen.

Rating-Klasse B4 und darunter wurde aufgrund einer Aktualisierung der Zuordnung zwischen internen und externen Ratings als Non Investment Grade definiert. Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating B4 und darunter):

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Ukraine	958	40,7%	696	33,7%
Albanien	662	28,1%	638	30,8%
Bosnien und Herzegowina	416	17,7%	396	19,1%
Belarus	223	9,5%	245	11,8%
Sonstige	94	4,0%	94	4,6%
Gesamt	2.353	100,0%	2.069	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade beruhte vor allem auf Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservevorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind.

Der Anstieg in der Ukraine war auf die Zunahme der Geldmarkt-Geschäfte zurückzuführen.

Notleidendes Exposure (NPE)

Seit November 2019 wendet die RBI vollständig die neue Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an. Die neue Ausfalldefinition führt zu Änderungen im IRB-Ansatz, welche Banken dazu zwingt, ihre Modelle anzupassen. Diese Anpassungen sind vor Implementierung von den zuständigen Aufsichtsbehörden zu genehmigen (delegierte Verordnung EU 529/2014). Die RBI arbeitet derzeit an diesen Modellanpassungen. Aufgrund des jüngsten COVID-19-Ausbruchs setzt die RBI auch die neueste EBA-Richtlinie (EBA/GL/2020/02) zu gesetzlichen und nichtlegislativen Moratorien in Zusammenhang mit COVID-19 für Kreditrückführungen um. Diese soll die Gruppeneinheiten bei der Bereitstellung der erforderlichen Entlastungsmaßnahmen für Kreditnehmer, bei der Minderung der potenziellen Auswirkungen auf das Volumen des notleidenden Obligos mit Restrukturierungsmaßnahmen, der ausgefallenen und notleidenden Kredite, sowie auf deren Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung unterstützen.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-Performing Exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019
Regierungen	2	2	0,1%	0,2%	98,6%	98,8%
Kreditinstitute	4	4	0,0%	0,0%	54,1%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	56	56	0,4%	0,5%	48,9%	58,7%
Nicht-Finanzunternehmen	1.700	1.734	3,7%	3,9%	60,4%	57,4%
Haushalte	1.150	1.141	3,3%	3,2%	69,0%	66,8%
Kredite und Forderungen	2.912	2.938	2,2%	2,4%	63,6%	61,2%
Anleihen	11	11	0,1%	0,1%	-	-
Gesamt	2.923	2.949	1,9%	2,1%	63,3%	61,0%

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Stand 1.1.2020	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 30.6.2020
Regierungen	2	0	2	-2	2
Kreditinstitute	4	0	0	0	4
Sonstige Finanzunternehmen	56	0	0	0	56
Nicht-Finanzunternehmen	1.734	-29	351	-357	1.700
Haushalte	1.141	-42	275	-224	1.150
Kredite und Forderungen (NPL)	2.938	-71	628	-583	2.912
Anleihen	11	0	0	-1	11
Gesamt (NPE)	2.949	-71	628	-584	2.923

in € Millionen	Stand 1.1.2019	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2019
Regierungen	2	0	0	0	2
Kreditinstitute	8	0	0	-5	4
Sonstige Finanzunternehmen	81	-1	33	-58	56
Nicht-Finanzunternehmen	2.080	30	588	-963	1.734
Haushalte	1.228	33	559	-679	1.141
Kredite und Forderungen (NPL)	3.400	62	1.181	-1.704	2.938
Anleihen	9	0	11	-9	11
Gesamt (NPE)	3.409	62	1.192	-1.713	2.949

Das Volumen des notleidenden Obligos reduzierte sich um € 26 Millionen. Organisch ergab sich ein Anstieg in Höhe von € 44 Millionen. Die allgemeine Währungsentwicklung führte hingegen zu einer Reduktion um € 71 Millionen, insbesondere durch die Abwertungen des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna bedingt. Ebenfalls kam es zu Verkäufen von notleidenden Krediten (€ 51 Millionen) und der Ausbuchung von wirtschaftlich nicht mehr einbringlichen Kreditforderungen (€ 109 Millionen). Diese verteilten sich hauptsächlich auf Zentraleuropa mit € 82 Millionen, Südosteuropa mit € 43 Millionen und Osteuropa mit € 25 Millionen und die RBI AG mit € 6 Millionen. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtbligo verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,4 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent.

Der Bereich Nicht-Finanzunternehmen wies seit Jahresbeginn einen Rückgang um € 34 Millionen auf € 1.700 Millionen auf, hauptsächlich bedingt durch Verkäufe in Osteuropa von insgesamt € 15 Millionen und Zentraleuropa von € 13 Millionen, in Südosteuropa kam es vor allem zu Ausbuchungen von insgesamt € 14 Millionen. Der Anteil des notleidenden Obligos verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,9 Prozentpunkte auf 60,4 Prozent.

Im Haushalte-Bereich stieg das notleidende Obligo um € 9 Millionen auf € 1.150 Millionen, hauptsächlich durch Anstiege in Osteuropa in Höhe von € 41 Millionen und Südosteuropa von € 30 Millionen bedingt, Ausbuchungen in Zentraleuropa in Höhe von € 59 Millionen wirkten dem entgegen. Der Anteil des notleidenden Obligos am Kreditobligo erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,1 Prozentpunkte auf 69,0 Prozent. Im Bereich sonstige Finanzunternehmen blieb das notleidende Obligo mit € 56 Millionen seit Jahresbeginn nahezu unverändert, die Deckungsquote betrug 48,9 Prozent.

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019
Zentraleuropa	881	989	2,1%	2,4%	63,3%	58,6%
Südosteuropa	759	747	2,9%	3,0%	70,0%	69,9%
Osteuropa	481	438	2,4%	2,0%	57,5%	60,0%
Group Corporates & Markets	797	771	1,6%	1,7%	60,6%	55,9%
Corporate Center	5	5	0,0%	0,0%	50,5%	47,0%
Gesamt	2.923	2.949	1,9%	2,1%	63,3%	61,0%

In Zentraleuropa verringerte sich das notleidende Obligo um € 108 Millionen auf € 881 Millionen, vor allem aufgrund von Ausbuchungen in Polen um € 41 Millionen und Ungarn um € 11 Millionen. Die NPE Ratio verringerte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent, die Deckungsquote stieg um 4,7 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent.

In Südosteuropa kam es zu einem Anstieg des notleidenden Obligos um € 13 Millionen auf € 759 Millionen, im Wesentlichen durch Anstiege im Bereich Haushalte in Höhe von € 30 Millionen, dem entgegen wirkten Ausbuchungen vor allem in Rumänien in Höhe von € 25 Millionen. Die NPE Ratio sank um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent, die Deckungsquote blieb seit Jahresbeginn nahezu unverändert bei 70,0 Prozent.

Das Segment Osteuropa verzeichnete eine Erhöhung des notleidenden Obligos um € 43 Millionen auf € 481 Millionen, hervorgerufen durch Russland um insgesamt € 66 Millionen, im Bereich Haushalte in Höhe von € 37 Millionen und Nicht-Finanzunternehmen in Höhe von € 29 Millionen, teilweise kompensiert durch die Währungsabwertung des russischen Rubels. Die Ukraine verzeichnete hingegen einen Rückgang um insgesamt € 23 Millionen, hauptsächlich bedingt durch eine starke Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna und Verkäufe im Bereich Nicht-Finanzunternehmen in Höhe von € 14 Millionen. Der Anteil des notleidenden Obligos am Kreditobligo in Osteuropa erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 2,5 Prozentpunkte auf 57,5 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Group Corporates & Markets erhöhte sich seit Jahresbeginn um € 26 Millionen auf € 797 Millionen. In der Berichtsperiode stieg das notleidende Obligo in der RBI AG um € 16 Millionen und in der Raiffeisen Leasing-Gruppe um € 4 Millionen. Die NPE Ratio blieb seit Jahresbeginn nahezu unverändert bei 1,6 Prozent, die Deckungsquote lag bei 60,6 Prozent, um 4,7 Prozentpunkte über dem Wert zu Jahresbeginn.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderter Laufzeit und geänderten Konditionen		Gesamt	
	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019	30.6.2020	31.12.2019
Regierungen	0	0	2	0	2	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	7	7	28	28	35	35
Nicht-Finanzunternehmen	33	35	844	864	876	899
Haushalte ¹	11	16	249	254	259	271
Gesamt	50	58	1.122	1.147	1.172	1.205

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte

Das von Restrukturierungsmaßnahmen begleitete Portfolio hat sich im ersten Halbjahr 2020 weiter reduziert.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019 ¹	Anteil
Zentraleuropa	244	20,8%	275	22,8%
Südosteuropa	272	23,2%	271	22,5%
Osteuropa	192	16,3%	213	17,7%
Group Corporates & Markets	465	39,6%	446	37,0%
Gesamt	1.172	100,0%	1.205	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist.

Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Zentraleuropa	51.946	26,1%	50.670	26,8%
Tschechien	21.945	11,0%	21.539	11,4%
Slowakei	17.228	8,7%	16.672	8,8%
Ungarn	7.865	4,0%	7.338	3,9%
Polen	4.455	2,2%	4.728	2,5%
Sonstige	452	0,2%	393	0,2%
Österreich	42.412	21,3%	38.381	20,3%
Übrige Europäische Union	38.845	19,5%	32.837	17,4%
Deutschland	11.944	6,0%	10.454	5,5%
Großbritannien	9.619	4,8%	8.192	4,3%
Frankreich	6.064	3,1%	4.191	2,2%
Luxemburg	2.313	1,2%	2.339	1,2%
Spanien	2.061	1,0%	1.990	1,1%
Niederlande	2.042	1,0%	1.308	0,7%
Italien	1.245	0,6%	1.305	0,7%
Sonstige	3.557	1,8%	3.058	1,6%
Südosteuropa	30.876	15,5%	30.497	16,1%
Rumänien	11.593	5,8%	11.581	6,1%
Kroatien	5.335	2,7%	5.417	2,9%
Bulgarien	5.329	2,7%	5.247	2,8%
Serbien	3.710	1,9%	3.503	1,9%
Bosnien und Herzegowina	2.289	1,2%	2.262	1,2%
Albanien	1.654	0,8%	1.600	0,8%
Sonstige	966	0,5%	887	0,5%

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Osteuropa	24.719	12,4%	27.455	14,5%
Russland	19.050	9,6%	21.425	11,3%
Ukraine	3.407	1,7%	3.612	1,9%
Belarus	2.042	1,0%	2.184	1,2%
Sonstige	220	0,1%	235	0,1%
Nordamerika	3.022	1,5%	2.740	1,4%
Schweiz	2.402	1,2%	2.691	1,4%
Asien	2.334	1,2%	2.269	1,2%
Restliche Welt	2.173	1,1%	1.543	0,8%
Gesamt	198.730	100,0%	189.084	100,0%

Das Kreditobligo aller Forderungsklassen wies im Vergleich zum Jahresende 2019 einen Anstieg um € 9.646 Millionen auf € 198.730 Millionen auf. Der Anstieg in Zentraleuropa um € 1.276 Millionen auf € 51.946 Millionen resultierte im Wesentlichen aus dem Anleihenbestand und den Repo-Geschäften in Tschechien, aus dem Anleihenbestand und Kreditfinanzierungen in der Slowakei sowie aus Kreditfinanzierungen und Geldmarkt-Geschäften in Ungarn. Kompensiert wurde der Anstieg durch die Abwertung der tschechischen Krone, des ungarischen Forints, des polnischen Zloty sowie die Abnahme der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank. Österreich verzeichnete einen Anstieg um € 4.031 Millionen auf € 42.412 Millionen, welcher auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank, den Anleihenbestand sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen war. Der Anstieg in der übrigen Europäischen Union um € 6.008 Millionen auf € 38.845 Millionen war im Wesentlichen auf Anleihen und Repo-Geschäfte in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden zurückzuführen. Darüber hinaus kam es zu einem Anstieg der Kreditfinanzierungen in Deutschland sowie der Repo- und Swap-Geschäfte in Großbritannien. Der Rückgang in Russland war hauptverantwortlich für die Abnahme in Osteuropa um € 2.736 Millionen auf € 24.719 Millionen. Neben der Abwertung des russischen Rubels kam es zu einem Rückgang der Repo-Geschäfte und des Anleihenbestands. Zudem wurde der Rückgang in Osteuropa durch die Abwertung der ukrainischen Hryvna und des Belarus Rubels verstärkt.

Kreditobligo aller Forderungsklassen nach Währungen:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Euro (EUR)	110.797	55,8%	100.663	53,2%
Tschechische Krone (CZK)	19.680	9,9%	19.376	10,2%
US-Dollar (USD)	19.641	9,9%	18.008	9,5%
Russischer Rubel (RUB)	14.550	7,3%	17.261	9,1%
Rumänischer Leu (RON)	7.483	3,8%	7.509	4,0%
Ungarischer Forint (HUF)	6.126	3,1%	5.805	3,1%
Bulgarische Lewa (BGN)	3.348	1,7%	3.256	1,7%
Kroatische Kuna (HRK)	3.128	1,6%	3.086	1,6%
Schweizer Franken (CHF)	2.824	1,4%	2.917	1,5%
Ukrainische Hryvna (UAH)	2.804	1,4%	2.806	1,5%
Bosnische Marka (BAM)	2.286	1,2%	2.251	1,2%
Serbischer Dinar (RSD)	1.670	0,8%	1.549	0,8%
Albanischer Lek (ALL)	1.149	0,6%	1.121	0,6%
Belarus Rubel (BYN)	1.104	0,6%	1.179	0,6%
Andere Fremdwährungen	2.140	1,1%	2.298	1,2%
Gesamt	198.730	100,0%	189.084	100,0%

Der Obligoanstieg in Euro um € 10.134 Millionen auf € 110.797 Millionen war auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank, den Anleihenbestand der Republik Österreich sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Der Rückgang des russischen Rubels war auf die Währungsabwertung zurückzuführen. Die Währungsabwertung der tschechischen Krone wurde durch

einen Anstieg des Anleihenbestands mehr als kompensiert. Steigende Kreditfinanzierungen und Repo-Geschäfte kompensierten die Währungsabwertung des US-Dollars. Die Währungsabwertung des ungarischen Forints wurde durch den Anstieg der Geldmarkt-Geschäfte mehr als kompensiert.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.6.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	56.179	28,3%	50.884	26,9%
Private Haushalte	38.381	19,3%	39.134	20,7%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	17.740	8,9%	13.771	7,3%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	14.101	7,1%	14.806	7,8%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	17.005	8,6%	16.565	8,8%
Grundstücks- und Wohnungswesen	10.994	5,5%	10.183	5,4%
Baugewerbe	6.119	3,1%	6.169	3,3%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	2.234	1,1%	2.313	1,2%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.729	2,9%	5.099	2,7%
Energieversorgung	3.552	1,8%	3.684	1,9%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.822	1,4%	2.788	1,5%
Sonstiges Transportgewerbe	1.779	0,9%	1.764	0,9%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.227	1,1%	2.233	1,2%
Ernährungsgewerbe	2.204	1,1%	2.451	1,3%
Maschinenbau	1.802	0,9%	1.864	1,0%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.204	0,6%	1.301	0,7%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	1.007	0,5%	1.103	0,6%
Sonstige Branchen	13.651	6,9%	12.971	6,9%
Gesamt	198.730	100,0%	189.084	100,0%

Die COVID-19-Krise wirkte sich am stärksten in der Tourismus-, Automobil-, Flugreisen-, Öl und Gas-, Immobilien- und Konsumgüterindustrie aus.

(47) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf den Zahlen eines internen Modells, das den Value-at-Risk (VaR) für die Veränderung der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis Spreads errechnet. Das Modell ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken zugelassen.

Die nachstehende Tabelle stellt diese Risikokennzahlen für das Gesamtmarktrisiko im Handels- und Bankbuch je Risikoart dar. Die in Fremdwährung gehaltenen Kapitalpositionen, die strukturellen Zinsrisiken sowie Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) sind die wesentlichen Treiber des VaR Ergebnisses.

Gesamt VaR 99% 1d in € Millionen	VaR per 30.6.2020	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2019
Währungsrisiko	10	18	8	38	9
Zinsrisiko	24	34	13	77	20
Credit-Spread-Risiko	51	47	21	116	22
Aktienpreisisiko	0	0	0	1	0
Vega Risiko	1	1	0	2	0
Basis Risiko	4	6	3	15	3
Gesamt	52	62	27	138	31

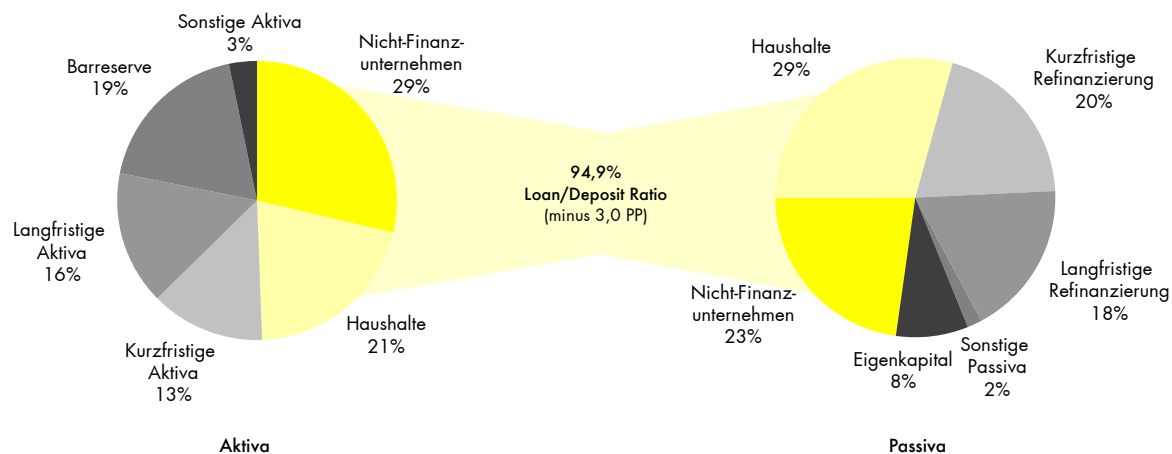
Der Anstieg des VaR ist vor allem auf die deutliche Erhöhung des Credit-Spread-Risikos aufgrund von COVID-19 auf den Euro-Finanzsektor und auf die Spreads der slowakischen Staatsanleihen zurückzuführen. Der Anstieg des Zinsrisikos war vor allem auf die Zinskurve des russischen Rubels im ersten Quartal 2020 zurückzuführen. Des Weiteren wirkte sich das erhöhte Währungsrisiko vor allem durch die negative Entwicklung der tschechischen Krone negativ auf den VaR aus.

Folgende Maßnahmen werden von Marktrisiko-Management ergriffen, um der COVID-19-Krise entgegenzusteuern. Es erfolgt eine verstärkte Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die RBI AG und die Konzerneinheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können. Ziel ist es, Limite an den Risikoappetit anzupassen, Positionen wenn nötig zu schließen, bei günstigeren Marktbedingungen Liquiditätspuffer aufzubauen und Modelle bei Bedarf an lokale sowie globale Maßnahmen (Moratorien) anzupassen.

(48) Liquiditätsmanagement

Fundingstruktur

Die Fundingstruktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Konzerneinheiten sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Konzerneinheiten nutzen auch Interbankkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimite und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, welche den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Millionen	30.6.2020		31.12.2019	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	25.390	26.555	23.374	27.931
Liquiditätsquote	150%	125%	146%	128%

Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten ersklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstressszenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Durchschnittliche liquide Aktiva	31.447	29.168
Netto-Abflüsse	19.633	20.777
Zuflüsse	16.134	12.079
Abflüsse	35.767	32.856
Liquidity Coverage Ratio	160%	140%

Aufgrund eines signifikanten Anstiegs an Kundeneinlagen innerhalb der RBI sind sowohl die liquiden Aktiva als auch die Abflüsse von Kundeneinlagen gestiegen. Das Wachstum an Zuflüssen stammte vorwiegend aus Reverse-Repo-Geschäften der RBI AG.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Ab 28. Juni 2021 treten die neuen regulatorischen Vorschriften in Kraft und das regulatorische Limit von 100 Prozent ist zu erfüllen. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position.

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Erforderliche strukturelle Liquidität	114.716	109.882
Vorhandene strukturelle Liquidität	129.438	122.986
Net Stable Funding Ratio	113%	112%

Während der COVID-19-Krise wurde innerhalb der RBI eine stabile Liquiditätssituation beobachtet. Die Krise bestätigte im Großen und Ganzen die starke Liquiditätsposition der RBI und die Fähigkeit, im Falle von fehlender marktsensitiver Refinanzierungsquellen, rasch zu reagieren. Die Meldefrequenz signifikanter Berichte wurde innerhalb von wenigen Tagen massiv erhöht. Dies zeigt, dass

die Infrastruktur in Krisenzeiten schnell angepasst werden kann. Bei Firmenkunden wurde ein Anstieg der Ziehung von Linien von etwa 10 Prozent beobachtet. Bei Linien an Finanzkunden gab es keinen signifikanten Anstieg. Seit Beginn der COVID-19-Krise konnte innerhalb der Konzerneinheiten aufgrund des starken Markennamens ein signifikanter Anstieg an Kundeneinlagen beobachtet werden. Termineinlagen von Firmenkunden haben sich während der Krise als starke Refinanzierungsquelle erwiesen.

Sonstige Angaben

(49) Offene Rechtsfälle

Die RBI ist an diversen Gerichts-, Regierungs- oder Schiedsverfahren vor verschiedenen Gerichten und Regierungsbehörden beteiligt, die sich in der Regel aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in vertraglichen, arbeitsrechtlichen und anderen Angelegenheiten ergeben.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird ausgewiesen, wenn eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit gegeben ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Konsumentenschutz

Die RBI ist mit Klagen von Kunden im Zusammenhang mit Themen des Konsumentenschutzes konfrontiert. Die meisten Forderungen betreffen Vertragsbedingungen, die vermeintlich den Konsumentenschutz oder andere Gesetze verletzen. Das rechtliche Risiko in Verbindung mit diesen Forderungen wird durch die Gefahr von politisch motivierten Gesetzen, welche den Grad der Unvorhersehbarkeit steigern, erhöht.

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Croatia (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt, doch die RBHR hat Verfassungsbeschwerde beim kroatischen Verfassungsgericht eingelegt. Eine endgültige Entscheidung dieses Gerichts kann Einfluss auf die CHF-Index-Klauseln haben. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer – vorbehaltlich der gesetzlichen Verjährungsfristen – jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. Angesichts der gegenwärtigen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel, der weiteren Vorgehensweise, des endgültigen Urteils über die Klage beim Verfassungsgericht und die Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern, da die endgültige rechtliche Beurteilung der Kreditvertragsklauseln jedenfalls auf Einzelbasis zu erfolgen hat. In diesem Zusammenhang wurde die Rückstellung auf Portfoliobasis aufgrund aktualisierter Parameter auf € 29 Millionen erhöht.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig und die Anzahl dieser Verfahren steigt weiter. Ende Juni 2020 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 480 Millionen (€ 108 Millionen). In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die am 3. Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGHs gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt

unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen materiellen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann. Die Folgen einer Rückabwicklung eines nichtigen Kreditvertrags bleiben allerdings unklar und sind – beispielsweise aufgrund der Verpflichtung zur sofortigen Rückzahlung samt Kosten der Nutzung des Kreditbetrags – potenziell schwerwiegend für den Kreditnehmer. Es bleibt abzuwarten, wie die vom EuGH entwickelten Grundsätze nach nationaler Rechtsprechung auf Einzelfallbasis angewendet werden.

Ein beträchtlicher Anstieg an neuen Fällen konnte seit Beginn 2020 beobachtet werden, hervorgerufen durch die Entscheidung des EuGH und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind. Dieser Anstieg wurde nicht nur von der polnischen Filiale der RBI beobachtet, sondern von allen Banken, die mit Fremdwährungskreditportfolios in Polen befasst sind.

Darüber hinaus haben sich polnische Gerichte in drei anderen zivilrechtlichen Verfahren mit der Bitte um eine Entscheidung in einem Vorabentscheidungsverfahren an den EuGH gewandt. Diese Entscheidung könnte zu weiteren Klarstellungen führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden. Die Verfahren vor dem EuGH befinden sich in einem sehr frühen Stadium. RBI ist in eines dieser Verfahren direkt involviert.

Einfluss auf die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, können auch Untersuchungen haben, die durch den Präsidenten des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) gegen die polnische Zweigstelle der RBI eingeleitet wurden. Verfahrensgegenstand sind bestimmte Standardklauseln in Fremdwährungskreditverträgen und eine damit in Zusammenhang geübte Praxis, die angeblich gegen kollektive Interessen von Konsumenten verstoßen haben könnte.

Abgesehen von dem zuvor genannten Verfahren gibt es eine Anzahl weiterer Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit Vereinbarungen zu Krediten, die in Fremdwährung denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, die vom Präsidenten des UOKiK gegen die polnische Filiale der RBI geführt werden. Diese Verfahren basieren auf der behaupteten Praxis der Verletzung von Konsumenteninteressen und der Klassifizierung von Klauseln in Standardverträgen als missbräuchlich. Derartige Verfahren können zu Verwaltungsstrafen und – im Fall der Erhebung von Rechtsmitteln – zu Verfahren vor einem Verwaltungsgerichtshof führen.

Da die Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert die Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, welcher sowohl statische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. Mögliche Beschluss-Szenarien und die erwarteten Verlusten pro Szenario wurden geschätzt. Die erwartete Belastung gründet sich auf Kredite von Kunden, welche die Bank klagen oder eine solche angekündigt haben. Um die finanziellen Auswirkungen pro Szenario zu berechnen, wird der Forderungsbetrag mit dem geschätzten finanziellen Abfluss im Szenario und der Wahrscheinlichkeit multipliziert, dass die Bank letztendlich eine Entschädigung an den Kunden zahlen muss. Für Abflüsse, für die angenommen wird, dass diese nicht innerhalb eines Jahres erfolgen werden, wird ein angemessener Abzinsungssatz angewendet. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Szenarien werden anhand von Expertenmeinungen gewichtet. Die sich daraus ergebende Rückstellung wurde aufgrund aktualisierter Parameter auf € 65 Millionen erhöht.

Rumänien

Im Oktober 2017 hat die Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die rumänische Netzwerkbank der Emittentin, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, angewiesen, ihre angebliche Praxis, ihre Kunden nicht über künftige Änderungen des den Kunden verrechneten Zinssatzes zu informieren, einzustellen. Die Anordnung impliziert keine Geldrückerstattung oder Zahlung von Raiffeisen Bank SA, Bukarest. Mögliche Geldrückerstattungsansprüche, die von Kunden erhoben werden, können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die rumänische Netzwerkbank der Emittentin, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, hat diese Anordnung bekämpft und eine Aussetzung des Vollzugs erwirkt. Diese Verfahren befinden sich derzeit in der Berufungsphase, wobei die erste Entscheidung zugunsten von ANPC getroffen wurde. Angesichts der gegenwärtigen Unsicherheiten ist eine genaue Quantifizierung der negativen finanziellen Auswirkungen nicht möglich. Die Einschätzung von Raiffeisen Bank SA, Bukarest, auf der Grundlage der derzeit bekannten Faktoren ist jedoch, dass diese Auswirkungen voraussichtlich € 20 Millionen nicht überschreiten werden.

Im Juli 2014 hat die Verbraucherschutzbehörde (ANPC) eine für die rumänische Netzwerkbank geltende Entscheidung erlassen, in der die Bank aufgefordert wurde, die Einbeziehung der Bearbeitungsgebühren in die Zinsmarge anlässlich der Umstrukturierung von Verbraucher krediten einzustellen. Obwohl Bestimmungen, die diese Methode beschreiben, in den jeweiligen Vereinbarungen enthalten waren, ist ANPC der Ansicht, dass diese Bestimmungen nicht klar genug waren. Zunächst war nicht klar, wie die ANPC-Entscheidung umgesetzt werden sollte. Nach einem Gerichtsstreit, den die rumänische Netzwerkbank im Juni 2020 verloren hatte, ist nun entschieden, dass die Umsetzung die Rückgabe eines Teils des Zinssatzes bedeuten würde und zwar an alle Verbraucher, auf die eine solche Praxis angewendet wurde, zumindest für den Zeitraum von Juli 2014 bis entweder zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Kreditnehmer eine neue Vereinbarung über den Zinssatz getroffen haben oder zu dem Zeitpunkt, zu dem die rumänische Netzwerkbank das Gerichtsurteil tatsächlich umsetzt. Dies gilt auch für ursprünglich betroffene Kredite, die zwischenzeitlich

zurückgezahlt wurden. Angesichts der derzeitigen Unsicherheiten ist derzeit keine genaue Quantifizierung der negativen finanziellen Auswirkungen möglich. Nach ersten Schätzungen ist jedoch mit negativen Auswirkungen von rund € 17 Millionen zu rechnen. Im zweiten Quartal 2020 wurde in diesem Zusammenhang eine Rückstellung in Höhe von € 17 Millionen gebildet.

Bankgeschäfte

Die RBI und ihre Tochterunternehmen erbringen Dienstleistungen für Firmenkunden, welche auf operativer Ebene das Risiko von Rechtsstreitigkeiten erhöhen. Die wesentlichsten Fälle sind:

Nach der Insolvenz der Alpine Holding GmbH (Alpine) im Jahr 2013 reichten Kleinanleger in Österreich eine Reihe von Klagen im Zusammenhang mit einer von der Alpine im Jahr 2012 begebenen Anleihe im Gesamtnennbetrag von € 100 Millionen gegen die RBI und ein weiteres Kreditinstitut ein. Die Ansprüche gegen die RBI wurden entweder direkt durch einzelne Anleger oder mittels gesammelter Anlegeransprüche geltend gemacht und belaufen sich auf etwa € 10 Millionen. Vorgebracht wird unter anderem, dass die Banken als Joint Lead Manager der Anleiheemission gehandelt hätten und zum Zeitpunkt der Emission Kenntnis von den finanziellen Problemen der Alpine hatten oder zumindest Kenntnis davon hätten haben müssen. Ihnen sollte daher bekannt gewesen sein, dass die Alpine nicht imstande gewesen sei, die Anleihen gemäß den Anleihebedingungen zurückzuzahlen. Die Kläger behaupten, dass der Kapitalmarktprospekt in Bezug auf die Anleihe irreführend und unvollständig gewesen sei und die Joint Lead Manager einschließlich der RBI, die auch an der Erstellung des Prospekts beteiligt waren, dies gewusst hätten.

Gerichtliche Schritte wurden in New York gegen die Raiffeisen Zentralbank (vor der Fusion mit der RBI im Jahr 2010) und die Raiffeisen Investment AG (RIAG) eingeleitet. Der Kläger behauptet, dass die RBI, in ihrer Funktion als Nachfolger der Raiffeisen Zentralbank, widerrechtlich USD 150 Tausend (€ 137 Tausend) auf eine Bietergarantie gezahlt hat und dass die RIAG an einem Betrug, der von einer serbischen Privatisierungsagentur verübt wurde, mit einem Schaden zwischen USD 31 bis USD 52 Millionen (€ 28 bis € 47 Millionen), involviert ist. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde der behauptete Schaden auf USD 30,5 Millionen (€ 27 Millionen) reduziert. Die Klage ist nach Einschätzung der RBI unbegründet und hat kaum Aussicht auf Erfolg. Die Klage wurde im Februar 2014 abgewiesen, und der Kläger reichte einen Antrag zur Überprüfung bei Gericht ein, welche seit einigen Jahren anhängig ist. 2018 wurde dieser Fall einem neuen Richter übertragen und ist nun wieder in New York anhängig. Die Einschätzung der RBI hat sich nicht geändert.

Der RBI wurde im Mai 2017 eine Klage des rumänischen Verkehrsministeriums gegen die RBI und die Banca de Export Import a Romaniei Eximbank SA (EximBank) hinsichtlich einer Zahlung von € 10 Millionen zugestellt. Der Klageschrift zufolge soll die RBI 2013 auf Verlangen eines rumänischen Kunden der im indirekten Eigentum der RBI stehenden rumänischen Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, ein Akkreditiv in Höhe von € 10 Millionen zugunsten des rumänischen Verkehrsministeriums ausgestellt haben. Die EximBank handelte als avisierende Bank der RBI in Rumänien. Das rumänische Verkehrsministerium sandte im März 2014 unter Bezugnahme auf das genannte Akkreditiv eine Zahlungsaufforderung, die von der RBI wegen Eingangs nach dem Beendigungsdatum des Akkreditivs zurückgewiesen wurde. Im April 2018 wurde die Klage vom erstinstanzlichen Gericht als unbegründet abgewiesen, was vom Bukarester Berufungsgericht im Oktober 2019 bestätigt wurde.

Im Mai 2017 wurde eine Tochtergesellschaft der RBI in Österreich auf Zahlung von € 12 Millionen wegen Nichteinhaltung von Gewährleistungen aus einem Anteilskaufvertrag verklagt, der ein Immobilienbesitzunternehmen betraf. Der Kläger, d. h. der Käufer unter dem Anteilskaufvertrag, macht einen Gewährleistungsanspruch geltend. Konkret behauptete dieser, die Beklagte habe zugesichert, dass das im Rahmen des Anteilskaufvertrags veräußerte Unternehmen nicht auf Mieterhöhungen verzichtet habe, zu denen es möglicherweise berechtigt gewesen wäre.

Im Dezember 2017 reichte ein französisches Unternehmen beim Handelsgericht in Warschau gegen die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, und die RBI eine Klage ein. Das französische Unternehmen verlangte von beiden Banken Schadensersatz in Höhe von insgesamt € 15,3 Millionen wegen der behaupteten Verletzung der Sorgfaltspflichten seitens der RBPL im Rahmen der Eröffnung eines Kontos für einen bestimmten Kunden und Ausführung von Überweisungen über dieses Konto und seitens der als Korrespondenzbank handelnden RBI im Rahmen ihrer Korrespondenzbank-tätigkeit. Hinsichtlich der Klage gegen die RBI erklärte sich das Handelsgericht in Warschau im Mai 2019 für unzuständig. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Im Zuge des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. wurde die Klage gegen die RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. übertragen. Trotzdem sind allfällige negative finanzielle Konsequenzen im Zusammenhang mit diesem Verfahren weiterhin von der RBI zu tragen.

Im Juni 2012 stellte ein Kunde (der slowakische Kläger) der Tatra banka, a.s. (Tatra banka), einen Antrag auf Schadensersatz für entgangene Gewinne in Höhe von rund € 71 Millionen. Die Klage steht in Verbindung mit bestimmten Kreditfazilitäten zwischen der Tatra banka und dem slowakischen Kläger. Der slowakische Kläger beanstandete, dass die Tatra banka gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen verstoßen hat, weil sie sich ohne Grund geweigert hat, Zahlungen vom Konto des slowakischen Klägers durchzuführen und auch die Verlängerung der Kreditfazilitäten trotz vorheriger Zusage nicht erfolgt ist. Dies hatte zur Folge, dass Zahlungen des slowakischen Klägers gegenüber seinen Geschäftspartnern nicht durchgeführt wurden und die Geschäftsaktivitäten des slowakischen Klägers beendet wurden. Im Februar 2016 stellte der slowakische Kläger einen Antrag auf Erhöhung des Schadensersatzes um € 50 Millionen, welcher vom Gericht abgelehnt wurde. Es wurde eine Verfassungsbeschwerde bezüglich dieser Entscheidung eingereicht. Das Verfassungsgericht lehnte diesen Einspruch ebenso ab wie die geforderte Erhöhung des

Schadenersatzes. Im Dezember 2017 wurde mit derselben Begründung, die dem Antrag im Februar 2016 zugrunde lag, eine neue Klage über € 50 Millionen an die Tatra banka übermittelt. Diese neue Klage wurde mit der Originalklage verbunden. Somit forderte der slowakische Kläger im Rahmen dieser Klage Schadenersatz und Ersatz für entgangene Gewinne in Höhe von insgesamt schätzungsweise € 121 Millionen. Im Februar 2018 hat das Gericht erster Instanz die Klage zur Gänze abgewiesen. Der slowakische Kläger, bei dem es sich aufgrund des Konkurses des slowakischen Klägers nach dem Gesetz nunmehr um den Verwalter des Konkursverfahrens des slowakischen Klägers handelt, hat Berufung gegen die Ablehnung eingelegt. Im September 2018 hat das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts erster Instanz sowie die Abweisung der Klage im vollen Umfang bestätigt. Im Jänner 2019 hat der slowakische Kläger eine außerordentliche Revision beim obersten Gerichtshof der Slowakischen Republik eingereicht, diese Revision wurde jedoch im April 2019 vom obersten Gerichtshof abgelehnt. Der slowakische Kläger reichte im Juli 2019 eine Verfassungsbeschwerde in Bezug auf das Urteil des obersten Gerichtshofes ein. Das Verfassungsgericht lehnte die Beschwerde jedoch endgültig ab und der Rechtsstreit ist endgültig beendet.

Weiters reichte ein zypriotisches Unternehmen (der zypriotische Kläger) eine gesonderte Schadenersatzklage in Höhe von rund € 43,1 Millionen ein. Im Jänner 2016 stellte der zypriotische Kläger einen Antrag auf Erhöhung der Klagesumme um € 84 Millionen, und das Gericht genehmigte diesen Antrag. Das bedeutet, dass die Klagesumme in diesem Verfahren insgesamt rund € 127 Millionen beträgt. Dieses Verfahren steht im Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Verfahren des slowakischen Klägers, da der zypriotische Kläger, der die Klage eingereicht hat, die Forderung von einem Anteilseigner der Holding des slowakischen Klägers übernommen hat. Der Inhalt der Klage gleicht dem Klagsvorbringen im oben beschriebenen Verfahren. Laut dem zypriotischen Kläger hat der Schaden des slowakischen Klägers durch den Wertverlust der Geschäftsanteile auch Auswirkungen auf den Anteilseigner der Holding. In der Folge übertrug besagter Anteilseigner diese Forderung an den zypriotischen Kläger. Der zypriotische Kläger argumentiert, dass die Tatra banka gegen die guten Sitten verstoßen und entgegen fairen unternehmerischen Handelns agiert hat und fordert die Tatra banka auf, eine Entschädigung entsprechend dem Wertverlust der Geschäftsanteile der Holding zu zahlen. Im November 2019 wurde die Klage in vollem Umfang abgewiesen. Der zypriotische Kläger hat gegen das Urteil im Jänner 2020 Berufung erhoben.

Nach der Abtretung der Forderung der Tatra banka (rund € 3,5 Millionen) gegenüber einem Firmenkunden an einen Zessionar wurden von den ursprünglichen Anteilseignern des Firmenkunden zwei Klagen in einer Gesamthöhe von rund € 18,6 Millionen gegen die Tatra banka eingereicht. Ihre Geschäftsbeteiligung am Firmenkunden wurde als Sicherheit für eine dem Firmenkunden von der Tatra banka zur Verfügung gestellte Finanzierung verpfändet. Es handelt sich um Klagen auf Schadenersatz für Verluste, die den ursprünglichen Anteilseignern infolge einer angeblich verspäteten Mitteilung über die Abtretung an die ursprünglichen Anteilseigner, der Tatsache, dass der Zessionar seinen Anspruch auf die verpfändeten Aktien geltend gemacht hat und die ursprünglichen Anteilseigner in der Folge nicht mehr Anteilseigner des Firmenkunden sind, sowie der Tatsache, dass der Zessionar eine Hypothek auf Immobilien des Kunden (die ebenfalls als Sicherheit für die dem Firmenkunden von der Tatra banka gewährte Finanzierung geschaffen wurden) verwertet hat, entstanden sind. Die ursprünglichen Anteilseigner argumentierten, dass sich der Wert des Firmenkunden auf € 18,6 Millionen beliefe und dass dieser Betrag den Schaden darstellt, der ihnen durch die Abtretung der Forderung der Tatra banka gegenüber dem Firmenkunden entstanden ist. In der Folge traten die ursprünglichen Anteilseigner ihre Ansprüche im Rahmen der oben erwähnten Verfahren an eine panamaische Gesellschaft ab, die nun den Kläger darstellt. Der Kläger argumentiert, dass die Tatra banka gegen die Grundsätze von Treu und Glauben gehandelt und eine Verpflichtung aus dem slowakischen Zivilgesetzbuch verletzt habe. Im Juni 2019 wies das Gericht die Klage in vollem Umfang ab. Der Kläger legte im August 2019 Berufung gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz ein.

2011 reichte ein Kunde der Raiffeisenbank Austria, d.d., Kroatien (RBHR) eine Schadenersatzklage in Höhe von rund HRK 143,5 Millionen (€ 19 Millionen) ein. Der Verlust sei dem Kläger nach durch eine ungerechtfertigte Kündigung des Kredits entstanden. Im Februar 2014 erließ das Handelsgericht in Zagreb ein Urteil, mit dem die Klage abgelehnt wurde. Gegen dieses Urteil legte der Kläger Berufung ein, welche noch nicht abschließend entschieden wurde. In der Zwischenzeit hat der Kläger ein Insolvenzverfahren durchlaufen, und der Insolvenzverwalter hat beim Handelsgericht einen Antrag auf Zurücknahme der Klage gestellt. Eine Entscheidung über die Beendigung der Klage gegen RBHR wurde vom Handelsgericht in Zagreb noch nicht erlassen.

2015 wurde die RBHR von einem ehemaligen Kunden auf Schadenersatz in Höhe von rund HRK 181 Millionen (€ 24 Millionen) verklagt, basierend auf dem Vorwurf, die RBHR habe betrügerisch gehandelt, indem sie Kredite, die zur Finanzierung des Hotelgeschäfts des Kunden gewährt worden waren, ohne Begründung gekündigt habe. In vorangegangenen Gerichtsverfahren bezüglich der Kündigung der Kredite sowie der Vollstreckung der Immobilien fielen alle endgültigen Urteile zugunsten der RBHR aus. Es fanden mehrere Anhörungen statt, und es wurden Stellungnahmen ausgetauscht. Bislang wurde kein Urteil gefällt.

Ab 2014 reichte eine Gruppe ehemaliger Kunden der RBHR mehrere Schadenersatzklagen in Höhe von rund HRK 120,7 Millionen (€ 16 Millionen) ein, basierend auf dem Vorwurf, die RBHR habe betrügerisch gehandelt, indem sie Kredite gekündigt und eingetrieben habe. In einigen der Gerichtsverfahren wurden endgültige Gerichtsurteile erlassen, durch die die Forderungen in Höhe von rund HRK 20 Millionen (€ 3 Millionen) abgelehnt wurden.

2015 strengte ein ehemaliger Kunde der Raiffeisenbank a.s. (RBCZ) ein Gerichtsverfahren gegen die RBCZ an, in dem dieser Schadenersatz in Höhe von rund CZK 371 Millionen (€ 14 Millionen) forderte, basierend auf der Anschuldigung, ihm seien Verluste dadurch entstanden, dass die RBCZ ihm keine weitere Finanzierung gewährt habe. Aufgrund der Nichtzahlung der Gerichtsgebühren durch den Kläger wurde ein Gerichtsbeschluss über die Abweisung der Klage erlassen, gegen den der Kläger

Berufung eingelegt hat. In der Zwischenzeit hat das Gericht zwei vom Kläger gegen die RBCZ eingeleitete Verfahren zusammengelegt, sodass sich die Klagesumme auf rund CZK 494 Millionen (€ 18 Millionen) erhöht. Nachdem das Urteil des Gerichts erster Instanz vom obersten Gerichtshof revidiert wurde und der Kläger schließlich die Gerichtsgebühren entrichtet hatte, war das erstinstanzliche Gericht in der Lage, ein Urteil zum Kernthema des Rechtsstreits zu erlassen, in dem das Gericht die Forderungen des Klägers im September 2019 abwies. Der Kläger hat Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt. Im Juni 2020 wurde die Klage vom Gericht zweiter Instanz abgewiesen. Die Entscheidung ist rechtskräftig, jedoch könnte der Kläger unter bestimmten Umständen noch den obersten Gerichtshof anrufen.

Im April 2018 wurde die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, von einem ehemaligen Kunden auf rund PLN 203 Millionen (€ 45 Millionen) verklagt. Laut der Klageschrift hat die RBPL den Überziehungsrahmen des Kreditkontos eines Kunden 2014 für sechs Kalendertage ohne förmliche Begründung gesperrt. Der Kläger argumentierte, dass die Sperre des Kontos zu Verlusten und entgangenen Gewinnen geführt hat, weil die finanzielle Liquidität des Kunden regelmäßig unterbrochen wurde und es ihm nicht möglich war, kreditbasierte Finanzierungsquellen auf dem gesperrten Konto durch Mittelströme aus anderen Quellen zu ersetzen. Damit einher gingen ein Rückgang der Bestände und der zur Verfügung stehenden Handelskredite sowie eine allgemeine Verschlechterung der Finanzergebnisse und des geschäftlichen Ansehens des Kunden. Die RBPL argumentierte, dass die Sperre juristisch gerechtfertigt und anhand der vorliegenden Informationen vorgenommen worden sei. Im Zuge des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. wurde die Klage gegen die RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. übertragen. Trotzdem sind allfällige negative finanzielle Konsequenzen im Zusammenhang mit diesem Verfahren weiterhin von der RBI zu tragen.

Ein deutscher Kunde hatte die RBI mit der Ausstellung von Garantien zugunsten eines polnischen Rechtsträgers und einer polnischen Gemeinde (zusammen die Kläger) beauftragt. Die RBI beauftragte die RBPL mit der derartigen Ausstellung in Polen und gewährte der RBPL entsprechende Rückgarantien. Die RBI selbst hatte vom deutschen Kunden eine Erklärung über die vollständige Entschädigung erhalten. Die Kläger forderten Zahlungen im Rahmen der Garantien von der Bank BGZ BNP Paribas SA (BNP), die in Bezug auf diese Garantien der Rechtsnachfolger der RBPL ist. BNP lehnte diese Forderung wegen missbräuchlicher Ausübung ab. Im März 2019 wurde BNP eine Klage auf Zahlung von rund PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) zuzüglich Zinsen gegen BNP durch das Handelsgericht Warschau zugestellt. Die RBI bleibt wirtschaftlich für die negativen finanziellen Folgen im Zusammenhang mit diesem Verfahren verantwortlich. Ihr wurde von BNP im November 2019 der Streit verkündet.

Im Juli 2019 reichte ein ehemaliger Firmenkunde (der Kläger) der RBI einen Antrag auf Schlichtung beim Internationalen Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer ein, in dem dieser von der RBI eine Zahlung in Höhe von rund USD 25 Millionen (€ 23 Millionen) zuzüglich der Aufwendungen für Schaden, Zinsen und weitere Kosten verlangt. Streitgegenstand ist die Garantie einer Drittpartei, die als Sicherheit für einen Kredit diente, den die RBI dem Kläger im Jahr 1998 gewährt hatte. Der Kläger geriet in Zahlungsverzug, woraufhin die RBI die Garantie in Anspruch nahm. 2015 wurde eine Einigung zwischen der RBI und dem Garantiegeber bezüglich der unter die Garantie fallenden Ansprüche der RBI erzielt. Die RBI verwendete sämtliche vom Garantiegeber erhaltenen Gelder für die Zahlung des Kredits durch den Kläger. Der Kläger behauptet in seinem Schlichtungsantrag (unter anderem), dass die Einigung für ihn nachteilig gewirkt habe und dass die RBI verpflichtet gewesen sei, die vom Garantiegeber erhaltenen Gelder an den Kläger zu überweisen. Nach Ansicht der RBI sind die vom Kläger erhobenen Forderungen unbegründet. Im Juni 2020 stellte das Schiedsgericht fest, dass es für die vorgebrachten Klagen nicht zuständig sei. Dieser Schiedsspruch könnte noch vor englischen Gerichten angefochten werden.

Im Februar 2020 wurde der Raiffeisen-Leasing GmbH (RL) in Österreich eine Klage in Höhe von rund € 43 Millionen zugestellt. Der Kläger macht Schadensersatz unter der Behauptung geltend, dass RL ihre Verpflichtungen aus einem Immobilienentwicklungsvertrag verletzt habe. Nach Einschätzung von RL und ihrer Anwälte ist es sehr unwahrscheinlich, dass diese Klage erfolgreich ist, insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine ähnliche Forderung des Klägers vom österreichischen Obersten Gerichtshof in einem früheren Rechtsstreit zurückgewiesen wurde. In diesem Fall wurden bereits zwei vom Kläger eingereichte Anträge auf Verfahrenshilfe vom Handelsgericht Wien wegen mutwilligen Rechtsmissbrauchs abgelehnt.

Eine Klage gegen die RBI Leasing GmbH (RBIL) auf Schadensersatz in Höhe des ursprünglichen vorläufigen Betrags von € 70 Tausend zuzüglich Zinsen im August 2019 wurde im März 2020 auf einen Betrag von rund € 16 Millionen erhöht. Der Kläger behauptet, dass ein von RBIL finanziertes Objekt nach Beendigung der Finanzierungsvereinbarung unter seinem Marktwert an eine dritte Partei verkauft wurde, während er einen erheblich höheren Preis hätte erzielen können. RBIL macht geltend, dass das finanzierte Objekt dem Kläger vor Abschluss des endgültigen Kaufvertrags mit der dritten Partei angeboten worden sei.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Die RBI und ihre Tochterunternehmen unterliegen zahlreichen nationalen und internationalen Regulierungsbehörden.

Nach einer Rechnungsprüfung durch den rumänischen Rechnungshof (Court of Auditors) in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Aedificium Banca Pentru Locuinte S.A. (vormals Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.) (RBL), einer Bausparkasse und Tochter der Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, erklärte der Rechnungshof, dass einige Mängel festgestellt und die Bedingungen für die Auszahlung durch RBL von staatlichen Bausparförderungen nicht erfüllt worden seien. Angeblich müssen diese Fördergelder daher möglicherweise zurückgezahlt werden. Sollte es der RBL nicht gelingen, diese Beträge von ihren Kunden zurückzufordern oder eine

zufriedenstellende Dokumentation vorzulegen, kann sie für die Zahlung der Gelder in Anspruch genommen werden. Die RBI hat die Überprüfungsergebnisse des rumänischen Rechnungshofs in einem Gerichtsverfahren angefochten und hinsichtlich der relevantesten behaupteten Mängel obsiegt. Der Fall liegt dem Obersten Gerichts- und Kassationshof zur Entscheidung vor. Angesichts der derzeitigen Unwägbarkeiten lassen sich die negativen finanziellen Auswirkungen nicht genau beziffern, die Rückzahlung der Fördergelder und mögliche Strafzahlungen dürften jedoch € 48 Millionen nicht übersteigen. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung von € 10 Millionen gebildet.

Im März 2018 wurde im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens gegen die RBI eine Verwaltungsstrafe in Höhe von € 2,7 Millionen (die auf der Grundlage des konsolidierten Jahresumsatzes der RBI berechnet wurde und sich auf 0,06 Prozent des letzten verfügbaren konsolidierten Jahresumsatzes beläuft) für eine angebliche Nichteinhaltung der formalen Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Know-your-Customer-Prinzip verhängt. Nach Auslegung der österreichischen Finanzaufsicht (FMA) hatte die RBI in einigen wenigen Einzelfällen diese administrativen Verpflichtungen nicht eingehalten. Die FMA behauptete nicht, dass Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hat oder dass ein Verdacht auf eine kriminelle Handlung oder ein Zusammenhang mit einer solchen besteht. Die RBI vertrat die Auffassung, dass sie allen Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Know-your-Customer-Anforderungen ordnungsgemäß nachgekommen sei, und legte gegen den Bußgeldbescheid in seiner Gesamtheit Einspruch ein. Das Verwaltungsgericht bestätigte in erster Instanz die Entscheidung der FMA, und die RBI legte gegen diese Entscheidung erneut in vollem Umfang Berufung ein. Im Dezember 2019 hob der österreichische Verwaltungsgerichtshof die Entscheidung der unteren Verwaltungsinstanzen auf und verwies den Fall an das Verwaltungsgericht der ersten Instanz zurück.

Im September 2018 wurden im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 12 Millionen) gegen die RBPL verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Konkursverwalter bestimmter Anlagefonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Anlagefonds hat im Frühjahr 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf der RBPL hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF hat diese Entscheidung allerdings angefochten. Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung zurückgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Berufung eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist.

Steuerfälle

Die RBI ist in verschiedene Betriebsprüfungen, Steuerprüfungen und Steuerverfahren involviert oder wird voraussichtlich darin involviert sein. Die RBI ist unter anderem in folgende wesentliche Steuerverfahren involviert:

In Deutschland kam oder kommt es in Zusammenhang mit Grunderwerbssteuern voraussichtlich zu einer außerordentlichen Steuerzahlung in Höhe von insgesamt € 27 Millionen, wofür entsprechend Vorsorge getroffen wurde. Zusätzlich können Zins- und Strafzahlungen für verspätete Zahlungen verhängt werden.

In Rumänien kam es insbesondere im Zusammenhang mit Kreditverkäufen zu Steuerfestsetzungen durch die rumänische Steuerbehörde, welche eine außerordentliche Steuerbelastung von rund € 30 Millionen zuzüglich rund € 22 Millionen Strafzahlungen zur Folge haben könnte.

Bei der überwiegenden Mehrheit der oben genannten Beträge ist oder wird die Entscheidung der jeweiligen Steuerbehörden angefochten.

(50) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die prinzipiell zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.6.2020	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	23	507	1.088	585
Eigenkapitalinstrumente	0	227	709	204
Schuldverschreibungen	14	0	156	12
Kredite und Forderungen	9	281	223	368
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.159	83	4.764	567
Einlagen	2.159	83	4.764	567
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Sonstige Posten	161	24	816	121
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	148	24	786	121
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	13	0	30	0

31.12.2019	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	9	558	1.146	669
Eigenkapitalinstrumente	0	270	836	229
Schuldverschreibungen	6	0	56	12
Kredite und Forderungen	3	288	254	428
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.134	94	4.375	528
Einlagen	2.134	94	4.375	528
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Sonstige Posten	169	60	251	125
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	162	60	222	125
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	7	0	30	0

1.1.-30.6.2020					
in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen	
Zinserträge	4	1	5	2	
Zinsaufwendungen	-8	0	-13	-10	
Dividenderträge	0	6	0	5	
Provisionserträge	3	3	6	3	
Provisionsaufwendungen	-2	0	-4	-9	

1.1.-30.6.2019					
in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen	
Zinserträge	1	3	4	7	
Zinsaufwendungen	-3	-1	-13	-1	
Dividenderträge	2	9	0	2	
Provisionserträge	2	3	5	3	
Provisionsaufwendungen	-1	-7	-3	-1	

(51) Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.6.2020	1.1.-30.6.2019
Angestellte	46.171	46.583
Arbeiter	628	608
Gesamt	46.799	47.191

Regulatorische Angaben

Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die EZB schreibt der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) per Bescheid vor, zusätzliches Kapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, welche in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend abgedeckt sind. Im April 2020 erhielt die RBI diesbezüglich eine Änderung in der Form eines Bescheids, welche rückwirkend mit März 2020 zur Anwendung kam. Diese sogenannte Pillar-2-Anforderung ist nun mit hartem Kernkapital (CET1), zusätzlichem Kernkapital (AT1) und Ergänzungskapital (T2) erfüllbar, bisher war dies nur mit CET1 möglich.

Die Pillar-2-Anforderung wird z.B. anhand des Geschäftsmodells, des Risikomanagements oder der Kapitalsituation berechnet. Außerdem unterliegt die RBI den Mindestvorschriften der CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis. Das kombinierte Kapitalpuffererfordernis beinhaltet für die RBI aktuell einen Kapitalerhaltungspuffer, einen systemischen Risikopuffer und einen antizyklischen Kapitalpuffer. Für den Stichtag 30. Juni 2020 ergibt sich somit ein Erfordernis bei der CET1 Quote (inkl. kombiniertem Kapitalpuffererfordernis) im Ausmaß von 10,6 Prozent für die RBI. Eine Verletzung des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses würde zu Einschränkungen von z. B. Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen. Die im Jahresverlauf gültigen Kapitalanforderungen wurden inklusive eines ausreichenden Puffers auf konsolidierter Basis und Einzelbasis eingehalten.

Nationale Aufseher können grundsätzlich systemische Risikopuffer (bis 5 Prozent) sowie zusätzliche Kapitalaufschläge für systemrelevante Banken (bis 3,5 Prozent) bestimmen. Sofern sowohl systemische Risikopuffer als auch Aufschläge für systemrelevante Banken für ein Institut festgelegt werden, findet nur der höhere der beiden Werte Anwendung. Im September 2015 hat das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SRB) für gewisse Banken zu verordnen, darunter auch für die RBI. Dieser wurde durch die FMA via Kapitalpuffer-Verordnung mit Jahresbeginn 2016 in Kraft gesetzt und beträgt für die RBI nach einer schrittweisen Erhöhung seit 2019 2 Prozent.

Die Festlegung eines antizyklischen Kapitalpuffers obliegt ebenfalls den nationalen Aufsehern und ergibt auf Ebene der RBI einen gewichteten Durchschnitt, um zu starkes Kreditwachstum einzudämmen. Dieser Puffer wurde aufgrund des zurückhaltenden Kreditwachstums in Österreich aktuell mit 0 Prozent festgesetzt. Jene Pufferraten, welche in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt wurden, finden auf Ebene der RBI Anwendung (auf Basis einer gewichteten Durchschnittsberechnung). Weitere zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden von Group Regulatory Affairs laufend beobachtet, in Szenarioberechnungen dargestellt und analysiert. Potenzielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verabschiedeten sowohl die EZB als auch die EBA regulatorische Erleichterungen, damit die von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute weiterhin ihrer wichtigen Rolle bei der Finanzierung von Haushalten und Unternehmen nachkommen können. Den von der EZB beaufsichtigten Kreditinstituten wird demnach gestattet, die Säule-2-Empfehlung, den Kapitalerhaltungspuffer und die Liquiditätsdeckungsquote zu unterschreiten. Den Kreditinstituten wird zudem ermöglicht, die Eigenmittelquote neben dem harten Kernkapital auch mit anderen Kapitalinstrumenten zu erfüllen. Diese Maßnahme wäre eigentlich erst mit Anfang 2021 durch die Umsetzung der CRD V (Capital Requirements Directive) in Kraft getreten. Außerdem ist die EZB der Ansicht, dass diese Maßnahmen durch eine angemessene Lockerung des antizyklischen Kapitalpuffers durch die nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt werden sollen.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

Per 30. Juni 2020 betrug das harte Kernkapital (CET1) nach Abzugsposten € 10.640 Millionen, was eine Reduktion um € 222 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2019 bedeutet. Wesentlich für die Verschlechterung verantwortlich waren Währungseffekte direkt im Kapital. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten reduzierte sich um € 212 Millionen auf € 11.879 Millionen, großteils aufgrund der Reduktion beim harten Kernkapital. Bei den ergänzenden Eigenmitteln gab es eine Erhöhung um € 330 Millionen auf € 2.270 Millionen. Der Anstieg basiert auf der Emission einer Anleihe im Juni, der die regulatorischen Amortisationen von ausstehenden Emissionen gegenüberstanden. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 14.149 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 118 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2019.

Die gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich seit Ende 2019 um € 2.524 Millionen auf € 80.490 Millionen. Wesentliche Treiber dafür waren das Kredit-Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in der Konzernzentrale, in Russland, Serbien und Tschechien. Dem (organischen) Auftrieb standen negative Währungseffekte, insbesondere bedingt durch den russischen Rubel, die ukrainische Hryvna und die tschechische Krone gegenüber. Zudem führten eine Erhöhung beim Marktrisiko, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie und damit erhöhte Volatilitäten, und die Erhöhung beim operativen Risiko, als Folge der

anhaltenden Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Schweizer-Franken-Krediten zu einem Anstieg der RWA. Daraus ergab sich (fully loaded) unter Berücksichtigung des Halbjahresergebnisses eine harte Kernkapitalquote von 13,2 Prozent, eine Kernkapitalquote von 14,6 Prozent und eine Eigenmittelquote von 17,5 Prozent.

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.974	5.974
Einbehaltene Gewinne	8.286	7.986
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-3.358	-2.801
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	487	499
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	11.389	11.659
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-59	-55
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-722	-762
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-13	-16
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-2	-1
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	61	56
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-13	-18
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-13	-18
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-749	-797
Hartes Kernkapital (CET1)	10.640	10.862
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	88	90
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	1.151	1.139
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.239	1.230
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	11.879	12.092
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.981	1.679
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	34	19
Kreditrisikooanpassungen	255	242
Ergänzungskapital (T2)	2.270	1.940
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	14.149	14.032
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	80.490	77.966
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.490	77.966

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Millionen	30.6.2020		31.12.2019	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.490	6.439	77.966	6.237
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	66.639	5.331	65.851	5.268
Standardansatz (SA)	23.946	1.916	25.281	2.023
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	23.946	1.916	25.281	2.023
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.178	94	956	76
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	104	8	101	8
Öffentliche Stellen	29	2	28	2
Institute	235	19	227	18
Unternehmen	4.760	381	5.506	440
Mengengeschäft	5.243	419	5.718	457
Durch Immobilien besicherte Forderungen	7.315	585	7.455	596
Ausgefallene Forderungen	430	34	479	38
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	122	10	139	11
Gedeckte Schuldverschreibungen	13	1	13	1
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	65	5	75	6
Beteiligungen	1.606	128	1.816	145
Sonstige Positionen	2.846	228	2.770	222
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	42.693	3.415	40.570	3.246
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	35.645	2.852	33.561	2.685
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.995	160	1.817	145
Institute	2.073	166	1.457	117
Unternehmen - KMU	4.086	327	5.086	407
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	3.126	250	3.261	261
Unternehmen - sonstige	24.366	1.949	21.940	1.755
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	6.665	533	6.547	524
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	194	15	168	13
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	2.606	208	2.558	205
Mengengeschäft - qualifiziert revolving	282	23	296	24
Mengengeschäft - sonstige KMU	529	42	521	42
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	3.055	244	3.004	240
Beteiligungen	383	31	462	37
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0	0	0

in € Millionen	30.6.2020		31.12.2019	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	8	1	44	4
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Anlagebuch	0	0	44	3
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Handelsbuch	8	1	0	0
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	4.548	364	3.393	271
Risikopositionsbetrag für Positions- Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	2.227	178	2.108	169
Börsegehandelte Schuldtitel	1.757	141	1.651	132
Beteiligungen	178	14	158	13
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	1	0	1	0
Fremdwährungen	286	23	289	23
Warenpositionen	5	0	8	1
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	2.321	186	1.285	103
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	8.516	681	7.802	624
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	3.473	278	3.694	296
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	5.043	403	4.108	329
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	206	17	223	18
Standardisierte Methode	206	17	223	18
Sonstige Risikopositionsbeträge	573	46	653	52
davon risikogewichtete Positionsbeträge für Kreditrisiko: Verbriefungspositionen (überarbeitete Verbriefungsregeln)	573	46	653	52

Eigenkapitalquoten¹

in Prozent	30.6.2020	31.12.2019
Harte Kernkapitalquote	13,2%	13,9%
Kernkapitalquote	14,6%	15,4%
Eigenmittelquote	17,5%	17,9%

¹ Fully loaded

Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Diese stellte per 30. Juni 2020 noch keine rechtsverbindliche quantitative Anforderung dar und dient bis dahin lediglich der Information:

in € Millionen	30.6.2020	31.12.2019
Gesamtrisikoposition	192.203	178.226
Kernkapital	11.879	12.092
Verschuldungsquote¹	6,1%	6,7%

¹ Fully loaded

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlusspositionen ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit jener anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Gibt Auskunft über die Fähigkeit einer Bank, ihre Kredite durch Einlagen anstatt durch Wholesale Funding zu refinanzieren; errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtkтива abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerverforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen (Kategorien: finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income).

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu bestimmten Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, berechnet gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode

Platzierung einer € 500 Millionen AT1-Emission im Juli

Die RBI platzierte im Juli zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Dies ist die dritte Platzierung von zusätzlichem Kernkapital durch die RBI seit 2017, womit ihre Kapitalstruktur sowie ihre Erfüllung der Anforderungen gemäß den Säulen 1 und 2 für regulatorisches Kapital weiter optimiert wird. Darüber hinaus erhöht sich der Puffer auf den MDA-Auslöser-Level auf 2,38 Prozent (basierend auf den Zahlen zum 31. März 2020 unter Hinzurechnung dieser AT1-Emission sowie einer im Juni durch die RBI begebenen Tier-2-Anleihe). Der Coupon beträgt bis Dezember 2026 6,00 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt.

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Konzernzwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht des Konzerns ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bezüglich der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss, bezüglich der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres und bezüglich der offengelegten wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen vermittelt.

Wien, am 5. August 2020

Der Vorstand



Dr. Johann Strobl

Vorstandsvorsitzender mit Verantwortung für die Bereiche Group Marketing, Active Credit Management, Group Sustainability Management, Legal Services, Chairman's Office, Group Communications, Group Executive Office, Group Human Resources & Organisational Innovation, Group Internal Audit, Group Investor Relations, Group Planning & Finance, Group Subsidiaries & Equity Investments, Group Tax Management, Group Treasury sowie Group Strategy & Innovation



Mag. Andreas Gschwenter

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Group Core IT, Group Data, Group Efficiency Management, Group IT Delivery, Group Procurement, Outsourcing & Cost & Real Estate Management, Group Security, Resilience & Portfolio Governance sowie Head Office Operations



Lic. Mgr. Łukasz Januszewski

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Group Capital Markets Corporate & Retail Sales, Group Capital Markets Trading & Institutional Sales, Group Investment Banking, Group Investor Services, Group MIB Business Management & IC Experience, Institutional Clients sowie Raiffeisen Research



Mag. Peter Lennkh

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Corporate Customers, Corporate Finance, Group Corporate Business Strategy & Steering, International Leasing Steering & Product Management sowie Trade Finance & Transaction Banking



Dr. Hannes Mösenbacher

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Financial Institutions, Country & Portfolio Risk Management, Group Advanced Analytics, Group Compliance, Group Corporate Credit Management, Group Regulatory Affairs & Data Governance, Group Risk Controlling, Group Special Exposures Management, International Retail Risk Management sowie Sector Risk Controlling Services



Dr. Andrii Stepanenko

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche International Retail Business Management & Steering, International Mass Banking, Sales & Distribution, International Premium & Private Banking, International Retail CRM, International Retail Lending, International Retail Online Banking sowie International Small Business Banking

Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses

Einleitung

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss der Raiffeisen Bank International AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner 2020 bis zum 30. Juni 2020 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 30. Juni 2020 und die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzern-Kapitalflussrechnung die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für den Zeitraum 1. Jänner 2020 bis 30. Juni 2020 sowie den verkürzten Anhang, der die wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zusammenfasst und sonstige Erläuterungen enthält.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Konzernzwischenabschluss abzugeben. Bezüglich unserer Haftung gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 125 Abs 3 Börsegesetz in Verbindung mit § 275 Abs 2 UGB sinngemäß zur Anwendung.

Umfang der prüferischen Durchsicht

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsetzlichen Grundsätze, insbesondere des Fachgutachtens KFS/PG 11 "Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen", sowie des International Standard on Review Engagements (ISRE) 2410 "Review of Interim Financial Information Performed by the Independent Auditor of the Entity" durchgeführt. Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung gemäß österreichischen und internationalen Prüfungsstandards und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Zusammenfassende Beurteilung

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Konzernzwischenabschluss nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt worden ist.

Stellungnahme zum Halbjahreskonzernlagebericht und zur Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 125 BörseG

Wir haben den Halbjahreskonzernlagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss aufweist. Der Halbjahreskonzernlagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss.

Der Halbjahresfinanzbericht enthält die von § 125 Abs 1 Z 3 BörseG geforderte Erklärung der gesetzlichen Vertreter.

Wien, am 5. August 2020

KPMG Austria GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Rainer Hassler

Wirtschaftsprüfer

Anmerkung: Die Veröffentlichung oder Weitergabe des verkürzten Konzernzwischenabschlusses mit unserem Bericht über die prüferische Durchsicht darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen.

Impressum/Disclaimer

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber: Raiffeisen Bank International AG, Am Stadtpark 9, 1030 Wien, Österreich

Redaktion: Group Investor Relations

Redaktionsschluss: 5. August 2020

Produktion: Hausintern produziert mit Redaktionssystem Firesys

Herstellungsort: Wien

Internet: www.rbinternational.com

Der Bericht ist auch auf Englisch erhältlich.

Anfragen an Group Investor Relations:

E-Mail: ir@rbinternational.com

Internet: www.rbinternational.com → Investoren

Telefon: +43- 1- 71 707- 2089

Anfragen an Group Communications:

E-Mail: communications@rbinternational.com

Internet: www.rbinternational.com → Medien

Telefon: +43- 1- 71 707- 1298

Disclaimer

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht dient ausschließlich zur Information und stellt weder eine Kauf- oder Verkaufsempfehlung noch ein Angebot zum Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Seine englische Version ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung. Raiffeisen Bank International AG haftet in keinem Fall für Verluste oder Schäden gleich welcher Art, die durch oder im Zusammenhang mit der Benutzung dieses Berichts entstehen könnten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.

